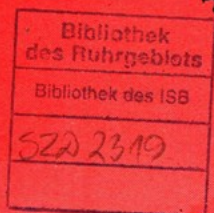




# AKTION

ANARCHISTISCHES MAGAZIN



Nr. 26 2-87

3. —

Regionaltelle:  
Frankfurt  
Darmstadt  
Göttingen

LIBERTÄRE TAGE  
1. Mai · Volkszählung  
Fischer-Interview



## REDAKTION:

## AKTION

Kriegsstr. 38  
6000 Frankfurt

## KONTO:

K. Cohrs  
Postscheckkonto 3337 97 - 601  
Postscheckamt Frankfurt  
BLZ 500 100 60

## ABO:

6 Ausgaben 15,- DM oder  
12 Ausgaben 30,- DM  
Überweisungen mit Angabe der ersten  
zu sendenden Nummer auf unser Konto  
oder per Scheck.

Samtliche Artikel geben nicht unbedingt  
die Meinung der Redaktion und schon  
gar nicht die des presserechtlich Verant-  
wortlichen wieder.

V.i.S.d.P. K. Cohrs

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist  
die Zeitschrift solange Eigentum des  
Absenders, bis sie dem Gefangenen  
persönlich ausgehändigt worden ist.  
"Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche  
Aushandigung im Sinne des Vorbehalts.  
Wird die Zeitschrift dem Gefangenen  
nicht persönlich ausgehändigt, ist sie  
dem Absender mit dem Grund der  
Nichtaushandigung zurückzusenden.

## Business-Glas ist unser Standard.

## EDITORIAL

Der Redaktionsschluß  
für die AKTION Nr. 27  
ist der 12. Mai 1987.



### INHALT DER AKTION 1/87 NR.26

3. PROGRAMM der LIBERTÄREN TAGE / Frankfurt
7. Einschätzung einer Mainzer VoBo-Gruppe zur to-  
talen Erfassung der Bevölkerung im Mai '87
12. Eine KRITIK der autonomen Straßenkämpfer
13. LESERBRIEF zu den Schüler- und Studentenun-  
ruhen in SPANIEN
14. I.MAI - AUFRUF des süddeutschen Autonomen-  
plenums zu einem sozialrevolutionären I.Mai
18. WEHRPFLICHTVERWEIGERUNG - Ein Betroffener  
berichtet
22. INTERVIEW mit dem grünen Ex-Umweltminister  
Joschka Fischer
24. Regionalteil FRANKFURT: Bundesgartenschau
25. UNDERGROUND-KULTUR-SEITE
26. Regionalteil GÖTTINGEN: I. MAI
28. Regionalteil DARMSTADT: Info-Laden, VoBo-  
Ini, Anti-Atom-Ini
31. KURZES BRD
32. SPANIEN - UMSTRUKTURIERUNGEN und KAMPF  
in den HÄFEN
35. UNGARN - 30 Jahre seit der Revolution, Teil II
38. Eine FASCHISMUSANALYSE aus sozialrevolutio-  
närer Sicht
46. BUCHBESPRECHUNG:"LEBEN OHNE CHEFS UND  
STAAT"
48. BUCHBESPRECHUNG:"ES BRENNT NOCH EINE  
FLAMME"
50. LESERBRIEFE
52. RENT-A-DEMO!

Wo ist die Revolte? Wackersdorf? Dort rollt die juristische Rache des Staates. Hafenstraße? Demos? Ja. Zornige Bauern ziehen fluchend über die Straßen. Manch ein Christdemokrat zitterte bis die Hessenwahl ihn von seinen Ängsten erlöste. Der Strahlemann Wallmann regiert im Herzen des Sozi-  
Filzes. Die SPD ist geschickt. Grüne, die nichts anzubieten hatten als ein paar Minister, wollen sich verzweifelt an ihre Revoluzzerzeit außerhalb des Parlaments erinnern. Und wir? Eine Regierung ist so schlecht wie die andere, und eine Parlamentswahl ent-  
scheidet nicht das Schicksal eines Landes.

Noch strotzt die deutsche Wirtschaft vor Gesundheit, auch wenn in den Krisengebieten NRW, Saarland und im Norden ganze Stahlstandorte ver-  
kauft werden und die verstörten Ge-  
werkschaften hilflose Wortakrobatik üben. Warnstreiks für die 35-Stunden-  
Woche, aber sicher.

Sonst noch alles cool und normal.

Während also in Bonn die Langweiler-  
oper unter Kohl fortgesetzt wird, in  
Hessen der grinsende Atomstaat  
regieren darf, die Grünen wieder an  
Revolution denken' (?), legen wir un-  
beirrt die nächste Nummer der AKTION  
vor.

Die vorliegende Ausgabe ist inhaltlich  
und quantitativ umfangreich. Der  
Preis ist daher diesmal auf 3,- DM  
gesetzt. Die Abo-Preise bleiben jedoch  
gleich. Der Fluß von Beiträgen, Arti-  
keln, Infos und Briefen entwickelt  
sich erfreulich gut, ebenso die Regio-  
nalteile.

Wichtige Themen dieses Heftes sind  
u. a. I. Mai und Anti-Kapitalismus,  
Volkszählung, Anti-Faschismus, Wehr-  
pflichtverweigerung, Spanien, Ungarn  
und ein Gespräch mit dem Ober-Realo  
Joschka Fischer über seine militanten  
Jugendsünden und seine reformistische  
Systemdienerei heute.

Außerdem findet ihr die neuesten  
Infos zu den Libertären Tagen zu  
Ostern in Frankfurt, dem heiß ersehnten  
Erfahrungsaustausch, mit Perspektivdis-  
kussionen von den sozialen Kämpfen  
zur sozialen Revolution. Für libertäre  
Zeitungsleute wird besonders die Me-  
dien-AG interessant mit dem Denkan-  
schlag zum "Projekt anarchistische  
Zeitung".



VON SOZIALEN BEWEGUNGEN  
ZUR SOZIALEN REVOLUTION

# Libertäre Tage

von Don.16.4 - Mon.20.4 in Frankfurt/Fachhochschule

Die Libertären Tage entsprangen dem Bedürfnis, die Diskussion und den Informationsaustausch der anti-autoritären Linken voranzutreiben. Viele von uns haben in sozialen Bewegungen ihre unterschiedlichen Erfahrungen gemacht, z.B. Anti-AKW-, Frauen-, Startbahn-, Häuserkampfbewegung etc.

Kritik ist angesagt, aus der wir lernen können, über das Springen von Bewegung zur Bewegung hinaus eine kontinuierliche, sozialrevolutionäre Perspektive zu entwickeln. D.h. nicht Revolution machen, sondern die soziale Revolution zu leben, indem auch vor Kritik an der eigenen Lebensform nicht zurückgeschreckt werden darf.

Daher müssen alle Formen von Herrschaft von Menschen über Menschen aufgelöst werden, sei es die Ausbeutung durch Lohnarbeit, sei es der Staat mit seinen Gewaltapparaten, aber auch in zwischenmenschlichen Beziehungen, z.B. Sexismus und Rassismus.

Über Wege und Strategien wie wir erreichen können, daß möglichst viele Menschen mit uns zusammen für eine freie, selbstverwaltete Gesellschaft kämpfen, wollen wir an den Libertären Tagen reden.





## **Zum Ablauf der Libertären Tage:**

Das Thema heißt: Von sozialen Bewegungen zur sozialen Revolution. Dies soll auch die Leitlinie der Fragen sein, die in den Arbeitsgruppen diskutiert werden. Die Themen I.-IV. sollen im Mittelpunkt der Libertären Tage stehen und die Themen zu Internationalem und zum aktuellen Tagesgeschehen sind mehr als "Rahmenprogramm" gedacht. Es sollen verschiedene Arbeitsgruppen stattfinden, deren Diskussionsgrundlagen vorbereitet werden (wer Interesse hat mitzuarbeiten, kann sich an die entsprechenden Kontaktadressen wenden). Diese Diskussionsgrundlagen gibt es als Arbeitsmappe (Reader), so daß die Möglichkeit besteht, sich auf die Themen vorzubereiten. Die Diskussionsergebnisse werden am letzten Tag in einem Abschlußplenum zusammengefaßt und diskutiert.



### **THEMENBLÖCKE:**

#### **I. PERSPEKTIVEN SOZIALER BEWEGUNGEN**

1. Der tägliche Kampf, politische und kulturelle Gattungssituation, innere Strukturen usw.  
- M. Wilk -
2. Bestimmung sozialer und gesellschaftlicher Bedingungen aus sozial-revolutionärer Sicht  
- Autonome Ffm -
3. Versuch einer Kritik an sozialen Bewegungen der vergangenen Jahre  
- Autonome Ffm -

#### **II. KONKRETE ANSÄTZE AUSSER-UND INNERHALB SOZIALER BEWEGUNGEN**

1. Anarcho-Syndikalismus - Theorie und Praxis  
- FAU Köln -
2. Anti-Pädagogik  
- FLI Morbach-Merscheid -
3. Vorstellungen der Indianerkommune Nürnberg zu "Kinderrechte"
4. Anarchisten und Homosexualität
5. Knast und Gefangenearbeit
6. Kultur - anarchistisches Selbstverständnis und Kulturkritik
7. Situation und Perspektiven libertärer Medien  
- AKTION -
8. Tradition der Gewaltfreiheit (FÖGA)

#### **III. ZUSTAND UND ENTWICKLUNG DER WARENGESELLSCHAFT**

1. Ökonomie - Beschreibung der Lage, Einschätzung der Entwicklung, Rationalisierung, Computerisierung (z.B. PIS, BDE), Flexibilisierung,

die Rolle des DGB, unsere Situation und Kampfmöglichkeiten, Organisation

- FAU Ffm -

2. Innere "Sicherheit" - Entwicklung der zukünftigen Gesellschaftsrealität, Computerisierung, Flexibilisierung, Abschied von der Fabrikgesellschaft? Repression usw.  
- Sicherheitsgruppe Ffm/Main -
3. Jobber und Entgarantierung  
- Jobberini Ffm -
4. Aktuelle ökonomische Kämpfe (z.B. 35-Stunden-Woche)
5. Polizeiwaffen - Diavortrag und Infos

#### **IV. FRAUEN**

1. Arbeitsgruppe für Frauen  
- Autonome Frauen Ffm -
2. Diskussion über die Ergebnisse der Frauen

#### **V. INTERNATIONALES**

1. Libanon
2. Griechenland
3. Osteuropa (Bulgarien, DDR, Polen)
4. Krieg Iran - Irak
5. Frankreich
6. Eritrea
7. Italien
8. AG Internationalismus  
- LZ Ffm -

#### **VI. AKTUELLES**

1. Volkszählung
2. Praktische Übungen zum Selbstschutz
3. Sonntag 14 Uhr Startbahn
4. AIDS
5. 1. Mai





### Zum Zeitablauf:

Die Uhrzeiten geben nur den Beginn der Arbeitsgruppen an, diese gehen je nach Vorbereitung und Bedarf auch über mehrere Tage.

### DONNERSTAG:

- 19.00 Eröffnungsplenum
- 20.00 Veranstaltungen/AG's
  - V.4. Krieg Iran - Irak
  - III.5. Polizeiwaffen - Dias, Infos

### FREITAG:

- 10.00 Plenum: Einführungsreferate zu I.1. / I.2. / I.3. / III. / IV.
- 12.00 Veranstaltungen/AG's
  - I.1. Der tägl. Kampf ...
  - I.2. Bestimmung sozialer ...
  - I.3. Versuch einer Kritik ...
  - II.3. Vorstellungen der ...
  - II.1. Anarcho-Syndikalismus

- 15.00 II.4. Anarchisten und Homosexual.  
IV. Frauen AG
- III.4. Aktuelle ökon. Kämpfe
- 18.00 VI.2. Selbstschutz
- 20.00 ATHEISTENFETE

### SAMSTAG:

- 10.00 Plenum: Einführungsreferat zu Punkt V.
- 12.00 Veranstaltungen/AG's
  - V.7. Italien
  - III.1. Ökonomie
  - VI. Frauen AG
  - II.2. Vorstellungen der ...
    - I.1. Der tägliche Kampf ...
    - I.2. Bestimmung sozialer ...
    - I.3. Versuch einer Kritik ...
- 15.00 V.6. Eritrea
  - VI.1. Volkszählung
  - II.5. Knast und Gefangenearbeit
  - V.3. Osteuropa
- 20.00 Veranstaltung zum Thema AIDS

### SONNTAG:

- 10.00 Plenum
- 11.00 Veranstaltungen/AG's
  - V.2. Griechenland
  - V.8. AG Internationales
  - II.2. Antipädagogik
  - III.2. Innere Sicherheit
- 15.00 V.1. Libanon
  - V.5. Frankreich
  - II.6. Kultur
  - II.7. Medien
  - III.3. Jobber
- 20.00 FEST

### MONTAG:

- 11.00 Abschlußplenum

danach großes gemeinsames Aufräumen!

### ADRESSEN:

Vorbereitungsgruppe: "Libertäre Tage"  
c/o LZ, Kriegskstr. 38, 6Ffm I

Autonome/Ffm, c/o LZ

FLI/Morbach-Merscheid  
c/o LID, Dörrwiese 4, 5552 Morbach-Merscheid, Tel.: 06533/3534

SRKK, Ralf G. Landmesser,  
Rathenower Str. 23, 1 Berlin 21,  
Tel.: 030/3947894

AKTION und FAU/Ffm, Kriegskstr.38,  
6 Ffm I,

Sicherheitsgruppe c/o LZ,

FAU-Köln, Postlagerkarte 092 822  
A 5000 Köln I

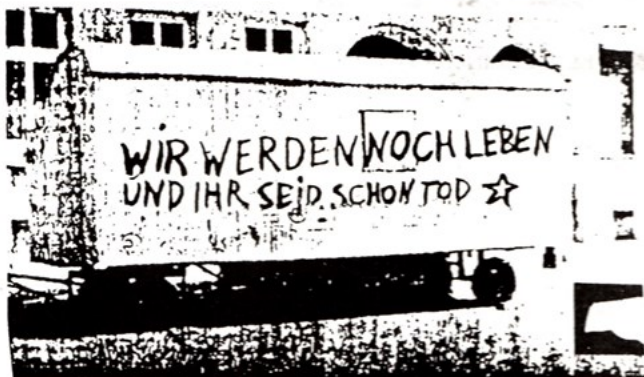
Jobberini-Ffm c/o LZ

Haberfeld, c/o Ramona Hallama  
Sackgasse 4, 7147 Nussdorf

Sanigruppe Rhein-Main, Mainzer Landstr  
147, 6 Ffm I

Autonome Frauen c/o LZ

Michael Wilk, Herderstr. 35,  
62 Wiesbaden



### Kosten:

Die Unkosten betragen 15.-DM je Person für alle fünf Tage. Es werden keine Eintrittskarten verkauft. Wer an den Libertären Tagen teilnehmen möchte, soll den Betrag vorher auf untenstehendes Konto überweisen, da die Libertären Tage vorfinanziert werden müssen. Als letzte Möglichkeit kann am Anfang der Libertären Tage an der Kasse gezahlt werden.

**Konto:** G. Neumann (LT), Postgirokonto 500 812-602  
Postgiroamt Frankfurt, BLZ 500 100 60

### Schlafplätze:

Wir haben einige große Räume zur Verfügung, die als Schlafräume genutzt werden können. Wenn irgend möglich solltet ihr euch selbst um die Übernachtung kümmern.

### Presse:

Fotoapparate, Kameras, Tonbänder und Kassettenrecorder dürfen nicht mit in die FH genommen werden. Fotos, Ton- und Videoaufnahmen werden von uns gemacht. Wer Interesse an dem Material hat, kann sich an die Pressegruppe wenden.



**BESTELLSCHEIN** für die Arbeitsmappe (Reader) mit Diskussionsgrundlagen zu den Libertären Tagen (ca. 110 S.)

Anzahl:

10.- DM pro Exemplar

Name:

auf das Konto:  
G. Neumann (LT)  
Postgirokonto 500 812-602  
Postgiroamt Ffm  
BLZ 500 100 60

Straße:

Ort:

Auf der Überweisung  
Adresse nicht vergessen!

1) Fachhochschule,  
Nibelungenplatz

2) Kinderhaus  
Vogtstr. 41

3) Libertäres Zentrum  
Kriegkstr. 38  
Tel. 069-7381152



# VOLKSZÄHLUNGSBOYKOTT



Das folgende Papier erhielten wir von einer "Volkszählungs"-Boycott-Gruppe aus Mainz, das die Volkszählung von der Ebene der Datenmißbrauchsdiskussion löst und sie dahin stellt, wo sie hingehört: Kontrolle der lohnabhängigen Bevölkerung zur Sicherung und Ausweitung der Profite. Wir veröffentlichen diese Einschätzung mit unwesentlichen Kürzungen.

Der Ausdruck "Volkszählung" verzerrt schon im Ansatz, worum es wirklich geht: nämlich um eine flächendeckende "Volks- und Berufszählung, eine Gebäude- und Wohnungszählung sowie eine Zählung der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten und Unternehmen (Arbeitsstättenzählung)".

Der Richtigkeit wegen ist daher die "Volkszählung" Totalerfassung zu nennen.

Begründet wird das "Volkszählungs"-gesetz mit der Wichtigkeit der Ergebnisse für Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft. Das Statistische Bundesamt (SBA) wirbt daher mit den scheinbar positiven Aspekten der Totalerfassung. Für die Propaganda werden hierbei gezielt soziale Gruppen herausgegriffen und versucht, diesen Zielgruppen einzureden, die Daten wären für ihr gesellschaftliches Leben von allergrößter Bedeutung. Die Klammer für diese Propaganda bildet die Zusage der Anonymität der Auswertung entsprechend den Datenschutzgesetzen, sowie die Aufforderung an jede/n einzelne/n Bürger/in, sich um das Gemeinwohl verdient zu machen. Mit dem fettgedruckten Zusatz "Zehn Minuten, die allen helfen" wird der Bevölkerung vorgemacht, jede/r einzelne/r Bürger/in würde zum/zur Nutznießer/in der Ergebnisse der erfragten Daten.

Die "Volkszählung '87" ist als ein Instrument zur Herrschaftssicherung des Kapitals einzuschätzen. Diese Funktion wird solange keine andere sein, wie sich das System der BRD nicht grundlegend geändert hat, d.h. solange die BRD ein (kapitalistischer) imperialistischer Staat ist. Daß Imperialismus nicht nur Aggression nach Außen, sondern auch nach Innen bedeutet, wird an dem massiven Ausbau des Unterdrückungs- und Überwachungsapparates deutlich. Dieser Ausbau wird in allen westlichen Industriestaaten vereinnlicht vorangetrieben.

Diese stärkere Sicherungsbedürfnis der Herrschenden läßt sich mit den zunehmenden Legitimationsschwierigkeiten ihrer Politik gegenüber der Bevölkerung erklären. Die Ursachen hierfür liegen in der hohen Arbeitslosigkeit (z.T. beabsichtigt), steigenden Rüstungsausgaben, dem Ausbau des Atomprogramms, um nur einige Beispiele zu nennen. Dies bedeutet für sie wachsende Unzufriedenheit und wachsender Widerstand.

Ihre Maßnahmen sind, um solch einer Entwicklung so effektiv wie möglich entgegenzuwirken, sowohl auf den bereits vorhandenen Widerstand ausgelegt, als auch sehr breit und präventiv auf die gesamte Bevölkerung. Diese Maßnahmen reichen von der Manipulation und Gleichschaltung der Medien, der geplanten Totalerfassung, dem maschinenlesbaren Personalausweis, den Sicherheitsgesetzen bis hin zu den jüngsten Anti-"Terror"-Gesetzen.

**VOLKSZÄHLUNG 1975**  
Wohnungsbogen mit Gebäudeangaben

**VOLKSZÄHLUNG 1987**  
Personenbogen

**VOLKSZÄHLUNG 1987**  
Haushaltsmanteibogen

**Verzeichnis der Personen**

Die folgenden Angaben sind für die Statistik der Bevölkerung und der Erwerbskraft erforderlich. Sie sind für die Statistik der Bevölkerung und der Erwerbskraft erforderlich. Sie sind für die Statistik der Bevölkerung und der Erwerbskraft erforderlich.

1. Name  
2. Geburtsdatum  
3. Geburtsort  
4. Beruf  
5. Wohnort  
6. Familienstand  
7. Bildung  
8. Einkommen  
9. Sonstige Angaben

Die im Urteil des Bundesverfassungsgerichtes geforderten Veränderungen der "Volkszählung" (Verbot des Abgleichs mit den Melderegistern, Reformierung der Datenschutzbestimmungen) sind rein kosmetischer Art.

## Kriegsvorbereitung und Herrschaftssicherung

Die Lohnarbeit nimmt eine zentrale Rolle in dem Zusammenhang der Totalerfassung ein. Genau diesen für die Herrschenden so wichtigen Punkt greift das SBA in seiner Propaganda zur Totalerfassung 1987 auf. Die Angst vieler vor drohender Arbeitslosigkeit wird darin geschickt genutzt, um der Bevölkerung Angaben zu entlocken, die ein großer Teil ansonsten nicht so ohne weiteres machen würde. Die Arbeitsplatzproblematik läßt sich mit fast allen Fragen der Totalerfassung in Verbindung bringen und in ihrer Notwendigkeit (für Arbeit und Zukunft) scheinbar legitimieren.

Für die Umstrukturierung (Rationalisierung, Computerisierung, Roboterisierung, stärkere Verlagerung des zivilen Produktionsbereiches in den Rüstungssektor usw.) und den damit einhergehenden Problemen (zunehmende Entfremdung, Unzufriedenheit, wachsender Widerstand) wird die Totalerfassung für die Unternehmer/innen in der BRD zur Notwendigkeit. Die Angst vieler Menschen vor dem Arbeitsplatzverlust wird als Druckmittel eingesetzt. Dahinter verbirgt sich der Versuch die Arbeitenden anzupassen, zu integrieren, ruhigzustellen.

## ZUR PROPAGANDA DES STATISTISCHEN BUNDESAMTES

### 1. "Wie heiter ist das Berufsleben?"

Da steht: "Damit Jugendliche erfahren, wo sie Zukunftschancen haben, brauchen wir einen Überblick über die Berufe und Beschäftigungen. Ihr Egon Hölder, Leiter des Statistischen Bundesamtes." Eine solche Anzeige stellt nicht nur die tatsächliche Verwendung der durch die Totalerfassung gewonnenen Daten auf den Kopf, sondern sie ist geradezu zynisch:

Den Jugendlichen wird vorgemacht, daß ihre Schwierigkeiten beim Arbeitsfinden nur in dem unzureichenden Überblick der Verwaltung über "Berufe und Beschäftigungen" begründet wären. Der Arbeitsstellenmarkt hat sich aber noch nie um die Bedürfnisse der Arbeitenden oder Arbeitsuchenden geschert, sondern ausschließlich um die Steigerung von Unternehmensgewinnen.





Zum Wesen des Systems der "sozialen Marktwirtschaft" gehört es, daß auch die Arbeitskraft zur Ware wird. "Zukunftschancen" heißt in diesem Zusammenhang für Jugendliche in erster Linie: Anpassung an die Verwertungsbedürfnisse von Staat und Wirtschaft.

Das führt dazu, daß junge Menschen in Lehrstellen, Berufsbildungsmaßnahmen, Umschulungen usw. hineingeprügelt werden, für die sie zum Teil weder ein besonderes Interesse noch entsprechende Fähigkeiten besitzen. Der Frust im späteren Berufsleben (wenn es überhaupt dazu kommt) ist somit vorprogrammiert.

Als Gipfel des Zynismus zeigen sich aber die Wahlversprechen der Politiker/innen aller Parteien, wenn es um die Schaffung von Ausbildungsplätzen für Jugendliche geht:

Zum einen dienen solche Ausbildungsplätze dazu, die staatlichen Statistiken bezüglich der Arbeitslosigkeit zu beschönigen. Zum anderen dienen sie

- bei weiblichen Jugendlichen dazu, die Zeit bis zum "heiratsfähigen Alter" zu überbrücken. Sie stehen dann der Geißler'schen Familienplanung wie auch der Süßmuth'schen Verwertbarkeit (qualifizierte, abrufbare Teilzeitkräfte als Reservearmee der Wirtschaft) voll zur Verfügung.

- bei männlichen Jugendlichen dazu, die Zeit bis zum "wehrfähigen Alter" zu überbrücken. Sie stehen als dann der Bundeswehr entweder als qualifizierte Wehrpflichtige oder (aufgrund der beschissenen Arbeitsmarktsituation) als qualifizierte Langdienende zur Verfügung, womit Wörner die Nachwuchsproblematik der Bundeswehr korrigieren kann.

Selbst die Jugendlichen, die von der Bundeswehr verschont aber von der Arbeitslosigkeit betroffen sind, werden von den Politiker/innen und Wirtschaftsbossen verwertet. Sie dienen als Abschreckung für alle anderen, indem hervorgehoben wird, daß Nichtanpassung an den Rand der Gesellschaft führt.

Eine solche Politik ist kein Zufallsprodukt einer unfähigen Regierung, sondern der wohlbedachte Plan einer den Interessen der Unternehmer/innen dienenden Führungsschicht.

## 2. "Hilft den Frauen"

In der Propaganda wird versucht, den Frauen die Totalerfassung als Emanzipationshilfe schmackhaft zu machen. Doch die aktuelle Frauenpolitik zeigt, welches Interesse der Staat eigentlich an den Frauen hat.

Durch staatliche Anreize wie Steuervergünstigungen für Eheschließende, das "Babyjahr", die Stiftung "Mutter und Kind", den "Abtreibungsparagraphen" §218 usw. soll die Familie als "Keimzelle des Staates" erhalten bleiben bzw. verstärkt dafür mobilisiert werden. Der sich aus der Kleinfamilie ergebende Zwang von Frau und/oder Mann zur Lohnarbeit, um die Familie zu ernähren, liefert dem Staat (neben anderen moralischen und psychologischen Faktoren) ein hohes Maß an Kontrolle und Kalkulierbarkeit, was die Verwendungsmöglichkeit betrifft. Zur Herrschaftssicherung darf der Staat auf diesen, für ihn lebenswichtigen Bestandteil nicht verzichten.

Deshalb muß die Emanzipation der Frau (staatlich subventioniert) in der Kleinfamilie stattfinden und darf allein über die Arbeit definiert werden. Der Hintergrund dieser Politik besteht in der selbstverständlichen Tatsache, daß die Arbeit der Frau im Haushalt nicht als gleichwertig zur Arbeit z.B. in der Fabrik anerkannt wird, da sie im Sinne der kapitalistischen Produktion nicht gewinnbringend orientiert ist. Für letztere erfüllt sie aber eine wichtige Funktion, was den Reproduktionsbereich angeht.

Die bis vor kurzem von Heiner Geißler propagierte Frauenrolle (Kinder, Küche, Kirche) wird nun auch offiziell von Familien- und Gesundheitsministerin Rita Süßmuth ergänzt. In einem Artikel der "Mainzer Allgemeinen Zeitung" vom 18.7.86 erklärt sie, daß es keinen

neuen Trend zurück zum Herd gäbe, sondern es vielmehr an Teilzeitarbeitsplätzen für Frauen mangle. Damit hat sie sich den neuen arbeitsmarktpolitischen Anforderungen angeschlossen. In den letzten drei Jahren ist die Teilzeitarbeit um 64% angestiegen, d.h. die Anzahl der Arbeitsplätze im Teilzeitbereich hat sich mehr als verdoppelt, 93% aller Teilzeitbeschäftigten sind Frauen. Als positiver Nebeneffekt läßt sich Rita Süßmuth dabei noch als "progressive", frauenproblem-bewußte Familienministerin verkaufen.

Angebote wie Förderungsprogramme und mehr Arbeitsplätze für Frauen, wie z.B. auch hier in der Propaganda zur geplanten Totalerfassung, finden genau in dieser Neuentwicklung ihren Platz. Beide besitzen sie einen spezifischen Charakter:

Durch Förderungsprogramme wird den Frauen ermöglicht eine den Männern gleiche Qualifikation zu erreichen. Viele Frauen sind mit dieser Qualifikation nur wenige Jahre im Arbeitsprozeß eingebunden und gehen dann in die Familie zurück. Für den Staat stehen sie weiterhin als qualifizierte Reservearmee zur Verfügung, die je nach konjunktureller Lage geheuert oder gefeuert wird.

Aufgrund der familiären Situation können/wollen die meisten Frauen nicht über Jahre erwerbslos bleiben. Sie können/wollen ihre Ausbildung/Qualifikation nutzen und ihre Arbeitskraft wieder verkaufen. Da diese Frauen (nicht Männer!) der sogenannten Doppelbelastung ausgesetzt sind bzw. sich aussetzen, bietet sich zunehmend meist nur Arbeit in Form von Teilzeitarbeit an. Das bedeutet: oft keine Sozialversicherung, Abrufbarkeit, keine geregelte Arbeitszeit, Niedriglohn, noch weniger Kommunikation unter Arbeitskolleginnen, keine Möglichkeit zur Organisation, Isolation. Ähnliches gilt für die Heimarbeit, bei der es den Frauen ermöglicht wird, in ihrer Isolation "selbstständige und freie" Akkordarbeit zu leisten.

Der Begriff der "Doppelbelastung" sollte durch "Doppelverwertbarkeit" ersetzt werden. D.h. die Frauen sind nicht nur als nicht anerkannte, unbezahlte Hausfrauen einsetzbar, sondern auch in der kapitalistischen Produktion. Damit hat sich die "Emanzipation" oder das Streben der "modernen" Frau nach wirtschaftlicher Unabhängigkeit - solange diese die Familie nicht zerstört - als Inbegriff der totalen Arbeitskraftverwertung enttarnt.



Das Ziel der Emanzipation kann aber nicht sein, daß Frauen unter den gleichen beschissenen Bedingungen leben und ausgebeutet werden wie Männer.

Es ist wichtig, daß Frauen gemeinsam um ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit vom Mann und um gleiche Bedingungen am Arbeitsplatz kämpfen. Dieser Fortschritt im individuellen Bereich wird allerdings damit bezahlt, daß sich Frauen an Unternehmer/innen verkaufen. Andere spezifische Frauenprobleme wie Diskriminierung, Anmache und Benutzen der Frau als Sexobjekt sind damit jedoch nicht gelöst - ebensowenig wie Probleme auf zwischenmenschlicher Ebene. Für diese Probleme ist es notwendig, daß sich sowohl die Frauen wie auch die Männer von ihrem jeweiligen anerzogenen Rollen- und Konkurrenzverhalten lösen.

Der Kapitalismus lebt aber gerade von der Konkurrenz, von der Ungleichmachung durch hierarchische Strukturen und schafft so ein System der Unterdrückung, das sich auf allen Ebenen bis in den kleinsten Lebensbereich durchsetzt. Eine befreite Gesellschaft kann nur über die Abschaffung des kapitalistischen Systems erkämpft werden.

Da wir selbst die Struktur des Kapitalismus verinnerlicht haben, können wir ihn nicht als ein Phänomen betrachten, das außerhalb unseres Lebens existiert. Unsere Köpfe sind kolonisiert und wir haben in vielfältiger Form den Kapitalismus in uns selbst reproduziert. Wir halten es für notwendig, uns von der Kolonisierung unserer Köpfe freizumachen.

Die Daten der Totalerfassung sind dazu bestimmt, die Menschen verfügbar zu halten und Ansätze von Befreiung zu verhindern.

### 3. "Hilft den Arbeitnehmern"

In diesem Abschnitt entlarvt sich der wahre Zweck der Personen und Arbeitsstättenzählung:

"Wirtschaftlicher Fortschritt und technologischer Wandel verändern, zunehmend die Arbeitswelt. Die Folgeerscheinungen - neue Arbeitsplätze mit neuen Anforderungen an die Qualifikation und Anpassungsvorgänge in den klassischen Industrien - berührt alle Arbeitnehmer: Wieviele Beschäftigte werden gebraucht? Welche Berufe haben die meisten Zukunftschancen? In welcher Region gibt es Bedarf? Auf diese Fragen wird die Volkszählung Antwort geben."

Hier wird suggeriert, daß "wirtschaftlicher Fortschritt und technologischer Wandel" die Arbeitswelt verändern. Doch beide fallen nicht vom Himmel, sondern sind Folge von Kapitalverwertungsinteressen. Diese immensen Summen, die in Forschung und Wissenschaft gesteckt werden, werden von den Unternehmer/innen, den Banken und dem Staat ausschließlich als Vorauszahlung auf künftig zu erwartende Profite gezahlt. Die o.g. Behauptung aus der Propaganda zur Totalerfassung verdeckt die im Kapitalismus existierende Beziehung der Menschen zueinander: nämlich zwischen denjenigen, die den Vorteil haben (den Kapitalisten) und denjenigen, die im Nachteil sind (die Arbeiter/innen, Arbeitslose etc.).

**CHANCE** Wollen Sie Ihr Weihnachtsgeld aufbessern?  
Können Sie Schreibmaschine schreiben? Wir suchen für sofort: **Studentinnen Hausfrauen**  
mit Büroerfahrung. Englischkenntnisse wären von Vorteil.  
Rufen Sie: 06131/23 22 06  
Hintere Bleiche 81 6500 Mainz 1  
**MANPOWER**  
Wir haben die Zeitarbeit erfunden.  
MANPOWER INC., NEWARK, U.S.A.

Was heißt "neue Arbeitsplätze" und "regionaler Bedarf"?

Die Stukturdaten der Totalerfassung kommen in erster Linie den Unternehmer/innen zugute. Sie erlauben ihnen darüber nachzudenken, in welchen Gebieten die optimalen Bedingungen für ihre Kapitalverwertung gegeben sind. Bei dieser Betrachtung scheint es, daß ein Unternehmen, das in solchen Gebieten investiert, neue Arbeitsplätze schafft. Aber diese "Neuschaffungen" von Arbeitsplätzen gehen meist einher mit Rationalisierungen im Hauptbetrieb oder in den Nebenbetrieben. So stellt das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung in München fest, daß für sechs weg-rationalisierte Jobs nur ein neuer geschaffen wird.

Wer nun glaubt, es handele sich bei den Neuinvestitionen um Erweiterungen, wird durch die Planungstabelle (Ifo) eines besseren belehrt: für 1986 planten von 100 Industrieunternehmen:

- 25 Erweiterungen
- 26 Ersatz alter Anlagen
- 49 Rationalisierungen

Fast fünfzig von hundert Unternehmen planen also die Rationalisierung. Dazu kommt, daß der Ersatz alter Anlagen in der Regel ebenfalls auf Kosten von Arbeitsplätzen geht (Technologisierung, Roboterisierung usw.). Auch Erweiterungen sagen noch nichts über die verwendete Technologie aus (z.B. vollautomatisierte Produktionshallen in der Kfz-Branche).

Durch den von den Unternehmer/innen verstärkt betriebenen Abbau der Arbeitsplätze wird Arbeit zunehmend zum Privileg. Aber je stärker sie sich zum Privileg entwickelt, um so größer wird der Druck auf die arbeitenden Menschen, sodaß viele noch zur Arbeit gehen, obwohl sie krank sind. Dieser, durch ihre ökonomische Abhängigkeit von einem Unternehmen erzeugte Druck, wird von den Unternehmen noch durch den Einsatz von Personalinformationssystemen (die, wie z.B. PAISI bei Opel, auch "Fehlzeiten" registrieren und auswerten) verstärkt.

Die Arbeiter/innen werden bei Modernisierungen in "ihren" Betrieben zwar über die gewerkschaftlich organisierten Betriebsräte "befragt", haben aber in der Realität keinerlei Entscheidungsmöglichkeiten, da die Gewerkschaften bis zu einem gewissen Grad die Kapitalinteressen der Unternehmen mitvertreten (müssen?).



Frau Schulz macht Knödel. Und so nebenbei die Fakturierung, Buch-



haltung, Kalkulation. Herr Schulz mag Knödel. Und macht Umsatz.



Die immer häufiger von "Unternehmen in Schwierigkeiten" angewandte Drohung: "entweder wir schließen das Unternehmen aus Mangel an Konkurrenzfähigkeit ganz" (bedeutet: Verlust aller Arbeitsplätze) "oder wir rationalisieren" (bedeutet: Verlust einiger Arbeitsplätze), führt dazu, daß sich die Gewerkschaften in der Regel für den Erhalt der restlichen Arbeitsplätze entscheiden. So haben bei Modernisierungen in Betrieben die betroffenen Arbeiter/innen keinerlei Entscheidungsmöglichkeiten. Sie haben gefälligst das Maul zu halten, sich den "Sachzwängen" anzupassen und sich umzustellen. So wird die Angst, entlassen zu werden, mit zum Motor von Profitsteigerungen.

Was heißt "Anforderung an die Qualifikation und Anpassungsvorgänge in den klassischen Industrien"? Hinter diesem allgemeinen Satz steckt ein großer Teil neuer Unternehmer/innen-Philosophie. Er beinhaltet - ohne es genau auszudrücken - die Veränderungen, denen sich die Lohnabhängigen tagtäglich ausgeliefert sehen. Das bedeutet, daß er/sie seine/ihre Arbeitskraft und seine/ihre Fähigkeiten nicht so ohne weiteres an Betriebe verkaufen kann, sondern, daß er/sie sich entsprechend der Verwertungschancen, Fähigkeiten erst aneignen und sich den neuen Arbeitsbedingungen anpassen muß. Die Folge davon ist, daß (aufgrund der neuen Technologien) die Menschen immer mehr die Fähigkeit verlieren, mit ihren eigenen Händen und relativ einfachen (vom Preis her erschwinglichen) Werkzeugen für sich selbst etwas herzustellen. Mechaniker/innen, die bis vor einigen Jahren noch die Reparatur defekter Geräte/-teile erlernen mußten, werden zunehmend zu "Austauschmechaniker/innen" von sogenannten "integrierten Bauteilen", die gar nicht mehr zur Reparatur bestimmt sind und großenteils maschinell gefertigt werden. Maurer/innen erlernen zwar noch immer ihr Handwerk, aber sie werden immer mehr mit Fertigbauten und -bauteilen konfrontiert.

Insgesamt gesehen verdrängen der "wirtschaftliche Fortschritt und der technologische Wandel" immer stärker das traditionelle Handwerk. Die Arbeiten in den "klassischen Industrien" werden wiederum in verstärktem Maße von Roboter und neuer Technologie verrichtet. "Zukunftschancen" heißt daher für die Lohnabhängigen vor allem: Mobilität, Flexibilität, Anpassung. Das bedeutet gleichzeitig, daß in jahrelangen Kämpfen errungenen Vorteile zurückgenommen werden. "Zukunftschancen" heißt in diesem Zusammenhang für die Unternehmer/innen: grössere Auswahl (Überqualifikation), bessere Verwertbarkeit, Ruhe in den Betrieben, niedrige Löhne und erleichterte Kündigungsmöglichkeiten. Nicht umsonst ist die Tendenz zu Teilzeitarbeitsverträgen stark ansteigend.

Niemand der/die gezwungen ist, Lohnarbeit (Arbeit für andere) zu verrichten, kann von und mit dieser Arbeit leben. Sie/er sichert sich - oftmals mehr schlecht als recht - das Überleben. Zur Befriedigung von Sehnsüchten und materiellen Wünschen über die elementarsten Bedürfnisse hinaus fehlt den meisten Menschen in der BRD (sonst auch!) die Zeit und/oder das Geld. Zeit und Geld sind das Handwerkszeug, mit dem die Unternehmer/innen die Lohnabhängigen verschlaven. Wer sich als Arbeitende/r die Zeit für die Verwirklichung ihrer/seiner Träume nimmt, hat oft finanzielle Einbußen bis hin zum Existenzminimum. Wer sich das Geld für die Verwirklichung von Träumen erarbeitet, dem/der fehlt es dann oftmals an der Zeit dafür. Dieser Teufelskreis soll in der Propaganda zur geplanten Totalerfassung als "Zukunftschancen" verkauft werden. Zukunftschancen heißt LEBEN. Wie wir zu leben haben wird uns vorgegeben.

## Nachwort

Im wesentlichen geht es bei der geplanten Totalerfassung 1987 um die Steigerung der Verwertbarkeit der auf Lohnarbeit angewiesenen Menschen. Dadurch soll die, für das Funktionieren jedes kapitalistischen Systems notwendige, stetige Steigerung der Profitrate erzielt werden. Die Steigerung der Profitrate bedeutet gleichzeitige Verschärfung der Ausbeutungsverhältnisse, was wiederum zur stärkeren Legitimationskrise des Systems mit den bereits in der Einleitung genannten "Folgeerscheinungen" führt.

Das kapitalistische System hat sich seit seiner Entstehung immer wieder auf die unterschiedlichsten Formen von Protest und Widerstand eingestellt, um die bestehenden Produktions- und Verhältnisse, kurz um die Herrschaft des Kapitals zu sichern. Für diesen Zweck kommt eine breite Palette von Maßnahmen zur Anwendung: sie reicht von ideologischer Beeinflussung, über wirtschaftlichen Druck bis hin zur offenen militärischen Gewalt.

Konkret für die geplante Totalerfassung heißt das: über die Propaganda sollen die Menschen, die unschlüssig sind, ob sie die Fragebogen ausfüllen oder nicht, zum reibungslosen Funktionieren manipuliert werden. Diejenigen, die sich dem entgegenstellen, sollen über Druck (Androhung von Bußgeldern bzw. Beugehaft) dazu gezwungen werden, die von ihnen verlangten Informationen zu liefern.

Darüberhinaus ist zu erwarten, daß diejenigen, die offen zum Boykott oder aktiven Widerstandsformen aufrufen, kriminalisiert werden.

Gerade darum:

**VOLKSZÄHLUNGSBOYKOTT !!**

Aber was ist Arbeit? Arbeit ist eine Ware, und der Lohn ist der Preis, der für sie gezahlt wird. Der Besitzer dieser Ware

»Arbeit« verkauft sich selbst dem Besitzer des Kapitals, um überhaupt leben zu können. Arbeit ist der Ausdruck von Energie und Stärke der Lebenskraft des Arbeiters. Diese Energie oder Kraft muß er für sein Leben einer anderen Person verkaufen. Sie ist seine einzige Existenzgrundlage. Er arbeitet, um zu leben, aber seine Arbeit ist nicht bloß ein Teil von seinem Leben - sie ist sein Lebensopfer. Seine Arbeit ist eine Ware, die er unter dem Deckmantel der freien Arbeit gezwungen ist, in die Hände einer anderen Partei zu geben. Der gesamte Lohn, den der Arbeiter für seine Anstrengungen erhält, ist aber nicht das Ergebnis seiner Arbeit - weitentfernt. Die Seide, die er webt, der Palast, den er baut, die Erze, die er gräbt, sind nicht für ihn - oh, nein! Das einzige, was er für sich selber produziert, ist sein Lohn; und die Seide, die Erze und der Palast, die er geschaffen hat, verwandeln sich für ihn in eine schabige Existenz, nämlich in ein Baumwohldorn, in ein paar Pfennige und zur Mietwohnung in einem fremden Haus. Mit anderen Worten, sein Lohn stellt bloß die notwendigsten Le-

bensmittel dar, während der unbezahlte Mehrwert seines Arbeitsproduktes den ungeheuren Reichtum der nichtproduzierenden, kapitalistischen Klasse bildet.

Kapital ist angehäuft und angesamelter Mehrwert aus früherer Arbeit. Kapital ist das Produkt von Arbeit. Sein einziger Zweck ist es, sich weiterhin Mehrwert aus den Arbeitsprodukten der Lohnarbeiter anzueignen und zu beschlagnehmen. Das kapitalistische System ist aus der gewaltsamen Aneignung natürlicher Quellen entspringen und der Annäherung von Rechten durch einige wenige. Daraus entwickelten sich dann spezielle Privilegien, die seitdem zum wohlverordneten Recht erklärt worden sind, formal abgesichert durch ein Bollwerk aus Gesetz und Regierung. Das Kapital kann nicht existieren, wenn nicht eine Mehrheit ohne Eigentum, also ohne Kapital, existiert; eine Klasse, deren einzige Existenzgrundlage darin besteht, ihre Arbeitskraft an die Kapitalisten zu verkaufen. Der Kapitalismus wird geschützt, erhalten und verewigt vom Gesetz. In Wirklichkeit ist das Kapital das Gesetz - das Gesetzrecht -, und umgekehrt ist das Gesetz das Kapital.

(aus: "HAYMARKET!" 1886: Die deutschen Anarchisten von Chicago, nolle Reden und Lebensläufe, hier: Redeauszug von Albert)



## Volkszählungsboykott, wie geht das?

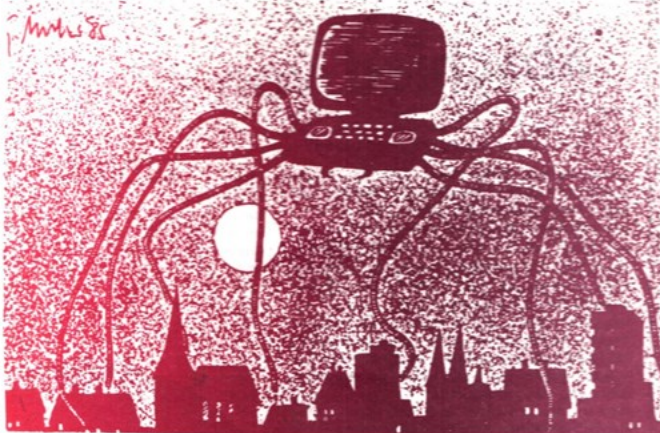
Wer bei der Volkszählung seiner -Auskunftspflicht- nicht nachkommt, macht sich nicht strafbar, sondern begeht eine Ordnungswidrigkeit, die mit Bußgeld zwischen 5 DM und 10.000 DM geahndet werden kann. Tatsächlich muß das Bußgeld sich aber an den wirtschaftlichen Verhältnissen der betroffenen Person und an den Umständen der Auskunftsverweigerung orientieren. Es bleibt dem statistischen Landesamt außerdem freigestellt, ob es überhaupt ein Bußgeld verfügt. Da diese Ämter es mit dem Bürger für mögliche weitere freiwillige Befragungen nicht gerne verderben wollen, werden sie die Bußgelder eher niedrig ansetzen oder bei einer großen Anzahl von Verweigerern ganz darauf verzichten.

Bei der Entgegennahme der Bögen merke mensch sich folgendes:

- Der/die Zähler/in hat kein Recht, die Wohnung zu betreten.
- Mensch selbst ist nicht verpflichtet, dem/der Zähler/in irgendwelche Auskünfte zu erteilen, weder über sich noch über andere - das geht den/die Zähler/in nichts an.

Merke: Die Zähler sind grundsätzlich nicht vertrauenswürdig; sie sind aber verpflichtet, auch ohne irgendeine Namensnennung, die gewünschte Anzahl von Fragebögen auszuhandigen. Üblich ist es, daß der eigentliche Wohnungsinhaber ja auch auf Urlaub sein kann und somit der/die Zähler/in jemanden antrifft, der/die die Blumen betreut.

- Es kommt auch vor, wenn der/die Zähler/in niemanden in der Wohnung erreicht, daß er/sie sich telefonisch meldet. Selbstverständlich meldet man/frau sich in jener Zeit nur mit »Hallo- und fragt zunächst zurück, wer denn mit ihm/ihr sprechen wolle; denn niemanden geht es etwas an, wie man/frau nun heißt.



- Wird mensch vom/von der Zähler/in in einer Wohnung angetroffen, so nenne mensch die erforderliche Zahl der benötigten Fragebögen (hängt von den jeweiligen Umständen ab wieviele ...) und nehme sie freundlich entgegen, denn der/die Zähler/in braucht ja nicht gleich zu wissen, daß mensch gegen die Volkszählung ist. Je nachdem wieviele Nachbarn auch zum Boykott bereit sind, kann mensch sich mit diesen entsprechend absprechen.

Falsches Ausfüllen hingegen bringt garnichts, da die falschen Daten durch Überprüfen und Nachfragen fast alle wieder richtiggestellt werden können. Außerdem kann falsches Ausfüllen auch mit einem harten Bußgeld bestraft werden, da es ähnlich einer Urkundenfälschung gewertet werden kann.

Es kommt für den politischen Erfolg des Volkszählungsboykotts darauf an, die Vereinzelung zu durchbrechen. Wir schlagen eine Vorgehensweise vor, bei der durch Zeitverzögerung, in der man/frau noch als Datenverweigerer unerkannt bleibt, mehr Personen den Mut zum Mitmachen finden; denn je mehr sich beteiligen, desto besser.

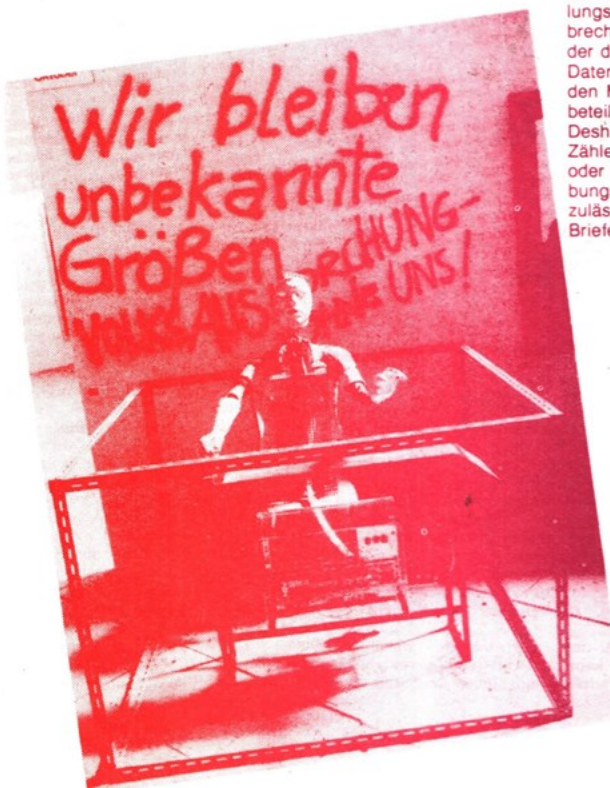
Deshalb kann mensch auch mit viel Phantasie die Zähler hinhalten, wenn sie die Bögen abholen wollen, oder behaupten, die Bögen mit der Post der Erhebungsstelle zugestellt zu haben, was grundsätzlich zulässig ist. Die Beweislast für nicht abgeschickte Briefe hat das statistische Amt.

### Alternative Sammelstellen

Eine Möglichkeit wären »alternative Sammelstellen« bei den Volkszählungsboykottinitiativen. Dort werden Informationen angeboten werden und das weitere gemeinsame Vorgehen besprochen. Zu diesen Stellen sollten die **unausgefüllten Fragebögen mit vorher abgeschnittener Heft-Nummer** möglichst frühzeitig gebracht und dort einer sinnvollen Verwendung zugeführt werden. Auf diese Weise wird der Boykott öffentlich dokumentiert, ohne daß der/die Einzelne sich durch die Bögen zu erkennen gibt.

Trifft später - nach mehrmaliger Aufforderung zum Ausfüllen der Fragebögen - mit Postzustellungsurkunde ein Bußgeldbescheid ein, kann mensch dagegen innerhalb einer Woche beim statistischen Landesamt Einspruch einlegen, ohne feste Form und zunächst auch ohne weitere Begründung, wenn dazu die Zeit nicht reicht.

Spätestens zu diesem Zeitpunkt sollte mensch zusammen mit anderen Boykotteuren jedoch bereits die Rechtsberatung bzw. einen Rechtsanwalt der Volkszählungsboykottinitiativen eingeschaltet haben.





# abschied von den autonomen



es ist schon lange her, daß ich mich politisch aktiv betätigte, mich als teil einer "bewegung" sah.

auf keiner demo durfte ich fehlen, bei jeder aktion war ich dabei. überall war ich zu finden, wenn es darum ging etwas in die wege zu leiten und unruhe zu stiften.

ich muß über mich lachen, wenn ich daran denke, wie sehr ich tag und nacht darauf versessen - davon besessen - war, etwas zu tun, wobei so manche unsinnige tat herauskam.

immer der revolte auf der spur, die straßenschlacht im kopf, bewegte sich der kreis meines denkens in immer engeren bahnen.

bis hin zu persönlichen krisen, jeder von uns kennt das gefühl sich in einer einbahnstraße zu befinden, immer nur mit dem kopf gegen die wand anzurennen und nichts zu erreichen.

trotzdem machen wir immer weiter wie bisher oder basteln uns gar ein konzept daraus.

was folgte, war stück für stück bruch. ich verabschiedete mich vom politischen aktivismus.

wenn ich heute auf eine demo gehe, fühle ich mich nicht mehr verbunden mit dem geschehen.

ich fühle mich fremd unter den leuten, ich bewege mich in der rolle des spanners am straßenrand und hab nur zynismen, hohn und spott, mit einer spur trauer übrig für das, was ich mal grob "demogeilheit" nennen will.

jedesmal hole ich mir die traurige bestätigung dafür, daß bei denen die etwas verändern wollen, sich nichts verändert hat, wenn auch weiterhin große töne gespuckt werden.

wenn ich mich dann umschau, glaube ich, gleich mir bekannte zu erkennen, die scheinbar nur aus zeitvertreib hierhergekommen sind und doch nur versuchen etwas wiederzufinden, was sie verloren haben.

man ist nicht mehr ganz bei der sache - man bewegt sich nicht mehr mitten drin, man steht außen vor.

wenn es einem auch lieber wäre unbedenklich in die sprichchöre einzustimmen und lauthals "feuer und flamme für diesen staat" herauszuschreien, so weiß man doch ganz genau, daß man an sich hier nichts mehr zu suchen hat und der schrei einem schnell in der kehle steckenbleibt.

was ist passiert?

ich habe meinen glauben verloren. es ist nicht mein glauben an die möglichkeit von veränderung, die geschichte bewies oft genug das gegenteil. es ist mein glauben daran, ob wir mit dem, was wir tun, wirklich etwas verändern oder wenigstens in die wege leiten. es war wohl weniger eine politisch objektiv begründete ablehnung, sondern mehr ein subjektives gefühl; ein unwill, unbehagen und eine abwehr gegen scheinbare äußerlichkeiten.

diese vorliebe und verliebtheit in schwarzes leder, diese uniformierung und wichtigtuerei, dieses "mannhafte auftreten" arroganter männerklüngel, diese feindseligkeit und voreingenommenheit gegenüber andersdenkenden und handelnden, dieser einheitsblock der autonomen, militanten, anarchos, anti-imps.

mir fehlt etwas vor lauter hass-kappen kann man den leuten nicht mehr ins gesicht schauen, statt fröhlicher mitkämpfer treffe ich nur düstere ritter, zuwenig gefühl, zuviel harte.



mir fehlt die freude, das lachen, der witz, die ironie, das spiel, ein heruntergekommenes volk überspielt seine eigene lebenslosigkeit mit dem zum ritual gewordenen wurf eines steins in eine fensterscheibe, der sprachstil und die aussagen der parolen und flugblätter bewegen keine hirne und herzen.

sie sind für die politische stammkundschaft bestimmt, ein flugblatt gleicht dem anderen, zu welchem thema auch immer.

was nutzen mir die inhalte, wenn sie keiner kapiert, weil sie sowenig mit dem alltäglichen leben zu tun haben.

die leute werden immer putzgeiler völlig fixiert auf militanz wartet jeder auf den ersten stein. klirren einmal - keine scheiben schaut man in trübe mienen, unbefriedigt schleicht man nach haus... ohne putz tritt leere, lähmung, stillstand ein.

das wort "neue armut" (einer der derzeitigen renner auf der hitliste der politthemen auf der fortdauernden suche nach dem revolutionären subjekt) bekommt hier im zusammenhang mit "den autonomen" ganz neue bedeutung.. militanz verkommt zu militarismus, die reize des kriegshandwerks finden mehr freunde als das der weniger attraktiven, langwierigen und schwierigen arbeit der aufklärung, zwischen beiden seiten herrscht eine art "arbeits- teilung", die einen aktionieren - die anderen dürfen vermitteln.... abgesehen davon halte ich es für äußerst fragwürdig, wenn eine aktion einer langatmigen erklärung bedarf, um nicht nur von "eingeweihten" verstanden zu werden.

was wären wir ohne unseren heimlichen liebhaber - die massenmedien? als aufmacher auflagenstarker blätter fühlt man sich geschmeichelt, was man lesen kann ist äußerst ruhmreich, wenn es meist auch wenig mit der realität zu tun hat.

ein name bürgt für qualität: hart und schwarz, die autonomen!

dies verstärkt noch die tendenz sich über äußerlichkeiten zu definieren statt mal wirklich über gemeinsamkeiten zu reden, über die umgangsformen und beziehungen untereinander möchte ich erst gar nicht anfangen, sie wären in ihrem desolaten zustand einen eigenen artikel wert.

während wir außen glänzen tun wir innerlich verfaulen!

ich habe diese art der politik satt, ich kann mich nicht wiederfinden in der nackten konfrontation mit dem staat, die keinen raum mehr läßt für ausweichmanöver, meine inhalte müssen verständlicher werden.

ich verzichte auf politische rundumschläge und beziehe mich in wort und tat lieber auf das alltägliche leben. für mich ist die vielbeschworene phantasie kein billiges vehikel zur vermittlung beliebiger auswechselbarer inhalte, sondern der inhalt selbst. die mittel dürfen nicht nur dem zweck dienen, sondern müssen in sich schon den zweck beinhalten. schreiben wir unsere flugblätter wie gedichte, inszenieren wir unsere aktionen wie theaterstücke! verstecke wir unsere verrücktheiten, unsere wünsche, unsere träume nicht mehr hinter inhaltsleeren wörthölsen, machen wir unseren alltag zum abenteuer und spielen der realität jeden tag einen streich!!!!

claudio zaza



Zu den Studenten- und Schülerkämpfen in Spanien

Am 22. März fand in Frankfurt M. im Clubraum der DGB-Jugend eine Veranstaltung über die spanische Schüler- und Studentenbewegung statt. Es sprachen hierzu Carlos Paino, Sprecher des Madrider nationalen Koordinierungsausschusses und Rosa Taborda, Mitglied desselben.

Paino meinte, die Streiks und Demos seien vor allem von Schülern und Abiturienten und weniger von Studenten getragen. Die Schüler des Sekundarbereiches (Abiturienten und Auszubildende, denn die Berufsausbildung erfolgt in Spanien zum Teil in den Schulen und nicht in den Betrieben) beklagten die hohe Jugendarbeitslosigkeit (47%), die schlechte Qualität der Ausbildung und die Einschränkung der Studienfreiheit, einmal über den Numerus Clausus und über ein Studienwahlssystem, das eine erste, zweite und dritte Wahl vorschreibt. Aus der Diskussion um den NC und der miesen Ausbildungsqualität bildeten sich November 1986 die ersten Initiativen im Sekundarbereich. Die Schüler schlossen sich in regionalen Ausschüssen und im Koordinierungsausschuß zusammen, in die sie Delegierte aus den jeweiligen Klassen der Schulen entsandten. Sie formulierten ihre Forderungen:

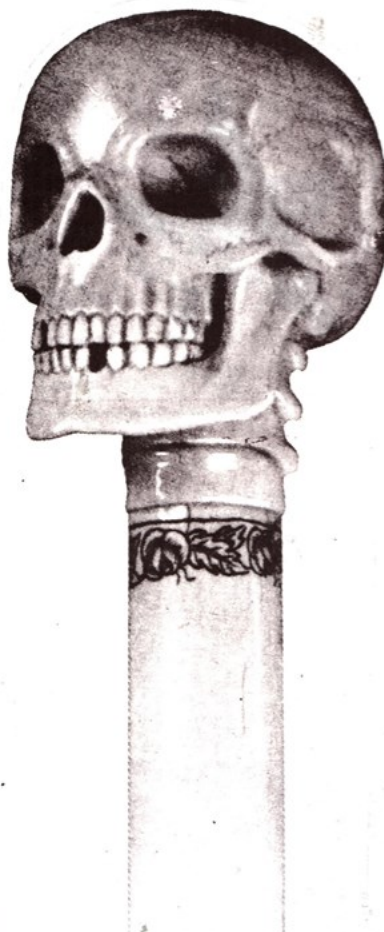
1. Aufhebung der Zulassungsprüfungen zur Universität (in Spanien muß zusätzlich zum Abitur eine Zulassungsprüfung absolviert werden)
2. Kostenloses Studium für Bedürftige
3. Abschaffung des Schulgeldes
4. Keine Erhöhung der Studiengebühren.

Zusammen mit der Schülergewerkschaft organisierten sie dann einen Generalstreik der Schüler (und Studenten?) und eine Demo in Madrid mit ca. 40.000 Schülern, Studenten und laut Information einer portugiesischen ZuhörerIn organisierten Arbeitern. Im Januar 1987 kam es zu verschiedenen Demos und zu Auseinandersetzungen mit den Bullen, bei denen einer 15-jährigen Schülerin in den Rücken geschossen wurde. Zu den Gewalttätigkeiten sagte Paino, sie seien von rechten Gruppen provoziert worden, um der Bewegung zu schaden.

Mitte Januar kam es dann zu Verhandlungen mit dem Kultusministerium, an der Schülergewerkschaft, regionale Ausschüsse und der nationale Koordinierungsausschuß teilnahmen. Die Regierung sicherte schnell ein kostenloses Studium für Bedürftige zu und verschob die Erhöhung der Studiengebühren. Die Schüler gingen zunächst wieder zurück in die Schulen. Da aber auch spanische Schüler wissen, was von Regierungszusagen zu halten ist, sind weitere Aktionen geplant. Sie sollen gemeinsam mit denen der Studenten koordiniert werden.

Über die Studentenbewegung sprach dann Rosa Taborda. Die Studenten wurden nach den Schülerunruhen aktiv. Neben den bereits von den Schülern formulierten Problemen gibt es an den spanischen Universitäten noch andere, mit denen sich die Studenten konfrontiert sehen.

## LESERBRIEF



1. Es gibt in den spanischen Universitäten der Provinz ein viel schlechteres Fächerangebot als in den Zentren Madrid oder Barcelona.

2. Die bei den Regierenden einsetzende Diskussion um eine Reform der Universitäten in Spanien ist noch sehr vage und geht in eine den studentischen Interessen entgegengesetzte Richtung.

Die Studenten beklagen, daß eine Beteiligung der Betroffenen, der Studenten und deren Organisationen an der Diskussion vom Kultusminister abgelehnt wird.

3. Die ohnehin schlechte finanzielle Unterstützung der Unis (Spanien steht mit seinen Bildungsausgaben an drittlezter Stelle in Europa) soll weiter gekürzt werden. Die Regierung legt den Universitäten nahe, zwecks Finanzierung mit der Industrie Verbindung aufzunehmen.

Diese Rivalisierung der Hochschulen, die die Abhängigkeit der Unis von den Unternehmen und deren direkten Zugang zur Hochschule zum Ziel hat, bei uns heißt das Kooperation von Wissenschaft und Wirtschaft, scheint ein in ganz Europa vorgenommener Angriff zu sein.

Die verstärkte Finanzierung der Unis durch "Private" finden wir auch in der Kohlischen Hochschulrahmengesetz-Novelle und im Gesetzentwurf des französischen Ministers Devaquet. Die Vermutung, daß die EG-Länder hier gemeinschaftlich vorgehen, wird auch durch die verblüffende Ähnlichkeit des Gesetzentwurfes Devaquets mit den spanischen Zuständen deutlich: So sah die "Autonomie" der französischen Hochschulen vor, daß die Universitäten in eigener Entscheidung die Höhe der Einschreibungsgebühr bestimmen sollten, daß sie, wie in Spanien, Zulassungsprüfungen einführen und eigenständig beschließen könnten, welche Studiengänge eingeführt werden sollten. Bei gleichzeitigem Rückzug des Staates aus der Hochschulfinanzierung zugunsten der Wirtschaft, hieß dies, die Unternehmer werden bald darüber bestimmen, wer studiert und was studiert wird! Es braucht wenig Phantasie, um sich vorzustellen, welche Folgen dies für kritische Geisteswissenschaften hätte.

Die Förderung der Studenten nach Beteiligung am Diskussionsprozeß, nach Beibehaltung und Erweiterung der Studienfreiheit findet in der spanischen Presse kaum Beachtung. Man ist bemüht, diese Probleme scharf von denen der Schulen zu trennen. Rosa Taborda sieht daher als wichtige Aufgabe die Organisation und Koordination von Schülern und Studenten, um gemeinsame Aktionen folgen zu lassen.

Der Kampf der Schüler und Studenten in Spanien steht erst am Anfang, und wir können gespannt sein, was sich dort weiter tun wird. Es stellt sich auch die Frage, was wir in der BRD gegen die Kohlische Bildungspolitik (Hochschulreform, Zwangsexmatrikulation, Abschaffung des 13. Schuljahres) machen können.

SVEN Cornert



# 1. MAI

Autonom und frei auch zum 1. Mai!



Rechtzeitig erinnern uns die Süddeutschen Autonomen mit einem Diskussionspapier an den 1. Mai 1987. Es ist zu hoffen, daß auch die Idee von einer Anti-kapitalistischen Woche in vielen Städten aufgegriffen und in Aktionen umgesetzt wird! Jobber-Initiativen, Anarcho-Syndikalisten, linke Gewerkschafter, Autonome und Anarchisten, wir sind gefordert. Dennoch, der 1. Mai ist zu wichtig, als daß er zum politischen Revival verkommen darf. Chicago und Berliner Blutmai, schrecklich genug, aber wir leben heute, und seit Hundert Jahren hat sich der Kapitalismus und die Gesellschaft weiter entwickelt. Wir müssen den 1. Mai von meterhohem Bedeutungsschutt freischaufeln. Die Menschen denken heute an die Bürokrati-

tensprüche gesättigter DGB-Bonzen, an harmlose Gewerkschafterjogging durch leere Feiertagsstraßen, oder an die staatlich inszenierten Leistungs- und Jubelmärsche der Realsozialisten mitsamt fahnschwingenden FDJ-Jupies und martialischen Militärparaden.

Wir dürfen uns nicht als radikaler Farbtupfer an den DGB-Spaziergängen beteiligen! Wir wollen nicht mehr nur individuell und isoliert gegen Arbeitszwang, miese Bezahlung, üble Wohn- und Lebensbedingungen Widerstand leisten. Es geht um eine sozialrevolutionäre Perspektive: für die Übernahme der Betriebe durch die Arbeitenden! Für eine freie und selbstverwaltete Gesellschaft! Davor zittern die Mächtigen in diesem Land! Daß sich unsere sozialen Kämpfe, Hausbesetzer, Arbeitslose, Punks, Atomkraftgegner mit den Arbeitern und den ökonomischen Kämpfen und Streiks um mehr Knete und bessere Arbeit verbinden.

Doch wer die Lohnarbeit beseitigen, die Macht der Fabrikanten, Bonzen und Banken brechen will, der muß auch gegen die sozialdemokratischen Nachlaßverwalter in den Parlamenten und im DGB kämpfen.

Machen wir den 1. Mai zum Tag unseres Aufbruchs! Wie die junge Frühlingssonne das Wintereis schmilzt, werden unsere Entschlossenheit, unsere Ideen vom freien Menschen und einem erfüllten Leben die versteinerten Verhältnisse zum Tanzen bringen. Der 1. Mai als Kampftag der radikalen Opposition! Wir dürfen nicht halt machen vor den Fabrikatoren, den Büropalästen, Kasernen und Schulen. Und es ist ein internationaler Kampftag. Verbunden mit streikenden Minenarbeitern in Südafrika, mit englischen Druckern, den spanischen Hafenarbeitern und Schülern, mit Solidarnosc in Polen! Der Winter war lange dies Jahr.

## WALK ON THE WILD SIDE

INHALTE INHALTE INHALTE

Nachdem das südd. Autonomen-Plenum vom 31.1./1.2.87 den Vorschlag zu einer antikapitalistischen Woche/ 1. MAI- Demo für Süddeutschland der Nürnberger diskutiert und angenommen hat; wurde von uns (südd. Plenum) dieses Papier als inhaltliche Grundlage/ Hintergrund für Woche und Demo erarbeitet.

BRD 87,

Kapitalismus heißt das System in dem wir leben müssen, aber nicht nur wir hier, mit diesem System sind Menschen weltweit konfrontiert. Kapitalinteressen machen nicht an Grenzen halt, transnationale Konzerne bestimmen das Geschehen, setzen ihre Interessen durch. Für die Menschen der 3. Welt bedeutet die Unterwerfung unter den Imperialismus der Metropolenstaaten: Hunger, Verelendung, Krieg, Unterdrückung. Die Ausbeutungsbedingungen sind zwar unterschiedlich, laufen aber auf das Gleiche hinaus: bestmögliche Verwertung menschlicher Arbeitskraft. Alles ist diesem System untergeordnet, von der herrschenden Ideologie bis hin zu herrschenden Kulturvorstellungen. Kapitalismus bedeutet Lohnarbeit/ Klassengesellschaft. Lohnarbeit heißt, daß die Masse der Menschen (lohnabhängige Klasse) um zu leben ihre Arbeitskraft verkaufen müssen. Wir nennen das Zwang zur Arbeit! Es handelt sich um eine Gesellschaftsform, in der alles nach den Profitinteressen der Kapitalisten organisiert ist, alle Lebensbereiche werden dadurch bestimmt. Jedem muß klar sein, daß es innerhalb der bestehenden Verhältnisse keine Möglichkeit gibt der kapitalistischen Organisation auf Dauer zu entgehen, wir werden ständig in unserem Alltag aufs neue damit konfrontiert (Schule, Arbeit, Straße mit Ämtern, Vermietern, etc.). Zur Sicherung bzw. Maximierung seiner Profite betreibt das Kapital eine Umstrukturierung der kapitalistischen Organisation im gesamtgesellschaftlichen Bereich.





Den Kampf gegen das  
Kapital autonom führen!

Arbeit macht krank Arbeit ist Gewalt  
Arbeit ist Kontrolle

SOZIALE  
REVOLUTION!

LOHNARBEIT

Arbeit ist Ausbeutung

Im Bezug auf die Lohnarbeit versucht das Kapital neue Maßstäbe der Ausbeutung durch Technologisierung durchzusetzen, was konkret nichts anderes bedeutet, als eine weitere Rationalisierung und Automatisierung des Produktionsablaufs. Mit Hilfe dieser Technologisierung werden, der Arbeitsprozess weiter zersplittert, die Arbeitenden vereinzelt und reduziert, alte Qualifikationen weiter entwertet. Gleichzeitig damit wird die Arbeit einem höheren Grad von Kontrolle unterworfen, sei es um die letzten Freiräume innerhalb der Arbeitszeit zu zerstören, sei es um die letzten Freiräume innerhalb der Arbeitszeit zu zerstören, sei weil die neuen hochsensiblen Bereiche besser geschützt werden müssen. Das bedeutet für die Menschen die dort arbeiten eine schärfere Selektion und Überwachung. So soll rebellisches Verhalten bereits im Ansatz erfasst und erstickt werden. 2-3 Millionen Arbeitslose sind das Erpressungsmittel, mit dem das Kapital veränderte Arbeitsformen und -bedingungen durchsetzt:



Sklavenhändler, Subunternehmer, Heimarbeiter etc. treten in Konkurrenz zu den in garantierten Arbeitsverhältnissen stehenden Stammbeschafteten, so daß auch dort verschärfte Arbeitsbedingungen Einzug halten. In diesem Zusammenhang steht auch die seit der DGB-Kampagne um die 35-Stundenwoche wieder in aller Munde geplante Flexibilisierung der Arbeitszeit. Hinter dem Flexibilisierungs- und den von Seiten der Herrschenden darum gesponnenen Lügen vom Vorteil von Malocher/innen (längere Ladeöffnungszeiten, freie Arbeitszeiteinteilung etc.) steckt natürlich wie immer das Interesse an Profitmaximierung und größtmöglicher Auslastung/Nutzung der Maschinen. Das heißt Maschinendurchlauf, der durch eine Änderung der Schichtpläne und individuelle Arbeitszeiten in den Abteilungen garantiert wäre. In den Flexibilisierungsstrategien des Kapitals, gerade im Hinblick auf die Debatte um die Wiedereinführung der Samstags- und Sonntagsarbeit, d.h. 7-Tage-Woche je nach Bedarf, materialisiert sich die Vorstellung von vollkommener Verfügung über Zeit (einteilung) der Arbeiter. Dadurch verschärft sich das Ausbeutungsverhältnis, Privatleben, Freunde, etc. wird weiter den Profitinteressen untergeordnet. Am deutlichsten werden die Vorstellungen über eine zukünftige Nutzung der menschlichen Arbeitskraft wenn man sich die KAPOVAZ-Verträge (kapazitätsorientierte, variable Arbeitszeit Verträge) anschaut. Dem Malocher wird mitgeteilt, wann und wieviel er zu arbeiten hat, das kann an einem Tag 12 Stunden, an einem anderen 4 Stunden heißen. Die Einführung neuer Technologien auf der einen Seite und die Aushöhlung der garantierten Arbeitsverhältnisse auf der anderen Seite bilden die Zangenbewegung mit der das Kapital die Entwicklung des Klassenbewusstseins hemmen und die Organisation des Proletariats verhindern will, um so schließlich die Verschärfung ihrer Ausbeutung ungehindert durchsetzen zu können.

GEGEN LOHNARBEIT

Die kapitalistische Produktionsweise hat alle vorhandenen gesellschaftlichen Zusammenhänge und damit verbundene soziale Absicherung zerstört. Gegen diese Zerstörung gab es im vorigen Jahrhundert Kämpfe des Proletariats. Um diese aufkommenden Unruhen zu verhindern und ein dauerhaftes Angebot an Arbeitskraft sicherzustellen, nur wer wiederverwertbar erscheint bekommt Leistungen (steht heute noch so in deinem Krankenkassenvertrag), werden zentralstaatliche Institutionen geschaffen. Vorhandene Ansätze von Selbsthilfe werden verstaatlicht und funktionalisiert. Indem nur dem Einzelnen Anspruch auf soziale Leistungen gewährt wird, soll solidarischen Verhalten der Boden entzogen werden. Die Übernahme der sozialen Absicherung durch den Staat soll überdies ein positives Interesse an der Staatserhaltung schaffen. So sollen soziale Widersprüche befriedet und die Bevölkerung in die herrschenden Verhältnisse integriert werden. Im Arbeitsbereich wird zur Zeit durch die sozialstaatlichen Institutionen (Sozial- und Arbeitsamt) eine zwangsobilisierung in immer misere Arbeitsverträge und Arbeitsverhältnisse bzw. schlecht bezahlte Drecksjobs betrieben. Einerseits gegen diejenigen, die sich bisher unter Ausnutzung der sogenannten "sozialen Hängematte" zumindest zeitweise dem Arbeitszwang entziehen konnten, andererseits gegen die von oben genannten Maßnahmen betroffenen Arbeiter, die ihre Dequalifikation nicht annehmen wollen. Seit 1976 werden die Zumutbarkeitsregelungen des Arbeitsamtes ständig verschärft, die Speer- und Anwartschaftszeiten ständig verlängert, die Leistungsbezüge von Arbeitslosengeld/ Hilfe und Sozialhilfe gekürzt.

Im Ausbildungsbereich wurden BaFöG-Zahlungen eingeführt, als Industrie und Staat verstärkten Bedarf nach qualifizierten Leuten hatten. Jetzt wo der Bedarf gedeckt ist, wird das BaFöG gestrichen, die Konkurrenz und Auslese erhöht (Elite-Hochschulen, Schuldenerlaß von Ausbildungsdarlehen für die Schnellsten und Besten).



soziale Bewegungen  
lassen sich nicht  
kontrollieren



REPRESSION/ SOZIALE KONTROLLE

Gleichzeitig ziehen sie die Umstrukturierung auch auf anderer Ebene durch. Einerseits gegen den Widerstand, der sich an immer mehr Orten/Projekten (WAA, Rüstung, Umweltverschmutzung) regt und radikalisiert, sowie gegen den antikapitalistischen-antimperialistischen Widerstand und den der Guerilla (RAF, RZ etc.). Der Widerstand soll durch die Einschränkung des Demorechts, Versammlungsverbot, Versammlungs- und Versammlungsverbot (BÜKO), Gefangenveranstaltungen (München), Zensur und Beschlagnahme unserer Zeitungen (Radi-aktiv, Radikal, Freiraum u.s.w.), Ausweitung des §129a, Zusammenarbeit Bullen-VS, Aufrüstung der Bullen (Gummigeschoße) zerschlagen werden. Die neuen Sicherheitsgesetze richten sich auch gegen aufkommende Arbeitskämpfe, Streiks u.s.w., der Gummiparagraf 129a faßt zukünftig Sabotageaktionen im Betrieb (benannt es als Eingriff in die wirtschaftliche Infrastruktur) genauso wie "das Umlegen von Strommasten. Dadurch versuchen sie jede Diskussion unter uns und Verbreitung der Diskussion um militante Aktionsformen zu ersticken. Jeder, der hier ihrer Organisation ernsthaften Widerstand entgegensetzt, soll kriminalisiert werden. Kampf gegen die kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse, für ein selbstbestimmtes Leben heißt immer auch Kampf gegen die Knäste: gegen Hochsicherheitsstrakte, Isolationsfolter, Zensur und Entzug selbstbestimmter Kommunikation. Mensch, der Identität nicht den Bedingungen der totalen Kontrolle im Knast unterwirft, sich nicht widerstandslos anpaßt, verliert sein Existenzrecht. Permanente Beobachtung, Absonderung und Isolation soll jegliche Solidarität, Kollektivität und Diskussion verhindern bzw. zerstören. Funktion der Knäste des Systems: Wer sich kapitalistisch Leben- und Verwertungsbedingungen nicht unterordnet, wird notwendig kriminell, kriminell im Sinne von Gesetzen eines Staates, der sich in erster Linie an Profitinteressen des Kapitals orientiert. Vor lauter Repression soll uns der Blick für tieferliegende Zusammenhänge verlorengehen bzw. uns die Möglichkeit genommen werden, uns überhaupt noch mit der kapitalistischen Realität zu beschäftigen.





Auf der anderen Seite eröffnet sich aufgrund der voranschreitenden Marginalisierung/ Prekarisierung (Ausgrenzung immer breiterer Schichten, die für das Kapital im Moment nicht verwertbar sind aus gesellschaftlichen Lebensabläufen / Prekarisierung, d.h. entgarantierte Jobs, die Arbeitsverhältnisse/verträge sind außerhalb des Tarifvertrages angesiedelt, Teile wie Krankenversicherung, Sozialabgaben, Urlaubsgeld sind herausgestrichen; Zeitarbeit, Leiharbeit, Heimarbeit), breiter Bevölkerungsschichten ein riesiges Betätigungsfeld für die Aufstandsbekämpfungsspezialisten der Bourgeoisie. Durch Volkszählung, maschinenlesbarer Personalausweis (siehe Kasten), Überwachung (Video, Kobs), Verkabelung, Verschärfung des Streikrechts, Städteplanung, sollen soziale Unruhen, sowie eine Ausweitung des Widerstands durch Zusammenkommen politischer und ökonomischer Kämpfe verhindert werden.

### FRAUEN

Die wichtigste Voraussetzung für das funktionieren dieses Systems ist zum einen die un- oder unterbezahlte Arbeit der Frauen, zum anderen die geschlechtliche Arbeitsteilung generell. Den Frauen stellt sich die Wahl zwischen miesbezahlter Lohnarbeit, die sich verstärkt in ungeschützten und qualitativ schlechteren Arbeitsverhältnissen ausdrückt, oder aber Heim-, Herd, Mann und Kinder. Dabei steht frau vor dem Problem, daß Frauenlohnarbeit als Zuverdienst zum Familieneinkommen begriffen und bewertet wird. Tendenziell nimmt die Frauenlohnarbeit zwar zu die Löhne jedoch nicht. Die Kapitalisten entwerten die Frauenlohnarbeit, nehmen Frauen ihre erworbenen Qualifikationen und beschäftigen sie vor allem als Ungelernte in den untersten Lohngruppen. Weiterhin stehen Frauen vor allem Teilzeitarbeitsplätze, 430,-DM Jobs, Saisonarbeit, Leiharbeit und Job-sharing zur Auswahl.

Teilzeitarbeit, die in der Praxis fast nur Frauen betrifft, bedeutet für die Kapitalisten Mehrfachprofit durch Einsparungen in der Arbeitslosenversicherung, Krankenversicherung, Sozialabgaben etc. Durch die neuen i. u. K. Technologien erfolgt eine Umstrukturierung vor allem der typischen Frauenarbeitsplätze. Die Computer gestützte Heimarbeit bedeutet totale soziale Isolation, das heißt weder pers. Austausch noch Organisierung sind möglich. Die Frauen müssen jederzeit abrufbar sein, das bedeutet auch Sonntagsarbeit.

**BILDET  
PUTZ-  
KOLONNEN!**



Das bringt den Frauen den subjektiven Vorteil mit sich, die Mehrfachbelastung von Lohnarbeit und unbezahlter Hausarbeit besser zu koordinieren. Hinzu kommen Einsparungen des Staates im sozialen Bereich da die heimarbeitenden Frauen gleichzeitig Kranken- und Altenpflege übernehmen sollen. Parallel dazu läuft gerade jetzt mal wieder die Heim-, Herd-, Kinderkampagne des Staates. Diese zielt vor allem darauf, sich die Frauen einerseits als mobile und vor allem billige Arbeitskraftreserve zu sichern, andererseits jedoch zu garantieren, daß auch weiterhin die Reproduktionsarbeit, die Aufzucht der Kinder, d.h. der künftigen Arbeitskräfte und die wiederherstellung des leistungsfähigen Familienvaters, unbezahlt, von Frauen durchgeführt wird. Verschiedene Gründe unterstreichen die These, daß sich die Kleinfamilie als adäquate Lebensorganisation im Kapitalismus erweist. In der Familie fällt der Frau die Aufgabe zu, den Mann, den Lohnarbeiter, psychisch wie physisch wieder aufzubauen und so seine Leistungsfähigkeit, d.h. die optimale Wertbarkeit seiner Arbeitskraft zu erhalten. Auch die Aufzucht der Kinder ist durch die Institution Familie fast perfekt organisiert, nützlicher Nebeneffekt ist die größere Erpreßbarkeit eines "Familienernähers". Zudem funktioniert die Familie als Altersversorgung und Sozialversicherung. Die Familie ist jedoch nicht nur für die Kapitalisten die optimale Lösung, den meisten Lohnarbeitern erscheint sie ebenso als einzig "lebenswerte" Perspektive, die Ideologie hat gegriffen, die Vorstellungen von Leben sind verinnerlicht. Der Zusammenhang zwischen Geschlechtlicher Arbeitsteilung, Familie und Lohnarbeit wird klar, klar auch, daß ohne Abschaffung des einen auch das andere nicht geändert werden kann. Das Kapital hat jedoch neben der Ausbeutung der weiblichen Arbeitskraft in Lohn- und Reproduktionsarbeit in der Familie noch ein weiteres Interesse, nämlich an der optimalen Verwertbarkeit der spezifisch weiblichen "Produktionskraft" als "Produzentin" menschlichen Lebens.

### FÜR EINE HERRSCHAFTSFREIE GESELLSCHAFT

### OHNE LOHNARBEIT UND PATRIARCHAT

Um diese "Naturressource" optimal ausbeuten zu können muß der Frau das Selbstbestimmungsrecht über ihren Körper entzogen und dem Zugriff des Staates unterworfen werden. Beispiel dafür ist der §218. Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Gentechnologie, als Methode zur Gewinnung wichtiger Erkenntnisse in der Grundlagenforschung, ist sie eine Technik der gezielten Beeinflussung der Natur (Landwirtschaft, Kontrolle und Monopolisierung der Nahrungsmittel) und der Menschenbevölkerungspolitische Kontrolle. Wird somit auch als Schlüsseltechnologie die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Strukturen und auch das Wertesystem dieser Gesellschaft beeinflussen und verändern. Unbegrenzte Gewinne witternd investieren Großunternehmen von Shell, Fiat bis IBM und Sandoz in die alle Bereiche die die Germanipulation gewinnbringend vermarkten könnten. Und der Anwendungsbereich ist weit.

### ERKÄMPFT DAS FREIE AUFENTHALTSRECHT FÜR ALLE FLÜCHTLINGE UND ASYLANTEN/ ARBEITSEMIGRANTEN IMMIGRANTEN!

Wie an dem vom BRD-Kapital/ Staat und seinen faschistischen Helfern organisierten Propagandafeldzug zu erkennen ist, verschlechtert sich die schon immer beschissene Situation der Arbeitsemigranten und Asylsuchenden derzeit drastisch (Abschiebung in Kriegsgebiete mögl., Drohung von Folter und Todesstrafe werden nicht mehr als Asylgrund anerkannt). In Zeiten wirtschaftlicher Prosperität (Aufschwung) willkommen Gäste, bzw. als Billigarbeitskräfte sogar ins Land geholt, hat sich die Situation jetzt ins Gegenteil verkehrt. Die Asylanten und Arbeitsemigranten, auf der Flucht vor imperialistischen Kriegen, der Unmöglichkeit in den von den Metropolenstaaten vollkommen ausgebluteten Ländern der 3. Welt zu überleben, oder einfach abgehoben vor der unerträglich gewordenen Realität des kapitalistischen Alltags ihrer Herrkunftslander. Werden auf der einen Seite die oben genannten Gründe zur Emigration nicht anerkannt, wird auf der anderen Seite die einzig "legitime" Begründung namentlich politische Verfolgung durch die Aushöhlung des Asylrechts immer weiter unmöglich gemacht.



Denn es ist klar, daß der westdeutsche Kapitalismus ein Interesse an den Repressionen der anderen kapitalistischen Länder (z. B. Türkei) hat und verfolgten Revolutionären keine Hilfe leisten will. Sie alle kommen in folgender Situation hier an, bzw. leben schon in ihr: neue Wortschöpfungen, wie Asylantenflut, Asylproblem, Wirtschaftsflucht und vieles mehr, von Spitzenpolitikern nur zu dem Zweck kreiert, eine pogromähnliche Stimmung in der Bevölkerung zu schüren, zieren die Schlagzeilen sämtlicher Medien. Rassistische, nationalistische Propaganda verfolgt das Ziel, den Zusammenschluß der unterdrückten Menschen zu verhindern und uns gegeneinander auszuspielen. Andere sind da schon einen Schritt weiter, Meldungen von faschistischen Anschlägen auf Asylantenheime etc., sowie Aufmärsche von Bürgerwehren sind keine Seltenheit mehr. Der Sozialstaat BRD zeigt bei seinen Sondermaßnahmen und Gesetzesänderungen die Flüchtlingsfrage betreffend auf, worum es ihm hauptsächlich geht, nämlich Arbeitsmarktkontrolle und soziale Kontrolle für das Kapital. Die von der Restbevölkerung isolierte Unterbringung in Lager, Massenverköstigung (Kantinenfraß) in selbigen oder Lebensmitteldeckscheine, sowie Sondergerichtsbarkeit, sind Maßnahmen die heute Flüchtlinge betreffen, morgen kann jedoch schon der arbeitslose Jugendliche/ Malocher, Sozialhilfeempfänger oder jeder, der auf welche Art auch immer nicht ins System paßt, betroffen sein.

### 1. MAI KAMPFTAG DES INTERNATIONALEN PROLETARIATS

Schon Ende des letzten Jahrhunderts führte das damals noch junge Industrieproletariat den Kampf gegen das Kapital. Als ersten Schritt in Richtung Befreiung von der Lohnarbeit forderte es damals die Einführung des 8- Stundentages. Im Jahr 1889 diskutierten Delegierte aus aller Welt auf einem internationalen Kongreß die Notwendigkeit eines internationalen Kampftages der Arbeiterklasse und bestimmten schließlich den 1. Mai zu selbigem. Seitdem mußte der Kampftag 1. Mai, Symbol eines Kampfes, der das ganze Jahr über dauert, weltweit immer wieder gegen die Herrschenden durchgesetzt werden. An diesem Tag wurden und werden immer wieder Arbeiter eingeknastet, entlassen, erschossen. So ließ z.B. 1929 in Berlin der SPD- Polizeipräsident Zörböl von seinen Schupptruppen aus das Feuer auf die Demo eröffnen. In Deutschland gelang es erst den Faschisten diesen Kampftag umzudeuten. Durch die Zerschlagung revolutionärer Organisationen und Gleichschaltung der Gewerkschaften gelang es ihnen, das Bewußtsein vom Kampftag gegen die Lohnarbeit und Kapital in den Köpfen vieler Menschen auszulöschen. Stattdessen sollte man nun am Tag der Arbeit die Maloche an sich feiern. Nach dem Krieg einlöteten sich Kapitalisten und der mit Hilfe der Alliierten Kapis installierte DGB gleich dieses Modell beizubehalten. Es paßte ja auch zu gut in ihr Konzept der Sozialpartnerschaft. In den letzten Jahren haben jedoch auch hier immer mehr Menschen wieder kapiert, wie starke anti-kapitalistische Demonstrationen in Hamburg, Frankfurt usw. zeigen, daß der 1. Mai nach wie vor ein wichtiges Instrument in unserem Kampf sein kann.

### ANTIKAPITALISTISCHE WOCHEN 1. MAI

Was wir wollen, ist die Überwindung der Trennung zwischen politischen und ökonomischen Kämpfen, was ein Zusammenkommen unserer Anti-NATO-, Anti-AKW-, Südafrika- und Mittelamerikafights mit den Kämpfen um tägliche Überleben (Miete, Maloche, Sozial- und Arbeitsamt, Schule, usw.) bedeutet. Dazu ist es jedoch erstmalig notwendig, zu begreifen, daß es nicht damit getan ist, wochenendweise zu den Brennpunkten unseres "politischen Kampfes", wie Startbahn, Frauencamps, WAA, Hanau/Hamburg und und und zu fahren, dort unsere Fights abzuziehen, Kollektivität zu erfahren und unsere selbstbestimmten Lebensformen zu entwickeln - um am Montag im Produktions-, Reproduktionsbereich in "Dianomanier" wieder in unseren einsamen ökonomischen Kampf zu führen. Gerade in diesem Verhalten liegt der Widerspruch unseres politischen Handelns. Wir leben in einer Gesellschaft, deren Realität auf jeder Ebene dem Diktat der Kapitalakkumulation unterworfen ist, jede Entscheidung orientiert sich an der optimalen Verwertbarkeit von Kapital. So lassen sich auch alle auftretenden Widersprüche (wie z.B. WAA, Umweltverschmutzung, Pershings, Arbeitslosigkeit, Häuserpekulation und Gentechnologie) auf ein und dieselbe Ursache zurückführen: den Antagonismus zwischen Kapital und Arbeiterklasse. Es geht uns also darum, den Kristallisationspunkt kapitalistische Herrschaft zu zerschlagen, d.h. erst mal ihre Strategie zu erkennen und zu durchkreuzen. Konkret, wenn das Kapital zur Lösung seiner Krisen Umstrukturierungen im gesamtozesellschaftlichen Bereich durchzieht, d.h. neue Organisationsstrukturen installiert, um das Kommando zu festigen geht es genau darum, diesen Plan zu analysieren, umzudeuten und gegen das Kapital zu wenden.

Das bedeutet Selbstverwertung - damit ist gemeint, von der technischen, vom Kapital geschaffenen, zur politischen, d.h. der bewußten und selbstbestimmten Klassenzusammensetzung zu kommen. Die vom Kapital geplanten Lebens- und Arbeitsstrukturen, die von Oben durchgesetzten Hierarchien, Fabrikoessellschaft und Patriarchat zum Thema machen, unsere Geodemacht da errichten, wo ihre Macht entsteht. Gegen ihren kapitalistischen Plan setzen wir die militante Debatte. Die Entmythologisierung der herrschenden Ordnung auf allen Ebenen, ebenso wie das Begreifen unserer Politik im Klassenzusammenhang. Unsere Position im internationalen Klassenkampf bestimmen, um darin die Strategie für die Teilbereichskämpfe zu diskutieren. Das soll die anti-kapitalistische Woche bringen, daß wir uns vom Klassenstandpunkt aus unsere eigenen antikapitalistischen Inhalte klarmachen und drüber zum Ausdruck bringen, daß unser Kampf nicht bei einem abstrakten/ reformistischen Widerstand haltmacht, sondern sich gegen das kapitalistische System in seiner Gesamtheit richtet.

Deshalb machen wir die antikap. Woche, als Rahmen für Veranstaltungen, in mehreren Städten. Den Abschluß soll ein starker revolutionärer Block in der Nürnberger 1. Mai-Demo verbunden mit einer Gegenkundgebung bilden. Demo wie Woche laufen unter der Parole: **"NIEDER MIT DEM Kapitalismus! DEN ANGRIFF GEGEN LOHnarbeit, STAAT und PATRIARCHAT VON UNTEN ORGANISIEREN!!"** Die nächsten Schritte sind: diskutiert das Papier in euren Gruppen, kopiert und verteilt es massenhaft, organisiert bzw. schließt euch bestehenden Vorbereitungstreffen in eurer Stadt an. Am 14./15.3.87 ist dann in Nürnberg das nächste südd. Autonom. Plenum zum Thema. Wir erwarten euch zahlreich mit Power, Ideen und Vorschlägen!



**Organisieren wir die rot-schwarze Front.**

**VOM BLOSSEN REAGIEREN ZUM AGIEREN!  
VON DER RELATIVEN ZERSPLITTERUNG DER KÄMPFE ZUR GEMEINSAMEN LINIE,  
UND SCHLIEßLICH ZUR SINNVOLLEN ORGANISIERUNG!  
VOM MEINUNGSUSTAUSCH ZUR KONSTRUKTIVEN DISKUSSION UND  
DER ERARBEITUNG VON GEMEINSAMEN INHALTEN!  
DEN ANGRIFF VON UNTEN ORGANISIEREN!  
UNSER KAMPF WÄCHST ZONE UM ZONE!  
GEGEN STAAT UND KAPITAL-  
INTERNATIONAL!**



**AUTONOMEN PLENUM SÜDD.**

*schl. 1987  
mit Vorbei*



# WEHRPFLICHT VERWEIGERUNG

der folgende artikel soll einen kleinen einblick geben in die geschichte der wehrpflichtverweigerung, er beschäftigt sich leider vorwiegend mit dem punkt der repression, weil das zur zeit das ist, was mir am meisten im kopf rumschwirrt. bei mir ist die situation augenblicklich so, daß, nachdem ich im herbst 84 den dienst abgebrochen hatte, jetzt 6 monate knast ins haus stehen. das ist also das, wo ich mich im moment mit rumzuschlagen hab. da liegt neben einer ganzen menge persönlicher und technischer dinge, die dabei zu regeln sind, es an, diesen punkt repression etwas klarer zu kriegen. wo der herkommt, wie der einzuordnen ist. für mich war damals klageworden, aufgrund eigener erfahrungen in der sogenannten dritten welt, konkret im befreiten nicaragua, und zum anderen durch den schmerz von kurdischen genossen, die den tod ihrer angehörigen zu verarbeiten hatten, daß es für mich/für uns nur ein antagonistisches verhältnis zur imperialistischen kriegsmaschinerie geben kann. das heißt, den bruch mit der wehrpflicht zu vollziehen, da sabotage als aktionsmöglichkeit erstmal flachfällt (denn im klinikum ist das unvertretbar) und auch die agitatorischen möglichkeiten unter den zivildienstleistenden selber verschwindend gering waren.

im zweiten weltkrieg wurden auf seiten der deutschen faschisten allein über 44.000 menschen niedergemetzelt, denen der stempel "deserteur" aufgedrückt wurde. allein 44.000 zur aufrechterhaltung der truppenmoral!

nach dem zweiten weltkrieg wurden aufgrund der massiven friedensbewegungen der "nie wieder krieg"- und "ohne uns"-bewegungen, schein Konzessionen der herrschenden gemacht um ihr remilitarisierungsprogramm durchdrücken zu können. adenauer und konsorten räumten, bevor überhaupt offiziell von der einföhrung der wehrpflicht die rede war, im grundgesetz ein, daß es ein recht auf kriegsdienstverweigerung geben solle, auch wenn diese papierfloskel von anfang an zwei entscheidende einschränkungen aufwies: durch die klausel des gewissens konnten die herrschenden über ein regelinstrumentarium (gewissensprüfung) immer ihren notwendigen bestand an soldaten sichern, die arbeitsteilung von ziviler und militärischer seite jeweils kräftegerecht aufsplitten, und so sogar unruhepotentiale aus der armee rausfiltern (was gewissen ist, hängt von der jeweiligen geburtenstärke des jahrganges ab). der andere knack-

WENN ES AUCH RICHTIG IST, DASS DER HEUTIGE MILITARISMUS NICHTS ANDERES ALS EINE MANIFESTATION UNSERER KAPITALISTISCHEN GESELLSCHAFT IST, SO IST ER DOCH EINE MANIFESTATION, DIE SICH FAST VERSELBSTÄNDIGT HAT UND NAHEZU SELBSTZWECK GEWORDEN IST.

DER MILITARISMUS MUß, UM SEINEN ZWECK ZU ERFÜLLEN, DIE ARMEE ZU EINEM HANDLICHEN, GEFÜGIGEN, WIRKSAMEN INSTRUMENT MACHEN. ER MUß SIE IN MILITÄRISCH-TECHNISCHER BEZIEHUNG AUF EINE MÖGLICHT HOHE STUFE HEBEN UND ANDERSEITS, DA SIE AUS MENSCHEN, NICHT MASCHINEN, BESTEHT, ALSO EINE LEBENDIGE MASCHINERIE IST, MIT DEM RICHTIGEN "GEIST"ERFÜLLEN....

...DER MILITARISMUS SUCHT DEN MILITÄRISCHEN GEIST ZUNÄCHST UND IN ERSTER LINIE IM AKTIVEN HEERE SELBST, SODANN IN DENJENIGEN KREISEN, DIE FÜR DIE ERGÄNZUNG DES HEERES IM MOBILMACHUNGSFALLE ALS RESERVE UND LANDWEHR IN BETRACHT KOMMEN, UND SCHLIEBLICH IN ALLEN ÜBRIGEN KREISEN DER BEVÖLKERUNG, DIE ALS MILIEU UND NÄHRBO- DEN FÜR DIE MILITARISTISCH UND FÜR DIE ANTIMILITARISTISCH ZU VERWENDENDEN BEVÖLKERUNGSKREISE VON BEDEUTUNG SIND, ZU ERZEUGEN UND ZU FÖRDERN. (Karl Liebknecht)



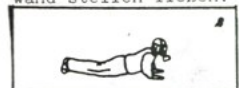
KRIEG UND LEICHEN - DIE LETZTE HOFFNUNG DER REICHEN



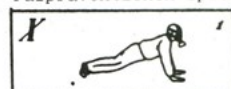
punkt: der zusatz kriegs-  
dienst ohne waffen kam erst  
zwölf jahre später nach ver-  
abschiedung der notstandsge-  
setze zum tragen. dennoch ging  
die befriedung der bewegung  
gegen wiederbewaffnung ein  
stückweit auf.



jener teil, der sich weiter  
gegen die wiederbewaffnung  
wehrt, den begriff "demo-  
kratie" ernstnahm und versuch-  
te über eine volksbefragung  
die wiederbewaffnung zu ver-  
hindern, wurde kurzerhand kri-  
minalisiert und zum teil für  
mehrere jahre in den knast ge-  
steckt (zwischen 56 und 64 gab  
es allein ca. 150.000 ermitt-  
lungsverfahren in diesem zu-  
sammenhang). schließlich be-  
stand der größte teil dieser  
richterschaft, die da verknak-  
kten, aus jenen nazischergen,  
die die antimilitaristen noch  
10, 15 jahre vorher an die  
wand stellen ließen.



heute ha-  
ben wir es mit ihren zöglingen  
zu tun, die uns, die wir uns  
das recht nehmen selbstbe-  
stimmt zu entscheiden, welchen  
platz wir im "internationalen  
kräfteverhältnis" einzunehmen  
gedenken, mit wieder zunehmender  
härte einknasten; uns in  
den knast stecken, um uns zu  
marginalisieren, uns also  
versuchen an den gesell-  
schaftlichen rand zu spucken  
(wer kriegt denn heut noch nen  
job, der nicht mindestens  
Zeitsoldat war?), und uns  
gern zermürbten, um unsere  
identität zu brechen, uns so  
zu benutzen als abschreckungs-  
beispiele, um ihr kommando in  
den nachwachsenden kanonenfut-  
tergenerationen installieren  
zu können ( was sie auch ganz  
offen klarstellen, wenn sie in  
ihren begründungen von gene-  
ralpräventionen sprechen).



zurück zur geschichte: 1968  
drückt die große koalition die  
notstandsgesetze durch. ein  
ganzer packen an grundgesetz-  
veränderungen und einschrän-  
kungen wurde installiert:  
neben wehrstraftgerichtsbar-  
keit, einsatz der bundeswehr

bei innerem notstand, ein-  
schränkungen der grundrechte,  
wurde geregelt, daß wehrpflich-  
tige zu zivilen dienstleistun-  
gen für zwecke der verteidig-  
ung (art.12a abs3) herangezogen  
werden. ulrike meinhof  
schrieb damals dazu: "ES IST  
KAUM BEGRIFFEN WORDEN, DAB DIE  
NOTSTANDSGESETZGEBUNG DER  
GENERALANGRIFF DER GESELL-  
SCHAFTSINHABER AUF DIE POLI-  
TISCHE DEMOKRATIE IST, DER  
GENERALANGRIFF DER HERRSCHENDEN  
AUF DIE BEHERRSCHTEN, DER  
HERRSCHENDEN KLASSE GEGEN  
ALLE, DIE NICHT NUTZNIEBER DES  
SYSTEMS SIND."  
mit dem art.12 abs.3 wurde das  
recht auf kriegsdienstverwei-  
gerung quasi wieder aufgehoben.  
die vernetzung der  
kriegsdienstverweigerer inner-  
halb der kriegsmaschine war  
damit wieder perfekt.



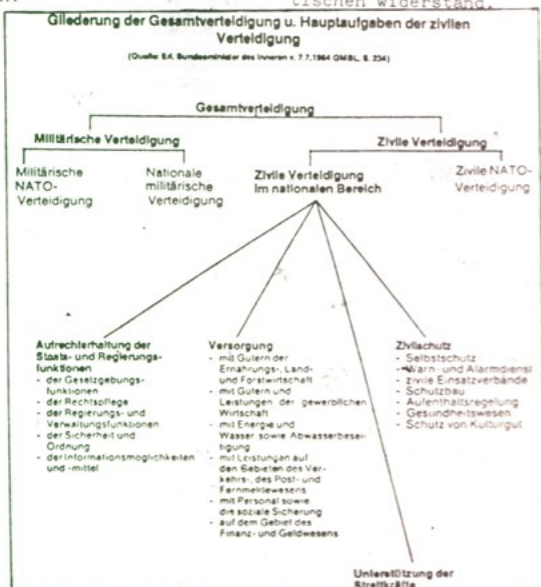
hießen die kriegsdienstverwei-  
gerer dann zivildienstleist-  
ende. es wurde damit rech-  
nung getragen, daß ein krieg  
heute nur noch als totaler  
krieg denkbar ist, als reib-  
ungsloses ineinandergreifen  
von ziviler und militärischer  
operation.

im eigenen land politisch  
nicht mehr tragbar war), wenn  
die kriege gar in die metro-  
polen zurückreichen, existenz-  
notwendig. 1972 wurde dies  
dann das erstmal mit nach-  
druck im weißbuch zur zivilen  
verteidigung vertreten.



parallel dazu wuchs in  
dieser zeit die zahl derer,  
die das vorgegaukelte recht  
auf kriegsdienstverweigerung  
wahrnehmen wollten. das po-  
tential, das jährlich auf  
30.000 bis 50.000 anwuchs,  
galt es jetzt, auf dem auszu-  
bauenden zivilen sektor zu  
integrieren.

langsam und sachte finger sie  
an die praktische ausgestal-  
tung dieses programms zu voll-  
ziehen. viele pilotprojekte,  
so z.B. die kasernierung von  
zdl'ern, scheiterten anfäng-  
lich an deren politischen be-  
wußtsein und direkten prak-  
tischen widerstand.



ein ruhiges hinter-  
land ist die voraussetzung  
für die führbarmachung  
von krieg (vietnam war als  
kriegsprojekt von dem augen-  
blick an gekippt, als es auch





Im Laufe der Auseinandersetzungen darüber konnte der Stadtkämmerer die Geschäftsbeziehungen der Deutschen Bundesbank mit der Spekulant- und Anwaltscombo nicht dementieren, wollte dazu mit dem Hinweis auf Datenschutz nichts näheres aussagen, mußte die angesprochenen Verzichtserklärungen der Stadt auf die Ausübung ihres Vorkaufsrechts zugeben und bestätigte, daß in einem weiteren Grundstücksgeschäft im Niddatal die Philip Holzmann AG für ihre Areale in diesem Gebiet wertvolles Bauland in Eschersheim von der Stadt erhielt, das zum damaligen Zeitpunkt noch als Ackerfläche ausgewiesen und damit entsprechend preiswert war. Ein weiteres Beispiel, wie hilfsbereite Konzerne und Firmen vom Magistrat der Stadt entlohnt werden. Dies alles ist sicher nur die Spitze eines Eisber-

ges, des Frankfurter Spekulationsfilzes zwischen Stadtregierung und entsprechenden Finanz- und Wirtschaftskreisen. Die Spekulationsgeschäfte im Niddatal könnten bei umfänglicher Aufdeckung ein charakteristisches Beispiel für eine etablierte Stadtpolitik und dem herrschenden Interessenfilz zwischen Wirtschaft und Politik ergeben, die vom momentanen CDU-Magistrat in Kontinuität früherer SPD-Politik fortgesetzt wird. So steht das zuständige Liegenschaftsamt bis zum heutigen Tage unter spezialdemokratischer Leitung. Seit der kürzlichen Verabschiedung einer neuen Sperrgebietsverordnung für Frankfurt läuft nun auch offiziell das Spekulationsgeschäft im Bahnhofsviertel und in den neuen sogenannten Toleranzzonen auf vollen Touren. Wieder mit von dieser gewinnträchtigen

Partie sind inzwischen altbekannte Personen wie z. B. jener Herr Volhard. Was allein in den Giftschranken nur dieser Anwaltskanzlei an interessanten Verträgen und Unterlagen zu finden sein wird, könnte für Frankfurt so manchen Skandal und Sprengstoff bedeuten. Ein nächtlicher Besuch würde sich vielleicht lohnen ...  
Neuestes Gerücht ist, daß auch eine japanische Firma im Niddatal für die Stadt Grundstücke aufgekauft hat und dafür ein günstiges Baugrundstück in einem anderen Stadtteil als Provision erhält.  
Eine starke Hausbesetzerbewegung, einen Häuserrat und Mietstreiks gibt es schon lange nicht mehr in Frankfurt, doch die Spekulanten verdienen sich immer noch dumm und dämlich.

F. Römer

Kommerz, Yupies, Neue Weinerlichkeit, Hits, Hits, Hits! Die großen Produzenten, Bands, den Geschmack fest im Griff: Dennoch gibt es sie, die Subkultur, des Publikums, Bürgerschrecks und Marktverächter. Underground, Dies und andere wichtige Kleinigkeiten aus dem Kulturbetrieb sollen hier zu beschriebenenem Papier werden.



## UNDERGROUND COMMUNICATION No.1

Unter diesem Titel entstand in Frankfurt ein Cassettesampler, auf dem die interessantesten Live-Akteure und Experimentalprojekte der Independentenszene aus Frankfurt und Umgebung vertreten sind. Dieser Underground, der hier tobt, überrascht durch seine Vielfalt und seine Lebendigkeit; ein Zustand, der für die Meisten mit Berlin oder bestenfalls mit dem Ruhrpott assoziiert wird. Das stilistische Spektrum dieser Bands, die wohl nur die Spitze des kulturellen Eisbergs darstellen, geht von Industrialprojekten, die etwa in die Richtung Cabaret Voltaire und SPK arbeiten, bis zu musikalisch äußerst virtuosen Art-Popklängen. Und dazwischen findet sich alles von Trash, Psycho-Beat, Grufiemusic, Punk, New Wave und Modern Rock.

Die Cassette wurde unabhängig (aber nicht selbstausbeuterisch) von Nihilistic Noise aus Frankfurt produziert. Das Ganze ist sehr gut aufgemacht: eine C-90 Chromcassette mit einem DIN A5 großen Heft, in dem die Bands ausführlich vorgestellt werden.

Zu bestellen bei:  
NIHILISTIC NOISE  
c/o Katmaina B. Glier  
Sulzbacherstr. 6  
6000 Frankfurt 1

Preis: 10,-/3,- Verpackung und Versand

## SITUATION B

Face A: Mr. Smith / Face B: Problems  
Die wahrscheinlich neuste Produktion des ungemein produktiven Frankfurter Undergrounds geht auf das Konto von Situation B, einer hier recht bekannten Band.

Für Freunde all jener Combos, die sich Grufipop und Trash verschrieben haben, wird diese Platte sicherlich eine Bereicherung sein.

Situation B über Situation B: "Situation B sind fünf sehr verschiedene Musikcharaktere, die einen ihnen eigenen Sound produzieren. Gitarrenrock zwischen Mission, Multicoloured Shades, AC/DC, und A-ha. Texte von Liebe, Einsamkeit, Drogen und Träumen! Kurz: Sex and Drugs and Rock'n'Roll! Dieser Grundgedanke zieht sich durch die ganze Band. Kennzeichen für alle fünf ist die Vorliebe für Apfelwein, braunen Tequila und Ouloses."

Wer würde mit dieser Art von Youngsterpops noch Identifikationsprobleme haben?

Gerüchtweise ist bereits zu erfahren, daß eine MiniLP für Winter '87 geplant ist. Die zwei Songs auf dieser LP sind really nett, gute Musik zum Autofahren und um im Sommer an der Kiesgrube rumzuhängen ... (hat Frankfurt nun seine Beach Boys???)  
EFA-Vertrieb

## The B CALL "Damned to consume"

Zum Thema B Call will ich jetzt nichts mehr schreiben, es sei den Noch-nicht-informierten die AKTION Nr.25, BRD-Kurz-Info ans Herz gelegt. Dort wurde bereits über The B CALL berichtet. Jedenfalls kamen von überall Anfragen, wo dieses Werk denn erhältlich wäre. Leider hat sich noch kein Vertrieb gefunden, die Platte wird vorläufig in folgenden Läden verkauft: Klistier, Frankfurt-Bockenheim 2001, Frankfurt-City Soundcheck, Offenbach bestellen kann mensch sie bei: Jochen Fretz Bockenheimer Landstr. 135 6000 Frankfurt 1 für 15,-/4,- für Verpackung und Versand oder bei Konzerten von The B CALL

## More VINYL

### WISEBLOOD

Face A: Stumbo / Face B: Someone drowned in my pool

Jim Foetus neuste Tat erreicht die erwartungsvolle Öffentlichkeit. Im Vergleich zur ersten Wiseblood Maxi

"Motorslug" (die mit der genialen B-Seite!) ist eine Dekommerzialisierung zu bemerken (fand ich). "Motorslug" war im Gegensatz zu früheren Jim Foetus-Projekten äußerst kommerziell. Jim Foetus Thirwell's Partner ist der Schweizer Programmierer und Keyboarder Poli Mosimann, der Ex-Drummer der New Yorker SWANS.

"Stumbo" ist wesentlich härter, böser, harderrockiger, es fehlt jede Glätte. Wiseblood ist...etwa das: "Hardrockindustrialdiscohardcoreelectronixpunk". Die B-Seite ist der reinste Blues, aber nicht, statt dessen, sondern zusätzlich!

Alien Sex Friend-Fan S.B. meint: "Black Magic Live!"

Die erste Wiseblood LP ist auch bereits erschienen, und ASF-Fan S.B. sagt dazu: "Genial!"

Auf jedenfalls ein geniales Werk für einsame Smog Nächte oder zur Stressung der Partygäste auf Laber-Sauf-Rumsitzparties.

FKR

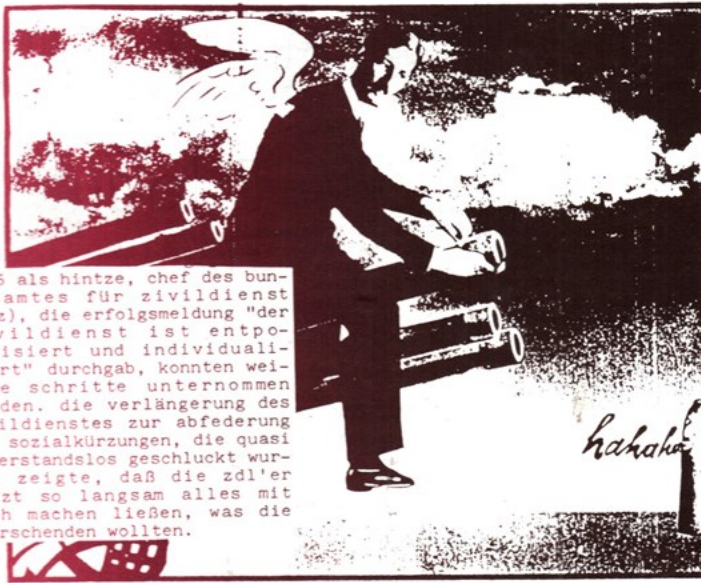


mitte der siebziger kam es dann zu den ersten totalverweigerungen. weil die ersten erkannten, welcher verarschung sie da aufsaßen. mit zunehmender gesellschaftlichen "hoffähigkeit" zivildienstleistender begann auf der anderen seite die entpolitisierung des weitaus größeren teils (sehen wir einmal von jenem teil an genossen ab, die sich über den versuch, die bundeswehr selbst zu volksmilizen umzufunktionieren zerrieben). so konnte geißler anfang der '80er eine umfangreiche umstrukturierung des zivildienstes vornehmen. nischen, wie alternative kinderläden wurden abgebaut. der größteil der zdl'er wurde jetzt in den gesundheitssektor gegossen.

griffen ihr handeln oft als politische aktion, um sichtbar zu machen, wie es um die angebliche kriegsdienstverweigerung bestellt ist. heute nimmt diese implikation immer konkretere gestalt an. daher ist die zahl der totalverweigerer immer mehr am wachsen. es ist zwar real noch ein verschwindend geringer prozentsatz, jedoch längst nicht mehr totzuschweigen. letzten herbst kam es so zu der ersten kollektiven verweigerung von vier hamburgern, wurde das erste mal totalverweigerung als individueller akt durchbrochen. die justiz ist dabei, den repressionsapparat gegen wehrpflichtverweigerer auszufeuern. wörner als verteidigungs-

18 oder 22 monaten verknackt. eine weitere möglichkeit der disziplinierung läuft über den bereich der wehrpsychiatrie. jedes von der befehlsgesamtsnorm abweichende verhalten wird in der wehrpsychiatrischen literatur als psychischer defekt dargestellt und dementsprechend behandelt.

bei den totalverweigerern schält die justiz über den begriff des gewissens immer mehr ein differenzierungsprogramm zur spaltung heraus. dabei ist es erstmalig wichtig zu sehen, daß totalverweigerer keine homogene gruppe sind, sondern aus allen möglichen teilbereichen sozialer oder sonstiger bewegungen (wie zum beispiel religiöse motivation) kommen. dementsprechend wird auch bestraft. religiös motivierte bekommen das scheinangebot des freien arbeitsverhältnisses (mit der auflage im kriegsfall innerhalb von acht wochen eine stelle im gesundheitsbereich vorzuweisen), wohingegen genossen, die ihre sache auch als offen politisch darlegen, meist mit doppelbestrafung zu rechnen haben. zwischen individueller und politischer begründung wird dann noch differenziert: zwischen einem gewissenstatus, der doppelbestrafung ausschließt, und einem, der sich auf einzelstrafmaß (wohlwollensgebot) auswirkt.



1985 als hintze, chef des bundesamtes für zivildienst (baz), die erfolgsmeldung "der zivildienst ist entpolitisiert und individualisiert" durchgab, konnten weitere schritte unternommen werden. die verlängerung des zivildienstes zur abfederung der sozialkürzungen, die quasi widerstandslos geschluckt wurde, zeigte, daß die zdl'er jetzt so langsam alles mit sich machen ließen, was die herrschenden wollten.

hahaha



das, was dabei jetzt an programmpunkten am laufen ist, ist die langsame herauführung zivildienstleistender an natomandver. alle zwei jahre wird die stabsrahmenübung wintex/cimex durchgeführt, in der vor allem auch das funktionieren des zivilen bereiches getestet werden soll (essensmarkenausgabe, straßensperren etc.). 1985 werden dazu die ersten verbeamteten ex-zdl'er in die übung mit eingeplant. heute, 1987 geht man noch einen schritt weiter, indem jetzt vereinzelt direkt zdl'er dazu gezwungen werden sollten an wintex/cimex als botengänger teilzunehmen. diese weigerten sich. die disziplinarverfahren dazu sind am laufen.

#### REPRESSION

diejenigen, die bisher die wehrpflicht, also auch den zivildienst verweigerten, be-

minister fang 83 an direkt ins justizwesen einzugreifen, indem er über einen erlaß sicherstellte, daß niemand aus der bundeswehr entlassen wird, der nicht mindestens 12 monate hinter gittern gesessen hat. das heißt, es ist auch für einen querschließenden liberalen richter, die meist eh nur auf der amtsgerichtsebene zu finden sind, unsinnig eine strafe unterhalb dieses rahmens auszusprechen, weil der betroffene nach abbüßung erneut inberufen wird, und erneut verurteilt wird. dieses verfahren der doppelbestrafung findet auch beim baz immer mehr anfang. strafverfahren wegen eigenmächtiger abwesenheit von der truppe/dienst gibt es pro jahr ungefähr 2000. dabei sind die wenigsten politischer natur. jene, die ohne schutz der öffentlichkeit sind, werden nicht selten zu

dazu kommt das lotteriespiel, in welchem bundesland sie dich grad verknacken (hamburg, bremen, nordrheinwestfalen geh'n das wesentlich softer an als zum beispiel bayern und niedersachsen).

jede politische auseinandersetzung wollen sie vor gericht unterbinden, indem sie versuchen prozeßklärungen zu verhindern, beweisangebote, die den sachverhalt des zivildienstes und imperialistischer kriegspolitik klären könnten, abschmettern, sachverhalte als "innere einstellungen" zuleistern.

daß sie sich dabei auch um ihre selbstgesteckten spielregeln einen dreck scheren, sei hier an zwei beispielen erwähnt: beim ersten prozeß von mir ging der staatsanwalt so offen und plump mit der tatsache den schöfften instruktionen gegeben zu haben um, daß zur wahrung der gerichtlichen fas-







# ES

Dieses Gespräch zwischen einem Mitarbeiter der AKTION und dem ehemaligen Hessischen Umweltminister Joschka Fischer ist längst keine Selbstverständlichkeit. Es folgt der Idee des offenen Dialogs, der bisweilen zum Schlagabtausch wird, was auf jeden Fall Transparenz der Politik und der Spannung zugute kommt.

**AKTION:** Vom Häuserkampf zum ersten Turnschuhminister - eine bundesrepublikanische Karriere oder ein Fall resignierter Korruption?

**Fischer:** Weder noch. Ich hoffe doch, ihr Anarchos macht mir heute den Streetfighter nicht zum Vorwurf.

**AKTION:** Nicht im geringsten. Was nützt ein Umweltminister? Du hast jetzt die große Chance, eingeleitete Anti-Parlamentarier von der Wahlzettel- Demokratie zu überzeugen.

**Fischer:** Als ihr mich gefragt habt, ob ich zu diesem Gespräch bereit wäre, fand ich die Idee ganz amüsant. Ich halte nichts von Ausgrenzungen. Mit Verlaub bemerkt, habt ihr mir gegenüber sicher mehr Berührungsangst als umgekehrt. Aber lassen wir doch die Vorurteile, diese billigen Klischees beiseite!

**AKTION:** Welche denn?

**Fischer:** Wo ein "Minister" an sich schon als teuflischer Sündenfall gilt und ich z. B. zum "Schwein" gestempelt und für die revolutionäre Schlachtbank vorgemerkt werde. Setzt euch endlich mal inhaltlich auseinander!

**AKTION:** Joschka, du als Minister, ohne Krawatte, frech, mit deiner Sponti-Vergangenheit, du ergänzst glänzend die große Firma Staat, fördest die Identifikation von kritischen Leuten und oppositionellen Bewegungen mit diesem Staat.

**Fischer:** Was ist daran so verwerflich? Wenn Identifikation bedeutet, sich ganz massiv einzumischen und den konservativen Kräften auf allen gesellschaftlichen Ebenen Paroli zu bieten, dann bin ich entschieden für eine solche Identifikation.

**AKTION:** D. h., ehemalige Apo-Kämpfer kümmern sich jetzt um die Gartenwege der braven Bürger, hanterien mit parlamentarischen Geschäftsordnungen und befürworten das Gewaltmonopol des Staates. Ihr entzieht der radikalen Opposition wichtige Kräfte.

**Fischer:** Ach, da klingt er an, der Ladenhüter aus den good old sixties: Revolution oder Reform. Dieser ach so unversöhnliche Gegensatz mag sich ideologisch verhackstücken lassen, taugt aber nichts für radikale und realistische Politik. Die Neue Linke hat sich viel zu lange aus dem täglichen Kleinkram rausgehalten und den Rechten das ganze Feld pragmatischer Alltagspolitik überlassen. Ich halte das für einen großen Fehler.

**AKTION:** Es gibt aber noch für uns die Perspektive der Überwindung des Kapitalismus.

**per drei Millionen arbeitslos**  
lab. BERLIN: Zu den gegenwärtig knapp 2,5 Millionen offiziell registrierten Arbeitslosen müßten eigentlich noch weitere 3 Millionen hinzukommen, wenn man die ebenfalls arbeitslos gewordenen, aber nicht registrierten Mitbürger mitrechnet.

**Uni-Forscher: Statistik unterschlägt stille Reserve**  
Die Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA) unterschlägt die Zahl der Arbeitslosen, die in der Statistik nicht erfasst werden, weil sie sich in der Statistik nicht registrieren lassen. Die BA schätzt, dass es sich um rund 3 Millionen Menschen handelt.

**Gewinne steigen, Löhne sinken**  
Die Gewinne der Unternehmen steigen, während die Löhne sinken. Dies ist ein Zeichen für eine ungünstige Entwicklung der Wirtschaft.

**Arbeitsplätze abgebaut**  
Die Unternehmen bauen Arbeitsplätze ab, was zu einer Zunahme der Arbeitslosigkeit führt.

**Wirtschaft half BND aus**  
Die Wirtschaft half dem Bundesnachrichtendienst (BND) aus, was zu einer Zunahme der Arbeitslosigkeit führt.

**Wirtschaft half BND aus**  
Die Wirtschaft half dem Bundesnachrichtendienst (BND) aus, was zu einer Zunahme der Arbeitslosigkeit führt.

**Wirtschaft half BND aus**  
Die Wirtschaft half dem Bundesnachrichtendienst (BND) aus, was zu einer Zunahme der Arbeitslosigkeit führt.

**Fischer:** So? Ihr seid nicht die Ersten. Die Neue Linke hat diese Perspektive in unterschiedlichen Modellen durchgespielt, von der kommunistischen Kaderpartei bis zur Militanz auf der Straße. Der Kapitalismus hat sich, so weit ich weiß, von dieser geballten Radikalität nicht beeindruckt lassen.

**AKTION:** Also kämpft ihr heute lieber für ein, zwei, viele grüne Minister.

**Fischer:** Ganz klar! Wir wollen Teilhabe an der Macht, und bevor auf den Ministeresseln Technokraten wie Steger oder ergraute Reaktionäre Platz nehmen, bin ich dafür, unsere Chance zu nutzen. Es hilft nichts, wir müssen hinein in die gesellschaftlichen Machtzentren.

**AKTION:** Um dann per Amt und Würden die Menschheit zu beglücken! Im Ernst, ihr haltet euch wohl für grüne Gorbatschows!

**Fischer:** Gorbatschow ist ein Fuchs, intelligent, nach vorn blickend, ein glänzender Taktiker! Trotz großer Skepsis finde ich die Geschichte in Rußland sehr spannend. Unsere kalten Krieger verstehen die Welt nicht mehr.

**AKTION:** Warum sagt ihr eure Fundis ab? Das sind doch eure nützlichen Idioten, wie die Jusos in der SPD?

**Fischer:** Keiner sagt die Fundis ab. Die haben sich selbst da hinein manövriert. Die Landesdelegiertenversammlung hat autonom entschieden ...

**AKTION:** Mit der heimlichen Regie der Fischergang.

**Fischer:** Das ist Quatsch! Die Mitglieder brauchen keinen Regisseur, die sind doch nicht blöd.

**AKTION:** Laßt doch die Fundis einfach machen. Ebermann, der jetzt in Bonn so radikale Sprüche klopft, hat doch als erster Grüner mit der SPD verhandelt ...

**Fischer:** ... um die SPD zu entlarven.

**AKTION:** Ne, jeder gute Kommunist wünscht sich im Stillen die Heimkehr zu einer gelauterten SPD. Aber zurück nach Hessen. Warum habt ihr die Koalition an den Hanauer Atomfabriken platzen lassen?

**Fischer:** Steger hat eindeutig die Vereinbarungen mißachtet, die im sogenannten Doppelverlier zwischen Grünen und SPD zur Atomfrage ausgehandelt worden waren. Da war unser Selbstverständnis auf dem Spiel ...

**AKTION:** Hor auf, du mußt hier keine grüne Landesversammlung überzeugen. Das ist doch Schwachsinn: Biblis, eines der größten AKWs in Europa, darf ungestört weiter arbeiten. Was macht ihr, wenn Biblis hochgeht? Den nächsten Bundeskanzler stellen?

**Fischer:** Wenn es uns gelingt, daß diese Generation von AKWs die letzte in diesem Lande gewesen ist, dann haben wir ein entscheidendes Etappenziel erreicht, dann ist eine Zukunft ohne Atomkraft erst realisierbar geworden!



# REICHT!"

**Aktion:** Alkem, das war doch nichts als Taktik. Ihr traut euch doch nur bei guten Ergebnissen. Dann laßt ihr die Muskeln spielen. Wie war das denn mit der Startbahn West? Als das Thema keine Stimmen mehr brachte, war es vom Tisch.

**Fischer:** Da tut ihr uns unrecht. Wir haben mit Börner sehr hart und zäh über die Startbahn verhandelt. Aber

**Aktion:** Seit Jahren kämpfen Startbahngegner verbissen gegen die Betonpiste im Waldorfer Wald, bewacht eine Bürgerkriegsarmee mit eurer Duldung das ganze Gelände. Und ihr schweigt dazu.

**Fischer:** "Es ist uns immerhin gelungen, die Hardliner in der Polizeiführung zurückzuhalten. Ohne Die Grünen war das Häuflein der Aufrechten in Morfelden-Waldorf längst aus dem Wald geprügelt worden. Wir versuchen, den Konflikt zu deeskalieren und zu entemotionalisieren. Das hilft doch niemanden mehr. Die Bäume sind doch gefällt. Das muß doch selbst in ein verbohrt Autonomiemind reingehen. Da spielen ein paar radikale Pfadfinder Aufruhr, was soll das?"

**Aktion:** Deeskalation? Und deswegen finanziert ihr die Mammuts, die neuen Hochdruckwasserwerfer und die zügige Aufrüstung des Bullenapparates, liefert womöglich internes Wissen zur Optimierung von Polizeitaktik und Psychologie.

**Fischer:** Das ist übertrieben. Aber eure außerparlamentarischen Kämpfe müßt ihr schon selbst führen, wenn das euer Weg ist.

**Aktion:** Einst im Revolutionärem Kampf gehörtest du, Joschka, zur Putztruppe, warst also kein universitärer Edel-Revoluzzer. Wie kriegst du das mit deinem derzeitigen Hyperrealismus unter einen Hut?

**Fischer:** Erst mal, so bedeutend war diese Putztruppe nicht. Macht daraus keine Legende, ja? Immerhin, uns ist klar geworden, daß die Straßenmilitanz gesellschaftlich und politisch in eine Sackgasse führt. Der Staat sitzt am längeren Gängelband. Ich habe Verständnis für Putz als spontane Mißfallensäußerung, um es einmal so auszudrücken. Ehrlich, die Scherben nach Günther Sarès Tod konnte ich emotional nachvollziehen. Aber ein politischer Weg ist das nicht. Die gewaltsame Konfrontation mit dem Staat zu suchen führt direkt in die politische Aussichtslosigkeit, erzeugt immer wieder Ohnmacht. Denn der Staat räumt die paar Streetfighter, wenn er nur will, mit Leichtigkeit beiseite. Das führt in der Konsequenz zu den Wahnsinnstaten der RAF. Gegen diese verhängnisvolle Perspektive wurde schon der Pflasterstrand gegründet. Und ich werde immer wieder dagegen ankämpfen, weil die Gewaltschiene nichts als Resignation erzeugt und großen gesellschaftlichen und politischen

**Hessen sieht sich übergangen**  
Mangelnden Einfluß auf neue Sicherheitsgesetze beklagt

**Verfassungsschutz und Polizei**  
Die Grünen kamen mit den GdP-Leuten überein, in nächster Zeit ein gemeinsames Berichterstattungsorgan zu bilden. Die Grünen in Hessen zu verurteilen, ist es auch der Willen von Koppmann, bestehende Verordnungen in die Folge der Ausweisung der Startbahn 18 West zu überarbeiten. Die Grünen in Hessen zu verurteilen, ist es auch der Willen von Koppmann, bestehende Verordnungen in die Folge der Ausweisung der Startbahn 18 West zu überarbeiten.

**Anti-Terror-Gesetz beschlossen**  
SPD Moderner Staat braucht gegen Gewalttäter

**Sozialrat sind**  
den Behörden erlaubt

**ive Datenspeicher**  
Koppmann verteidigt sein Lob für die Grünen

**Sitzblockaden müssen auch weiterhin damit wegen des Straftatbestandes der Nötigung verurteilt werden.**

**Distar-wa**  
Koppmann im Hessischen Landtag

**Polizeigewerkschaft und Grüne setzen sich an einen Tisch**

**Polizeigewerkschaft und Grüne setzen sich an einen Tisch**

**Polizeigewerkschaft und Grüne setzen sich an einen Tisch**

**Polizeigewerkschaft und Grüne setzen sich an einen Tisch**

**Aktion:** So spricht der staatsbürgerlich geläuterte Alt-Sponti. Warum setzt ihr Militanz und radikale Systemgegnerschaft immer wieder mit der RAF auf eine Stufe? Die Ablehnung des parlamentarischen und reformistischen Weges kann ebensogut aus libertären und anarchistischen Ideen entwickelt werden. Mal ehrlich, ihr braucht diese platte Gleichsetzung. Denn die radikalen Atomgegner, z. B. die Sägefische, oder die Autonomen, die Anarchisten in den Städten, Hausbesetzer und radikale Jobber, machen euch mehr zu schaffen als die RAF.

**Fischer:** Macht doch eure radikale außerparlamentarische Opposition ...

**Aktion:** Antiparlamentarisch, bitte!

**Fischer:** Auch gut. Macht eure Demos, Flugblätter, Zeitungen und Zentren. Werdet endlich politisch! Ich wünsche mir starke gesellschaftliche Bewegungen, die autonom agieren, eigene Ziele formulieren, Forderungen stellen, auch an Grüne Minister. Das ist beste republikanische Tugend! Macht das, statt mich oder andere Grüne im Guten wie im Schlechten auf einen Sockel zu stellen.

**Aktion:** Du verschleierst einfach die vorhandenen Widersprüche. Ihr seid für uns kein Partner, kein Verbündeter. Ihr habt euch integrieren lassen. Ja ihr habt euch kaufen lassen. Der Pflasterstrand kriegt Landesbürgerschaften. Das machen wohl die Skatrunder mit Holger Börner. Es gibt innige Männerfreundschaften zwischen Rot-Grün, Jürgen Engel und Jochen Viehauer, Ober-Realos, als gern und oft gesehene Gäste in der Privatvilla von Winterstein. Tom Königs, der Bankierssohn und Finanzexperte der Grünen Fraktion, mit heißem Draht zum SPD-Schatzmeister ...

**Fischer:** Das ist wieder die plumpe Ebene! Jetzt fehlt nur noch der monatliche Scheck von Willi Brand für Otto Schilly und meine Wenigkeit!

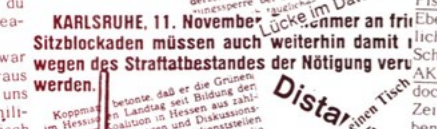
**Aktion:** Der Sponti-Laden benötigt doch Geld. Cohn-Bendit will seine Zeitung als alternativen Spiegel rausgeben, investiert auch fleißig in Kabelfernsehprojekte und ...

**Fischer:** Es reicht! Anarcho-Hirngespinnste sind das!

**Aktion:** Willst du damit sagen, daß ihr die ganze Dreckarbeit macht, ohne anständig bezahlt zu werden. Wir hätten euch für cleverer gehalten! Aber zum Schluß noch was anderes. Was ist die Grüne Perspektive für das Jahr 2000?

**Fischer:** Wenn die Fundis recht behalten, gab es bis dahin mindestens drei Super-GAUS, zwei Weltkriege und den endgültigen Kollaps des Weltwirtschaftssystems. Und der Gipfel der Schreckensvision ist, daß alle Grünen im Jahre 2000, außer den Fundis natürlich, mittlerweile der SPD beigetreten sind.

**Aktion:** Das wär's dann wohl, oder?







Bundesgartenschau 1989 in Frankfurt. Grüne Kraft und Herrlichkeit für gestreßte Großstädter. Die aber wehrten sich all zu lange dagegen, brav als BI, aber es brannten auch schon mal Baufahrzeuge. Kleine Grundbesitzer weigerten sich, zu verkaufen. Und da rollten sie an, heiße Grundstücksdeals zwischen Stadt, Spekulant mafia, Deutsche Bundesbank, Japanern und anderen.

Den Frankfurtern ist das Thema Bundesgartenschau 1989 längst zum Begriff geworden für protzige Kommunalpolitik und Spekulantensumpf. Die Bundesgartenschau, vom CDU-Magistrat der Stadt als Hochleistungsschau des deutschen Gartenwesens geplant, ist ein millionenschweres Prestigeprojekt und wird in eines der letzten erhaltenen, naturnahen Landschaften in Frankfurt gesetzt. Die Stadtväter verkaufen dieses himmrissige von einer Mehrheit der Menschen abgelehnte Projekt als zukunftsweisende Grünpolitik. Es stört sie nicht, daß Millionen von DM in ein intaktes Grüngebiet gesteckt werden, um, wie sie behaupten, neue Grünflächen für die Bürger zu erschließen. Dabei gibt es für die viele Kohle keinen einzigen Quadratmeter mehr Grün. Die dann gezähmte Natur wird mit einem Zaun drumherum, aus Edelstahl, und Eintrittskarten den Menschen dargeboten, als ob eine einfache Wiese nicht mehr reiche zum Faulenzen, Spazierengehen, Herumtollen, nein, ein Park muß her, deutsch und ordentlich und mit Wachpersonal und Bullen, damit keine Penner, Punks oder Anarchos die gemütlich spießige Gartenfreundidylle stören. Denn nicht jeder gehört zum Publikum.

Nun gibt es aber Gerüchte, daß mindestens ein Grundstücksmakler in Zusammenarbeit mit dem bekannten Rechtsanwalt Rüdiger Volhard (der schon des öfteren in der spekulativen Grauzone dieser Stadt manches heiße Grundstücks- und Immobiliengeschäft für den Magistrat diskret abgewickelt hat und gleichzeitig auch einer der Hausanwälte der Deutschen Bank ist), im Gebiet der zukünftigen Gartenschau im Niddatal Grundstücke für 300,- DM und mehr pro Quadratmeter aufzukaufen begann. Noch kurz zuvor wurden von der Stadt offiziell 40 DM pro Quadratmeter den jeweiligen

Eigentümern angeboten, und das sehr häufig mit dem dezenten aber nicht zu überhörenden Hinweis auf ein mögliches Enteignungsverfahren. Der Magistrat weiß natürlich von nichts und bestreitet jede Mitwirkung an der Spekulationswelle im Niddatal. Allerdings kam heraus, daß die Deutsche Bundesbank, die eine Reihe von Grundstücken im zukünftigen Gebiet der Bundesgartenschau an die Stadt durch ein Tauschgeschäft gegen andere Grundstücke abgetreten hatte, genau diese Flächen von dem besagten Immobilienmakler Joachim Wagenbach erworben hatte, über das mit ihm zusammenarbeitende Anwaltsbüro Pünder, Volhard & Weber, und der Moenus Steuerberatungsgesellschaft, die nicht nur an der gleichen Adresse - Mainzer Landstraße 46 - wie das Anwaltsbüro zu finden ist, sondern durch Gesellschafter wie eben jenem Herrn Volhard und weiterer Personalidentitäten weitgehend miteinander verquickt sind.

Das ist eine direkte Verbindung zwischen Stadtverwaltung und dem Anwaltsbüro mit seinen Unterfirmen und dem Immobilienspekulanten Wagenbach. Doch was erhielt die Deutsche Bundesbank, immerhin eine Institution, die ähnlich einer Bundesbehörde konstruiert ist und aus Steuergeldern finanziert wird, für ihre Vermittlerdienste als Zwischenhändler für das Grundstückskarussell im Niddatal vom Magistrat als Dank zugesagt? Die obersten Bundesknetenmanager verstehen ihr Fach, und ihr Preis für ihre Arbeit, Grundstücksspekulationen mit Steuergeldern, wird angemessen sein. Der Magistrat versucht, das Ganze mit Fehlinformationen zu vertuschen. Er behauptet, die Grundstücke, die die Stadt im Tausch an die Deutsche Bundesbank abgetreten hat, seien in ihrer Fläche nur etwa 10.000 qm groß gewesen,

obwohl die tatsächliche Gesamtfläche mindestens 26.000 qm betrug. Die Stadt hat der Deutschen Bundesbank anscheinend wesentlich mehr Grundstücke als Preis für die genannten Gebiete im Niddatal als Tauschwert angeboten als bislang von ihr zugegeben. Oder die Bundesbank erhielt von der Stadt als Geschenk Baugenehmigungen für zukünftige Erweiterungspläne und entsprechendes Bauland für solche Projekte. Finanzstark ist sie ja, die Deutsche Bundesbank, und ihre Tresore und Knetebunker quellen über von den Gewinnen, die die Wirtschafts- und Politbänken dieses Staates von der Mehrheit der eigenen Bevölkerung und den Völkern der Dritten Welt Jahr für Jahr herauspressen. Die Stadt Frankfurt jedenfalls hat gegenüber der Deutschen Bundesbank sogar auf ihr Vorkaufsrecht verzichtet, damit das Geschäft der Deutschen Bundesbank mit dem Immobilienspekulanten überhaupt zustande kommen konnte. Der für Grundstücksangelegenheiten bei der Stadt zuständige Kämmerer und Liegenschaftsdezernent Ernst Gerhardt, von der Presse auf die möglichen Grundstücksspekulationen im Niddatal angesprochen, sagte: "Die Stadt kann jetzt die im großen Maßstab laufenden Geschäfte nicht verhindern, weil ihr das Instrument des rechtskräftigen Bebauungsplans zur Ausübung eines Vorkaufsrechts fehlt." Eine überaus geschäftstüchtige Lüge! Die Stadt hätte niemals auf ihr Vorkaufsrecht gegenüber Dritten im Niddatal verzichtet, wenn sie nicht genau gewußt hätte, daß eben jene Grundstücke über kurz oder lang wieder in ihren Besitz gelangen würden. Daraus wird klar, daß es einen direkten Auftrag der Stadt an den Immobilienhändler Wagenbach, das Anwaltsbüro Volhard und Co und die Bundesbank gegeben haben muß, die noch fehlenden Grundstücke im Niddatal für die Stadt auf diesem Wege zu sichern. So sollten mit den Verlockungen überhöhter Quadratmeterpreise auch die letzten, hartnäckigen Widerständler, die im Niddatal Grund und Boden besitzen, zu einem Verkauf getrieben werden, da mögliche Enteignungsverfahren zum jetzigen Zeitpunkt sich über das Datum der Eröffnung der Gartenschau hinziehen könnten. Dementsprechend setzte diese Spekulationswelle erst zum Jahreswechsel 1985/86 ein, als für den Magistrat absehbar war, das sich das für die Bundesgartenschau notwendige Bebauungsplanverfahren erheblich verzögern würde und auch der Hessische Innenminister den damals vorliegenden Entwurf des Bebauungsplanes nicht genehmigen würde.





# LOK@LES

## AUS GÖTTINGEN

### 1. MAI: Vorwärts, und nicht vergessen...

#### Die Klasse, die sind wir!!!

Als wir für den 1. Mai 1986 in Göttingen zu einem "alternativen" Block innerhalb der traditionellen Maidemo aufrufen, formulierten wir unsere Unwillen, uns dem Verwertungsinteresse des Kapitals zu unterwerfen. Als ArbeiterInnen, Arbeitslose, Zivildienstleistende, StudentInnen und Frauen begriffen wir unsere verschiedenen Funktionen innerhalb der kapitalistischen Verwertungslogik, begriffen die Differenzierung unter uns als Mittel von Herrschaftssicherung und stellten diesem einen diffusen kollektiven Anspruch auf Selbstorganisation und Selbstverwaltung entgegen (siehe Aufruf zum alternativen Block April '86). Das Ergebnis war ein kampflustiger Block, der mit viel Pepp den Rest der Maidemo in den Schatten stellte, eine Menge Fun, auf dem Markt genervte DGB'ler, eine kleine Rempel und ein demoliertes Megaphon.

Doch leider blieb es dann auch bei diesem Fanal gegen Sozialpartnerschaft und sozialen Frieden. Es entwickelte sich keine kontinuierliche Arbeit in diesem Bereich; Ansätze und AG's des Libertären Plenums zum Thema Gewerkschaften, Ökonomie oder Jobben wurden immer wieder hinten an gestellt und aktuellen Kämpfen in den verschiedenen Teilbereichsbewegungen (Brokdorf, Anti-AKW und Häuserkampf) untergeordnet, bis sie schließlich unter den Tisch fielen.

Natürlich ist auch dieses Jahr wieder eine Maidemo. Der 101. Kampftag der Arbeiterklasse - dieses Jahr ein weiteres mal begangen als Feiertag der Arbeit?

Aber nein, auch wir werden da sein! Wir werden dieses staatlich sanktionierte Familienfest schon stören, dem auf tönernen Füßen stehenden Koloß DGB auf die Füße treten, und ihnen ein wenig den Geruch von Pulver und "Klassen"kampf um die Nase blasen. Ein 1. Mai wie in den letzten Jahren

also, nicht mehr und nicht weniger?

Doch warum sind unsere Diskussionen um unsere eigene soziale Realität stecken geblieben, bewegen sich unsere Argumentationen nicht auf einer ökonomischen, sondern eher auf einer moralischen Ebene. Ein Hinweis auf die Verwertungsinteressen des Kapitals ist auf fast jedem Flug zu finden, doch wann wird dieser Hinweis auch inhaltlich gefüllt?



Ein Anfang ist gemacht worden: In den letzten Häuserkämpfen konnten wir uns selber wiederfinden, unsere Bedürfnisse nach einem selbstbestimmten Leben in kollektiven Strukturen, ausgehend von unserer eigenen sozialen Wirklichkeit. Einer Wirklichkeit geprägt von finanziellen Nöten, Vereinzelung und unserer Funktionalität für das Kapital. Genau hier setzte die Analyse der städtischen Sanierungskonzepte ein. Diese Sanierungskonzepte

sind Ausdruck des staatlichen Herrschaftsanspruchs, umgesetzt von Sozialplanern in Form von selektierender Bevölkerungspolitik, Ausdruck des Verwertungsanspruchs des Kapitals umgesetzt von Architekten und Stadtplanern durch gezielte Zerstörung von Möglichkeiten zur Subsistenzwirtschaft zum Zwecke der Profitmaximierung in der Fußgängerzone.

Im Bereich der Reproduktion also haben wir das Kapital direkt angegriffen, haben Verbreitungsmöglichkeiten über den Rand der Szene hinaus zumindest ansatzweise geschaffen (wenn auch im akuten Moment nicht entsprechend begriffen und genutzt), haben uns nicht begnügt sozialarbeitsreich an den Erscheinungsformen der Kapitalherrschaft herumzudoktern. Doch das alles reicht nicht, wenn wir nicht dem Kapital das zweite Bein wegschneiden: Die Produktion! Wir müssen den Hausbesetzungen Fabrikbesetzungen nebenanstellen. Nur so können wir das System kippen, nur so können wir die gesamte gesellschaftliche Fabrik treffen! Vom Häuserkampf zum Klassenkampf!

Sehen wir uns doch in unserem engsten Kreise, der Szene, um. Die meisten von uns jobben, sind Zivildienstleistende, arbeiten in entgarantierten Verhältnissen, sind Sozialhilfepfänger oder arbeitslos. Auch die von uns, die in "selbstverwalteten" Kollektiven arbeiten, sind zu einem Faktor geworden mit dem das Kapital rechnet. Mensch denke nur an die Diskussionen um das garantierte Mindesteinkommen. Die sogenannte Krise, wie die bürgerliche Presse die jetzige Umstrukturierungsphase des Kapitals gerne nennt, hat uns fast alle erreicht.

Umstrukturierung heißt: Abbau von garantierten Arbeitsverhältnissen; das Entstehen von einer Facharbeiter- bzw. Tech-



# LOKALES AUS GÖTTINGEN

nikerelite auf der einen Seite und einer Masse von Menschen, die in unsicheren Verhältnissen zu miesen Bedingungen leben (Leiharbeit über Sklavenhändler, Teilzeitarbeit, Heimarbeit, Arbeit auf Abruf, befristete Arbeitsverträge). Wie viele von uns haben schon Peguform, Schneeweiß hinter sich oder jobben regelmäßig bei VW in Wolfsburg oder Kassel? Wie viele sind durch die Rücknahme von Sozialleistungen aus ihren Nischen gefegt worden und müssen jetzt ihre Arbeitskraft verkaufen? Wie oft wird dieses als individuelles Schicksal begriffen oder sogar als selbstauferlegte Genügsamkeit, den Bruch mit Waren- bzw. Konsumgesellschaft isoliert auf sich selbst reduziert.

Umstrukturierung bedeutet aber auch: von der Kahlschlagsanierung zur Teilsanierung. Der Weg des Kapitals "weg von der industriellen Zentralisation zur industriellen Dezentralisation" (Zuliefererklassen, Auslagerung von Produktionsteilen) findet seine Entsprechung im Reproduktionsbereich. Hier lautet die Maxime des Kapitals "Zerschlagung der Ghettos, der traditionellen Arbeiterviertel, der kollektiven Strukturen in den Stadtteilen. Keinen Widerstand zulassen, gar nicht erst aufkommen lassen, die Strukturen präventiv vernichten, die der Widerstand braucht". Und hier trifft die Umstrukturierung sogar diejenigen, die sich der Arbeit immer noch entziehen, den Arbeits-u. Soziallähmern ein Schnippen schlagen konnten.

Ausländerfeindlichkeit und Flüchtlingshetze finden in der Umstrukturierung ihre direkte ökonomische Begründung: In der BRD leben heute über 4 Millionen Ausländer, die in der Großindustrie 30-40% der Arbeiterschaft stellen, in der gesamten Industrie ca. 17% ausmachen. Werden unsere ausländischen KollegInnen, oftmals der politisch aktivste Teil der Belegschaften, rausgeschmissen, ist ein gewaltiger Schlag gegen die traditionelle KernarbeiterInnen-schicht getan, ein für die Kapitalisten unangenehmes Widerstandsnest gegen die Entgarantierung und totale Flexibilisierung ausgehoben.

Wir brauchen nicht mehr nach der Arbeiterklasse zu schielen, denn wir sind selbst zu einem Teil der unterdrückten Klasse geworden! Einer Klasse



## 1. MAI: GEGEN STAAT+KAPITAL - INTERNATIONAL !

der Entgarantierten, die ständig wächst und die immer weitere Bevölkerungsteile umfasst. Einer Klasse, die u.a. durch Vereinzelung im Produktionsprozess gekennzeichnet ist, einer Klasse, die die Antwort des Kapitals auf die erfolgreichen Klassenkämpfe der 70'er darstellt. Um für unser Leben zu kämpfen müssen wir zusammenkommen, uns organisieren, kampffähige Strukturen aufbauen.

Der DGB steht am Rande dieser Entwicklung. Er hat auf die sinkende Zahl der Facharbeiter gesetzt, auf diejenigen, die an diesem System noch partizipieren. So besteht seine jämmerliche Rolle auch darin (und hat stets darin bestanden), Vermittler zwischen Kapitalinteressen und den Interessen der Facharbeiter, Techniker und Festangestellten zu sein. In dem Maße aber wie die Umstrukturierung fortschreitet, verliert der DGB seine Massenbasis, seinen Einfluss und seine Macht. Umsatteln, das kann er nicht, denn zwischen der Klasse der Entgarantierten und dem Kapital wird es nichts mehr zu vermitteln geben. So hat der DGB auch immer weniger ein Recht auf den 1. Mai, denn dieser Tag, der Kampftag der Arbeiterklasse, gehört einer Klasse, deren Interesse er nicht vertreten kann und noch nie vertreten hat.

für:  
Libertäres Plenum Göttingen &  
Freie Arbeiter Union (IAA)

Dieser Text versteht sich als ein Diskussionspapier für die Vorbereitung zum diesjährigen 1. Mai. Vieles ist nur angerissen und

müßte weiter ausgeführt werden, dessen sind wir uns bewußt. Es wäre in unserem Interesse wenn neben der technischen Vorbereitung auch eine inhaltliche Diskussion laufen würde. Was wir anstreben ist ein sozialrevolutionärer Block möglichst vieler göttinger GenossInnen aus der autonomen Bewegung. Alles weitere an anderer Stelle.

### Veranstaltungshinweis:

Aktuelles zur Lage im Norden Irlands

Anfang April werden zwei Genossinnen aus Belfast die BRD besuchen, der genaue Termin stand bis zur Stunde allerdings noch nicht fest. Wir möchten aber schon jetzt ausdrücklich darauf hinweisen, daß es auf jeden Fall Veranstaltungen in Göttingen und auf den Libertären Tagen in Frankfurt dazu geben wird (Sorry, wir haben es leider nicht mehr geschafft, daß diese Veranstaltungsankündigung in die Programmübersicht zu den Libertären Tagen reinkam. Es wird allerdings einen entsprechenden Veranstaltungshinweis in dem ausführlichen Reader zu den Tagen geben.). Inhaltlich wird es in der Veranstaltung u.a. um die jüngsten Fraktionskämpfe in der republikanisch-sozialistischen Bewegung gehen, über die hier praktisch nichts bekannt ist. Darüberhinaus wird natürlich auch Gelegenheit zur Diskussion aller anderen anstehenden Fragen im imperialistisch beherrschten Norden Irlands sein. Für Göttingen wird der genaue Termin rechtzeitig bekanntgegeben.

SMASH IMPERIALISM - INTERNATIONAL SOCIAL REVOLUTION !!!

Kontakt:

Libertäres Plenum Göttingen  
c/o Buchladen Rote Straße  
Rote Straße 10  
3400 Göttingen  
c/o Buchladen Rote Straße  
Rote Straße 10  
3400 Göttingen



# REGIONAL

• DARMSTADT •

Wer längere Zeit in Darmstadt lebt und sich mit den bestehenden Verhältnissen auseinandersetzt, dem werden einige Defizite ins Auge fallen. Zum einen ist es schwierig, sich Informationen anders als aus der bürgerlichen Presse zu beschaffen. Wobei die Tat gerade auch dazu gehört. In linken oder thematisch linken Buchläden wird man vergeblich danach suchen. Broschüren, Zeitschriften und Infos haben immer weniger Platz in dem von der "Nachfrage" orientierten Warenangebot. Im grün-alternativen Spektrum besteht ebenfalls wenig Bedürfnis, sich mit Ansätzen grundlegender Kritik, die eine strikte Ablehnung des Parlamentarismus beinhaltet, auseinanderzusetzen. Atom, Rassist, Freiraum, Wildcat, die Aktion, Dokumentationen oder ähnliches sind erstmal öffentlich nicht zugänglich. Dies ist ein Punkt, an dem wir mit den Infoladen ansetzen wollen. Zum anderen gibt es keine Gruppe, kein Diskussionsforum, keine Möglichkeit, eben diese Informationen aufzuarbeiten. Aktive politische Gruppen sind rar und zudem meist an spezielle Themen gebunden. (Atominitiative, Volkszählung, etc.) Eine kontinuierliche politische Diskussion über grundlegende Fragen wie Ziele und Strategie wird nicht geführt. Demzufolge herrscht bei vielen Leuten Unklarheit oder Unverständnis gegenüber staatlichen Maßnahmen, bzw. deren Bedeutung. Zum Beispiel §129a, Neufassung, Sicherheitsgesetze, Boko-Verbot.

Aufgabe des Infoladens kann es natürlich nicht sein, diese Missstände auf breiter Basis zu beheben. Was wir wollen ist, in unserem Rahmen Informationen auszuwerten, Schwerpunkte setzen, diskutieren, eigene Positionen und Formen bewußten Handelns entwickeln. Wir verstehen unsere Arbeit als Beitrag zum Aufbau einer Gegenkultur. Ein Ziel ist es, Ergebnisse durch Veranstaltungen, Ausstellungen oder ähnliches öffentlich zu machen. Ein Schwerpunkt wird sicher im Bereich der Analyse und Erarbeitung von Begriffen wie Faschismus und Imperialismus liegen. Ohne dabei jedoch den Bezug zu den uns alltäglich bereiteten Schrecknissen zu verlieren. Atom- und Energieprogramm, Sicherheitsstaat und Fabrikgesellschaft sind weitere Stichpunkte. Dies ist sicherlich heute mehr denn je sehr wichtig, um uns mit der zentralen Frage zu beschäftigen, wie es zu einer Stärkung des Aufbaus einer breiten, antiparlamentaristischen Bewegung mit sozialrevolutionären Inhalten kommt, die sich nicht an Kaderstrukturen, nicht an Parteidisziplin orientiert, sondern die Herrschaft des Menschen über den Menschen beseitigt, mit dem Ziel einer freien Gesellschaft. So kann es möglich werden, aus der ständigen Reaktion herauszukommen, um unsererseits aktiv zu werden. In der Vorbereitungsdiskussion haben sich schon im Vorfeld Schwierigkeiten abgezeichnet:

- Wir wollen weder ein Debattierclub noch ein Verwaltungsorgan werden.

- Wie ist es möglich, eine kontinuierliche Diskussion in relativ offenem Rahmen zu führen, ohne immer wieder von vorne anzufangen und trotzdem die Möglichkeit des Einstiegs und der Vermittlung von Diskussionsprozessen zu gewährleisten?

Wir wollen nicht, daß es Arbeitsteilung in die Bereiche "Inhaltliches" und "Organisatorisches" gibt. Jede/r soll für alles Verantwortung tragen. Dies könnte zum Beispiel bedeuten, daß jeweils 2-3 Leute für 1-2 Wochen die Organisation des Ladens übernehmen. (Tee kochen, Abos bestellen, Pressearbeit, Post erledigen) Eine weitere Einrichtung ist das wöchentliche Treffen, an dem inhaltliche Arbeit den Vorrang haben soll. Darüber hinaus wird es regelmäßige Öffnungszeiten geben, bisher donnerstags von 14 bis 20 Uhr, und - so hoffen wir - eine Menge vielfältiger Aktivitäten. Der Infoladen ist offen für andere Gruppen, die die Möglichkeit, sich hier zu treffen, nutzen wollen. Wir wollen den Laden auf eine möglichst unabhängige finanzielle Basis stellen. Dafür suchen wir viele Leute, die uns mit monatlichen Spenden (der praktische Dauerauftrag) unterstützen. Wir haben Anfang März den Laden eröffnet, im Moment gibts noch jede Menge zu tun. Tut das Richtige!

VEREIN ZUR FÖRDERUNG VON KULTUR,  
BILDUNG & KOMMUNIKATION  
Frankfurter Straße 70  
61 Darmstadt  
Tel. 06151 25885

Kontonn. : 111 034 206  
Stadtparkasse Darmstadt 508 501 50

## INFO LADEN DARMSTADT

REDO  
" IN GEFAHR UND HÖCHSTER NOT  
BIRGT DER MITTELWEG  
DEN TOD "

BETR.: REDAKTION  
REGIONALTEIL  
DARMSTADT

ARTIKEL, LESERBRIEFE,  
INFOS, TERMINE  
AN POSTLAGERKARTE  
040093 3  
6100 DARMSTADT



# WIE WEITER IN DIE OBERPFALZ

nach den blockadefest im oktober 86 in der oberpfalz ist die darmstädter wackersdorf-gruppe zu der überzeugung gekommen, daß eine städtepartnerschaft zwischen ihnen und einer gemeinde-bi für die weitere arbeit gegen die waa notwendig ist, die zusammenarbeit sollte keinesfalls nur die basis für einzelne aktionen und deren vorbereitung sein, sondern platz schaffen, inhaltlich zu diskutieren, perspektiven von gemeinsamerkeit zu finden, daher suchten, die darmstädter ende november eine gruppe, die bereit war, eine partnerschaft einzugehen, es liefen besuche und briefverkehr mit einer bi-gruppe aus dem bürgerlichen spektrum, ein treffen mitte februar war vorgeschlagen, um sich kennenzulernen, die antwort war eine klare absage:

"die unterschiede zwischen unseren und euren zielen und auffassungen waren zu groß (nicht nur in der gewaltfrage), was keine zusammenarbeit trotz aller toleranz eher erschweren würde, außerdem wollen wir in zukunft unsere arbeit im kommunalen bereich (nicht nur bezüglich waa) verstärkt fortsetzen, wodurch wir auch jede menge arbeit an den hals kriegen."

abgesehen davon, daß wir eine solche schriftliche absage, die keinen raum läßt und keine bereitschaft zur diskussion zeigt, sehr wenig finden, ist folgendes dazu zu sagen: unsere erfahrung ist kein einzelfall, sie spiegelt die allgemein malade situation des waa-widerstandes wider, klar ist für uns das thema waa kein einzelner punkt, sondern teil des ganzen systems, unsere gedanken und unsere arbeit gehen über "reformäre bedienung", "zerstörung der natur", "militarische durchsetzung eines großprojektes" hinaus, und gerade an diesem punkt war und ist es uns wichtig, kontakt zu oberpfälzern zu halten, auch erfahrungen aus anderen widerstandsbewegungen (18 west und 91) einzubringen, perspektiven für einen lebendigen und breiten widerstand zu diskutieren, toleranz zu erreichen und selber zu entwickeln, es ist so wichtig, aus der selbst geschaffenen ghettosituation herauszukommen, die genauso bei uns eine tiefergehende beschäftigung mit anderen gruppen beeinträchtigt,



es reicht uns nicht, regelmäßig nach bayern zu fahren, für bloße aktionen, uns kriminalisieren zu lassen, es geht nicht darum, gequält zu werden, es reicht uns nicht, von außen inhaltliche und aktionsformen hereinzutragen, die nicht diskutiert werden, die reaktion der ortsb-i hat uns sehr pessimistisch gestimmt, sie zeigt die geringe bereitschaft, über das oberflächliche "wir brauchen auch" und "kommt wieder" hinaus, sich mit den menschen, die sich zum widerstand zählen und fühlen, auseinanderzusetzen,

die gemeinsamen demos und spaziergänge, die anerkennung der militanz von großen teilen der dortigen bevölkerung hat uns kraft gegeben, wir haben uns täuschen lassen, wenn wir dachten, dieser schritt bedeute auch gemeinsame kraft, kraft, um die konsequenzen zu tragen, die prozesse massenhaft zusammen durchzustehen, die verabschiedung von haushaltsentscheidungen und beschätzungen, die so schwer hand sein können, nicht fruchten zu lassen, die mühsame kontinuierliche arbeit weiterzuführen, dem ziel der "neu" inszenierten antiterror-gesetze insofern entgegenzutreten, daß klar ist: wir lassen uns das reden und denken nicht verbieten, die längst nicht abgeschlossene gewaltfrage weiterdiskutieren, spaltung durch angst vor den folgen entgegenzuwirken,

die städtepartnerschaft berlin - burglangenfeld hat sich kurz vor den herbstblockaden zusammengefunden, sie haben sich gemeinsam vorbereitet, es gab auch veranstaltungen vor ort, nach der hausdurchsuchung (tarnvereinigung) hat sich die hausbesitzerin solidarisiert, auf veranstaltungen berichtet, etc.

wir wollen eine städtepartnerschaft, die nichts mit einfacher, gegenseitiger moralischer verantwortung für das vorgehen der anderen zu tun hat, sondern versucht, über die eigenen starren vorstellungen und formen hinauszutreten,

am Frei. 27.3.  
ab 17°

**GRÜNDUNGSFEST**

**BUNTE HILFE**

Darmstadt

Bessunger Knabenschule

Kuchen

Infostände der VoBo-Gruppe, Sulzhofprojekt, Wackersdorfgruppe, Nah-Ost-Komitee, Politische Gefangene und andere

Selbstdarstellung der Bunten Hilfe

Politikbomba

Infos zu Wackersdorf und Radi-Aktiv-Prozess

Disco

so ab 20°

JONGLEURE

wahrscheinlich spielen K14

Eintritt 30M



# DAS VOLKS VERHÖR

Seit Januar 87 trifft sich die Darmstädter Volkszählungsboykott-Initiative zu regelmäßigen Plenen. Es werden die Ergebnisse der Arbeitsgruppen Recht, Öffentlichkeit, Volksverhör und Sicherheitsgesetze bekanntgegeben, und Organisatorisches geregelt. Außerdem hat sich eine Zählergruppe zusammengefunden, die sich den Umgang mit dieser staatlichen Zwangsmaßnahme überlegen will und zukünftige Zähler/-innen informiert. Die Initiative ruft alle Darmstädter/-innen dazu auf, die Bogen zunächst in Empfang zu nehmen. Daraufhin die Nummern auf dem Fragebogen auszuschneiden und diese an eine Sammelstelle zu schicken, wo sie unter notarieller Aufsicht gezählt werden. Die Zahl der so abgegebenen Bogen wird öffentlich bekanntgegeben, um so dem Staat die Möglichkeit zu nehmen, das Volksverhör trotzdem als Erfolg hinzustellen. Für Boykotteure liefert diese Form der Sabotage die meiste Sicherheit und Rückenbedeckung, da es für staatliche Stellen schwieriger wird, Einzelne herauszugreifen und mit Zwangsgeldern unter Druck zu setzen.

Darmstädter Initiative für die Abschaltung aller Atomanlagen, offenes Treffen jeden Montag, 20 Uhr in der bessunger Knabenschule, Feestube.

Zunächst besteht die ini aus einer fast unüberschaubar großen Menge mehr oder weniger strahlungsbegeisterter Darmstädter/-innen. Nach der biblis-demo im Mai letzten Jahres scheint bei vielen ein Prozess der Halbwertzeit von Empörung einzusetzen - die Gruppe schrumpft enorm. Im Moment arbeiten 5-10 Leute regelmäßig beim Montagstreiff zusammen. Schwerpunkt dabei ist seit Herbst die Planung, Durchführung und Nachbereitung der Widerstandssamstage. Bisher haben Gruppen aus südhessischen Städten, aber auch Hamburger und Bayern die Idee des Widerstandssamstages aufgegriffen. Den langen-Samstagskonsumrausch behindert durch anti-akw-Aktionen informiert, oder auch provoziert, Lärm gemacht, etc. Bundesweite Nachahmung ist erwünscht, damit an möglichst vielen Orten in der Republik die unterschiedlichsten Aktionen in einem Zusammenhang stehen. Motto: vom Büchertisch bis zur Handsäge, es wird keinerlei Distanzierungen geben.

Mit einer mehrteiligen Veranstaltungsreihe soll über den Rahmen der Volkszählung hinaus der Zusammenhang mit Sicherheitsgesetzen, Aufstandsbekämpfung, Entmietung von nicht lukrativen Wohnblöcken etc. dargestellt werden. Die Termine werden in Stadt und Kneipen plakatiert. Informationen zur Volkszählung, Bücher, Broschüren etc. gibt es am Infostand, der jeden Samstag auf dem Luisenplatz anzutreffen ist. Außerdem wurde der Initiative ein Büro im Infoladen in der Frankfurter Str. 70 zur Verfügung gestellt. Über Telefonnr. 25885 ist hier jeden Dienstag ein Informationsdienst zu erreichen.

AUFRUF: Für alle Interessierten, Aktiven, Noch-nicht-ganz-verstaubten. Jeden 1. und 3. Freitag im Monat trifft sich die VoBo-Ini in der Th. altes Hauptgebäude um 20 Uhr.



Der Austausch über Formen und Objekte, gegen die sich der Widerstand in den Städten richtet, läuft in den monatlichen regionalen Treffen, in dem Paper mit Berichten vom letzten Widerstandstag eine Auflistung neuer Ideen - aber auch immer wieder Zündstoff für Strategie- und andere Diskussionen innerhalb der Darmstädter Gruppe, die ist nun keineswegs homogen, sondern ein ziemlich durchwachsender Haufen, das Motto "keine Spaltungen und Distanzierungen" ist leichter gesagt als gelebt, und es sind gewiß nicht nur DIE Autonomen und DIFAnarchisten, die dem Schubladendenken erliegen, wie "1. Karstadt" in der Aktion 25 schreibt. "keine Distanzierungen" bedeutet jedoch nicht, alles was an diesen Samstagen läuft, kommentarlos hinzunehmen, sondern vielmehr, Standpunkte klarzukriegen, die vermittelbarkeit von Sabotage und anderen Widerstandsformen zu bereinigen, einen Zusammenhang zu schaffen zwischen einer I-punkt-Bewegung (anti-akw) und anderen Ansätzen, die dem Staatsterrorismus feindlich gegenüberstehen.

Die dringend benötigten Spenden an

SONDERKONTO VOBO  
c/o M. Wacker  
Sparkasse Darmstadt  
Kto-nr.: 111 034 117

Dringend gebraucht werden auch kurzfristige Kredite von 50 oder 100 Mark, um Bücher, Plaketten, usw. einkaufen zu können. Das Geld gibts nach Verkauf zurück.

Gezählt wird nicht!

PENG!



Volkszählungsboykott

Ein Versuch, etwas zu thematisieren, lief im Februar in Darmstadt zu den Widerstandstagen, ein Flugblatt mit dem Ziel, die Sicherheitsgesetze, Kriminalisierung der anti-akw-Bewegung, aber auch die Grauzone des Datenschutzes darzustellen, die sich im Sammeln, Horten und Mißbrauchen einer gigantischen Informationsmenge manifestiert, weil in der Difa nur wenig Leute aktiv arbeiten, also Verantwortung übernehmen, Arbeit im Vorfeld eines Widerstandstages verrichten, ist das Problem bisher, daß die kontinuierliche inhaltliche Arbeit oft zu kurz kommt, dadurch stehen wir dann wieder an 1 Punkt, wo wir ständig reagieren müssen, reagieren auf die neuesten repressionsmaßnahmen, reagieren auf die neuesten Lügen und Scheinbar "rechts"-staatlichen Verneinungen, wir wollen daher in Zukunft unsere Power vermehrt in die fortlaufende Auseinandersetzung an einem Aspekt der anti-akw-Kämpfe stecken.

Biblis: am Beispiel des akw-biblis wollen wir die Arbeitsbedingungen dort untersuchen, die Bedeutung des Reaktors für die Region und für die Energieversorgungsunternehmen, interessant ist es auch, warum sich an diesem akw kein beständiger Widerstand entwickelt hat, angesichts einer Distanz von 25 km Luftlinie nach Darmstadt werden wir uns anstrengen, in möglichst vielen Köpfen die Überzeugung zu verbreiten: BIBLIS MUSS ABGESCHALTET WERDEN!



# KURZES BRD



# ART IS CRIME

TIGER

INFOLADEN K36 - BERLIN

Der Infoladen Kohlfurterstr. 36 wurde vorübergehend (wahrscheinlich bis zum Frühjahr in die Waldemarstr. 22 umquartiert. Der Laden ist Dienstag und Freitags von 14<sup>00</sup>-19<sup>00</sup> geöffnet. Es gibt folgenden Guppen: Frauen, Anti-Fa, Knast und Jobber. Die Räume stehen nach vorheriger Anmeldung auch für Veranstaltungen zur Verfügung. Infos, Diskussionspapiere, Flugies, Broschüren, Listen von Videos, Filmen etc. an folgende Adresse: Infoladen Waldemarstraße 22 1000 Berlin 36

## 6. Bürgerinitiativen-Verkehrskongreß

Karlsruhe wird 1987 vom 30. April bis 3. Mai Schauplatz des Kongresses sein. Unter dem Motto "total mobil?" soll einerseits die herrschende Mobilität in ihren verschiedenen Formen (Berufs-, Güterverkehr, Tourismus, Motor"sport") diskutiert werden und Forderungen zu deren Entwicklung formuliert werden.

Der zweite Schwerpunkt wird die Arbeit der Bürgerinitiativen sein. Auch die traditionellen Arbeitsgruppen zu "Fußgängern", "Radfahrer", "Tempo 30/80/100", "Bahn", "ÖPNV" u.a. werden nicht fehlen. Zudem soll Karlsruhe der Beginn einer Kampagne zur Lärm-minderung im Verkehr sein.

Die Kongreß-Unterlagen (Programm und Anmeldung) können beim Arbeitskreis Verkehr und Umwelt e.V.

Cheruskerstr. 10

1000 Berlin 62

Tel. 030/3926146

angefordert werden.

Bei Teilnahme sind 20,-DM für Vor- und Nachbereitungsbrochüren zu entrichten. Eine Teilnehmergebühr wird zwischen 0 und max. 30,-DM liegen.

## Libertäre in Fulda

Endlich! Der konservativ-papstlichen Vereinnahmung der Farbe Schwarz ist nun eine ernstzunehmende Konkurrenz erwachsen. In der osthessischen Metropole Fulda hat sich eine libertäre Gruppe gebildet. Noch mangelt es an geeigneten Räumlichkeiten. Der Kontakt läuft daher über Postlagerkarte Nr. 063403 A. Die Libertären in Fulda freuen sich über jeden Kontakt mit anderen Libertären!

## AUFRUF AUFRUF

Ihr, die sich libertär und solidarisch nennen, seit hiermit aufgefordert dem diktatorischen Gefängnisdirektor des Knastes Bochum zu zeigen, daß hier nicht nach Lust und Laune zensiert, beschlagnahmt und die freie Meinung untergraben werden darf.

Der Knast Bochum ist nicht die Ausnahme, aber all das, was hier Linkspresse ist, wird ausnahmslos beschlagnahmt. U.a. heißt es zu der Zeitung AKTION: "Staatsgefährdung, Verunglimpfung, Aufforderung zu Straftaten..." Die Palette könnte fortgesetzt werden. Zeigt Euch solidarisch und schreibt dem Direktor massenweise Protestbriefe, die Zensur muß ein Ende haben!!!

Nur gemeinsam sind und bleiben wir stark, wir dürfen den Repressionsapparat nicht aus der Diskussion lassen. Repressionsapparat ist hier der Knast. Endprodukt der Restriktion des repressiven Staates der BRd die Politiker (So nennen sich die Menschen, die uns diktieren) müssen merken, daß wir es erkannt haben. Schreibt daher an:

Gefängnis Bochum  
Direktor Berg und Co.  
Krumme 3  
4630 Bochum 1

Solidarische Grüße  
Euer Thomas Kraemer (Student)  
Knast Bochum



## FRAUEN

Solange es Knäste gibt, solange kann es KZs geben!  
Du duckst dich - WIR können gemeinsam Demütigungen bekämpfen!  
Wir können durch ein Netz, das uns miteinander verbindet, JEDE Mauer zum Einsturz bringen und gemeinsam erkämpfen WIR unsere FREIHEIT!  
Für uns...mit uns...durch uns...und führe uns in Versuchung!...

Schreibt und besucht gefangene Frauen! Ich bin eine Frau - Ich kann nicht für alle sprechen, aber NIE KZs!

Andrea Sager

Friedrich-Olbricht-Damm 17

1000 Berlin 13

## Knastkontakt

Wir halten es für sehr wichtig, die bestehende Isolation in den Kätigen der BRD zu durchbrechen (Spricht für "unsere" Struktur daß es diese Isolation überhaupt gibt, d.T.)

Isolation zerstört Leben!

Deshalb versuchen wir Kontakte von drinnen nach draussen zu vermitteln. Auch ihr an der langen Leine klinken!

Fortschrittliche Leute draussen - Gefangene - schreibt mir Vorschläge von einem Kontakt: Diskussionsrunden, Bedingungen, Post, Briefe etc. auf. Die Leute von draussen übernehmen Rückporto bitten - was sich ihnen, Rassisten und ähnliche Leute natürlich gleich sparen können!

## Vermittlung über

Heinz Jurisch  
Adalbertsteinweg 92  
5800 Aachen

und wichtig!  
Moniert Haberdorf!  
Zeitschrift für Ausgrenzte und Weggeschlossene  
über: K. Hallama  
Sockgasse 4  
7147 Nußdorf



# SPANIEN

Seit einigen Monaten spielen die Hafenarbeiter die Hauptrolle in einem der härtesten Kämpfe, die es in diesem Land seit den Auseinandersetzungen wegen der Umstrukturierung des Schiffsektors (Euskalduna) gegeben hat. Sie führen einen Kampf, der heute atypisch ist, da er den Regeln der alten asambleistischen Bewegung folgt. Eine Bewegung, die alt ist, die aber ständig wiedergeboren wird, wenn Arbeiter versuchen selbst zu handeln, alt für diejenigen, die sie tot und begraben sehen möchten, aber sie ist so neu wie das Ziel, das sie verfolgt: das Ende der hierarchischen Macht und das Ende der Ausbeutung. Der Kampf der Hafenstauer ist gegenwärtig einer der wenigen Kämpfe, der einer Regierung, die im Sinne der maximalen Rentabilität des Kapitals agiert, entgegentritt. Die Stauer sind ein Kollektiv, das Widerstand leistet und mit dem wir uns solidarisieren, indem wir ihren Kampf unterstützen und verteidigen. Aber die Tatsache, daß es einer der wenigen Kämpfe ist, die es im Moment gibt, oder daß es der Kampf unserer Freunde oder der unsere ist, hindert uns nicht seine Grenzen zu sehen und diese zu kritisieren.

In den Häfen haben sich in den letzten Jahren die Produktionsmittel im Bereich der Handelsschifffahrt rapide verändert. Die Schiffe hat man entsprechend ihren Lasten spezialisiert, die Waren hat man in großen Einheiten von Gewicht und Umfang vereint; der Container hat eine Revolutionierung der Arbeitsweise vorausgesetzt; die Häfen haben sich an die neuen Schiff- und Ladesysteme angepasst und wurden mit der durch diese Umwandlung erforderliche neue Technologie bestückt: neue Kräne, große Aufzüge, nachdem diese große und kostspielige Erneuerung einmal vom Staat gemacht ist, sind die Häfen präpariert um an das Großkapital zurückgegeben zu werden, damit dieses die Profite einsammelt.

Der aktuelle Kampf der Hafenarbeiter ist im Zusammenhang mit der Umstrukturierung des Sektors, den die Regierung zur Zeit in Angriff nimmt, zu sehen. Während ihrer ersten Legislaturperiode verwirklichte die PSCE in praktisch allen Sektoren die für das Kapital notwendige Umstrukturierung: Angleichung der Belegschaften = Entlassungen, neues Arbeitsrecht = freie Entlassung, technologische Innovation - alles im Hinblick auf die Maximalisierung des Profits.

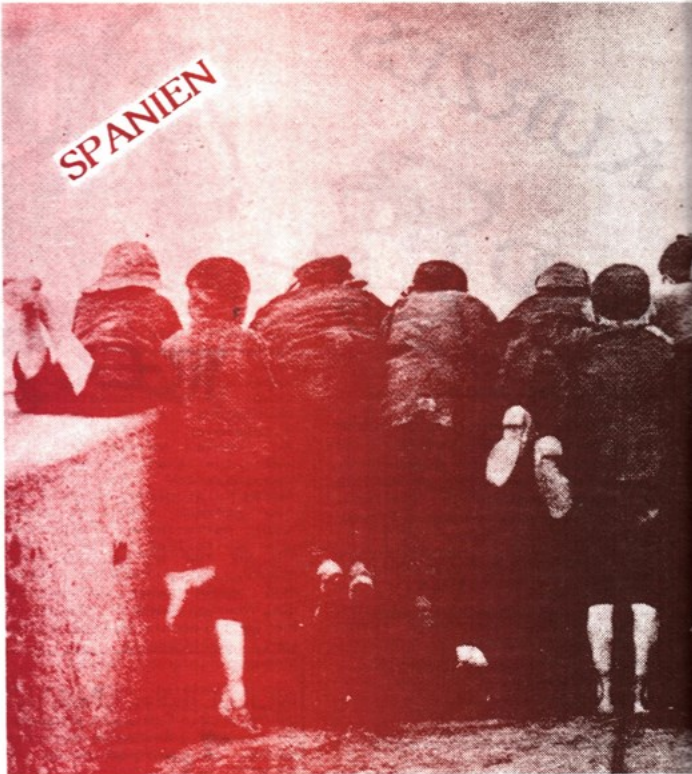
Indem man die Arbeitsorganisation der Stauer zerstört - sie sollen fest an Unternehmen verteilt und in drei Typen aufgeteilt werden, die je nach Arbeitsanfall beschäftigt werden, also Reservearmeen - will man gleichzeitig die Organisationsform (die Coordinators) zerstören, was immer mehr zum Hauptziel wird. Und um dann endgültig mit der Gestalt des Hafenverladearbeiters Schluß machen zu können.

Daher kommt es, denn das wird jenseits von einigen Forderungen und Neuanpassungen diskutiert, daß der Kampf so hart und unvorhersehbar, wir könnten sogar sagen ohne Lösungsmöglichkeiten ist. Die Stauer wissen es, und ihre Kampfkraft ist auf der Höhe dieser Erkenntnis. Gegenüber der Verachtung der Verwaltung ragt ihre Würde hervor. Innerhalb von diesen Koordinaten bewegt sich der aktuelle Kampf der Stauer, und gleichzeitig seine Grenzen. Es ist ein bedachter, diskutierter Kampf, aber immer noch gibt es einen hohen Grad an Spontaneität, die durch die Tatsache gewährt wird, daß in den Versammlungen der jeweiligen Häfen die Aktionen und Ziele entschieden werden. Versammlungen, die zugleich auch bedroht sind von der Ermüdung, der Passivität und vom Führertum. Der Kampf ist notwendigerweise durch den legalen Rahmen bestimmt, aber es ist auch ein Kampf, in dem direkte Aktion in das Schaubild der bürgerlichen Legalität einbricht. Es ist ein solidarischer Kampf, der alle Häfen im Staat einschließt und sogar eine starke internationale Solidarität erfährt. Eine Solidarität, die aber auch durch die kapitalistische Logik, der Konkurrenz zwischen den Häfen, bedroht ist. Es ist ein defensiver Kampf, der andere Sektoren der Arbeiterklasse nicht zu solidarischen Bewegungen mitreißt. Denn die Einheit der Arbeiterklasse wird nicht durch einen voluntaristischen Appell verwirklicht, sondern sie wird durch das Zusammenkommen der Kämpfe der Arbeit-

ter gegen die Aggression eines Kapitalismus in der Krise erreicht; diesen Zusammenfluß der Kämpfe konnte die Regierung bis jetzt vermeiden (im Moment reden sie davon, daß eine zweite Reconversacion nötig sein wird.)

Während der Jahre 70-76 entwickelte sich in Spanien im Zuge eines halb-antifranquistischen, halb antikapitalistischen Kampfes eine asambleistische Bewegung. (d.T.). Vitoria, Fasa-Re-nault, Roca... Die Legalisierung der Gewerkschaften, der "Staatsstreich" und der daraus folgende demokratische Konsens, der Eintritt der Sozialisten in die Regierung und schließlich die Krise, die Arbeitslosigkeit und die offene Repression beendeten diese Bewegung. Die, auch wenn sie nicht sehr weit kam, doch mit genügend Kraft einigen Wahrheiten Ausdruck verlieh: die Macht der Versammlungen, die direkte Aktion,

1980  
Die Unternehmerorganisation ANESCC und die UCD-Regierung (Christdemokraten) leiten den Kampf gegen die Hafenarbeiter, die ihnen zu stark geworden sind, ein. Sie sehen sich, aufgrund der Kampfkraft der Stauer, gezwungen, das erste Abkommen im staatl. Rahmen für alle Häfen zu unterzeichnen. Dieses Abkommen wird später die rechtliche Deckung für die Organisation der Hafenarbeiter sein. Die UCD Regierung gibt einen Erlaß heraus, mit dem sie versucht die Konsequenzen aus dem Abkommen zu neutralisieren. Das ist der erste Schritt zur Vernichtung des Unternehmens der Hafenarbeit-







Kurze Chronologie der letzten Jahre in den spanischen Häfen

Dez.76

ein 21 Tage andauernder Streik für die Wiedereinstellung von 7 entlassenen Kollegen (in Barcelona). Der Streik funktionierte durch Versammlungen und man zwang die Betriebsräte der CNS zum Rücktritt. Es gründet sich die Organisation der Hafenarbeiter von Barcelona, die einen asambleistischen, antikapitalistischen und autonomen Charakter hat. Schließlich werden die Entlassenen wieder eingestellt. Der Kampf war beispielgebend gegen den Vertikalismus und aus ihm wird sich die Grundlage für die zukünftigen Organisationen in den Häfen herleiten.

1977-78

Ausgehend von den asambleistischen Organisationen in jedem Hafen gelingt es, eine staatliche Organisation für die Häfen zu errichten, die man "La Coordinadora" (die Koordination) nennt. Sie wird 90% der 10000 Stauer des Landes miteinander verbinden. Eine Dreckarbeit, die das Kapital der PSOE auftrag, in der Annahme, daß diese sie besser verwirklichen kann als die historische Rechte. Diese Umstrukturierung konnte sie mehr oder weniger bequem durchführen, abgesehen von einigen starken Widerständen, die wir am Anfang anführten. Der Kern der Arbeiterklasse hat sie akzeptiert, aufgrund der Demagogie einer sozialistischen Regierung, die mit der UGT eine Zentralgewerkschaft zu ihren Diensten hatte; Und vor allem wegen der Arbeitslosigkeit (als Tatsache oder Phantom). Indem die Arbeiter mit Arbeit und die Arbeitslosen gegenübergestellt werden konnten, hat sich das Problem zugunsten des Kapitals gelöst. Nichts destotrotz bleibt noch ein atypischer Sektor umzuwandeln: die Verladearbeit in den Häfen. Atypisch, da weder die Gewerkschaft der Regierung, die UGT, noch eine andere zum Sozialpakt neigende Gewerkschaft im Sektor präsent sind. Atypisch auch deshalb, weil der Arbeitsprozeß noch im großen Maße von den Steuern selbst kontrolliert wird.

Es gibt in dem Sektor keinen bürokratischen Syndikalismus mit dem man verhandeln oder paktieren könnte. Im Gegenteil, die Arbeiter verfügen über eine Koordination der Versammlungen im Hafen, einen asambleistischen Basisyndikalismus, der sich im Zuge der asambleistischen Bewegung, die es in Spanien in den Jahren 75-78 gab, gestaltete. Beim Zerfall dieser Bewegung strukturierte sie sich als gewerkschaftliche Organisation und verbindet heute 90% der Stauer des Landes. Jedesmal, wenn die Unternehmer oder die Regierung versuchen den Arbeitern ihre Rechte in Bezug auf Arbeitsplätze, Arbeitsbedingungen, Lohnniveau etc. zu entreissen, wußten die Arbeiter diese Stärke radikal zu nutzen. Die Figur des Hafenstauers

ten, der OTP (autonomer Organismus des Arbeitsministeriums - Verteilungsbörse der anfallenden Arbeit, die von den Arbeitern dominiert wird), um zur Privatisierung der Häfen und zur Auflösung des Steuerkollektivs zu gelangen.

Diese Art zu arbeiten, die wir uns heftig erkämpft haben, hat bei uns auch zugleich eine Art staatlicher Organisation hervorgebracht, La Coordinadora, eine asambleistische Basisorganisation. Mit dieser Arbeits- und Organisationsweise ist es uns gelungen, die Reduzierung des Personals zu bremsen, die die heutige Technologie, im Dienste des maximalen Profits für den Unternehmer ermöglicht. Diese Arbeits- und Organisationsweise stört die multinationalen Unternehmen des Seetransports, da sie den Stauerh zu viel Macht bei der Organisation seiner Arbeit gibt; und es den Unternehmen schwer macht, mittels der Konkurrenz zwischen den Häfen, die Kosten zu verringern und ihren Profit zu erhöhen.

Während verschiedener Regierungen haben sie versucht diese Arbeitsweise zu vernichten und unsere kollektive Organisation zu zerbrechen. 1980 versuchte es eine UCD-Regierung, aber unser langer und harter Kampf konnte es verhindern. Heute wiederholt sich der Versuch durch die gegenwärtige Regierung, die besser vorbereitet ist, weil sie, sich sozialistisch nennend, mehr Spielraum für Demagogie hat.

Was die Verwaltung mit ihrem neuen Erlaß mehr oder weniger bezweckt ist folgendes:

-die OTP oder ein ähnliches Organ, das den Stauern Einheit und Arbeitsplatzgarantie verleiht, soll verschwinden.

-Übernahme von einer Gruppe an die Privatunternehmen (mit den daraus folgenden Regulierungen, Entlassungen usw.) und Arbeitslosigkeit für den Rest.

-Aufhebung des Abkommen über Lohn und Arbeitsbedingungen.

-Wegfall des Rotationsturnus.


-Beginn einer unbegrenzten Konkurrenz zwischen den Häfen.

Zusammengefaßt:

Privatisierung der Häfen, Zerstörung unserer gegenwärtigen Arbeitsweise und Auflösung unserer asambleistischen Organisation.

Angesichts dessen war unsere vorläufige Antwort unsere Arbeitsweise aufrechtzuerhalten und die Rotation und die Einheit zu verstärken. Die Kampfformen waren verschieden: niedrige Erträge, strikteste Einhaltung der Sicherheitsanforderungen, sich stufenweise ausdehnende Streiks usw., bis dahin, daß wir am 18 einen wahrscheinlich unbefristeten Streik im ganzen Staat beginnen werden. Wie 1980, nun, fordern wir Euch wieder zur Solidarität auf. Es ist zu erwarten, daß sie uns erneut in der Presse, im Fernsehen...als "Gelbe" (Gewerkschafter), "Mafiosis" usw. beschuldigen werden. Die Verbreitung von unseren Informationen wird uns helfen, diese diffamierende Politik der Regierung und seiner Medien zu bekämpfen. Unser Kampf wird nicht aufhören, bis wir erneut ihre Absichten bekämpft haben.





ist auch atypisch hinsichtlich der Mehrheit der Arbeiter: sie bestimmen die Rotation der Arbeitsverteilung und kontrollieren den Arbeitsprozeß. Dinge, die das Kapital in seiner Akkumulationslogik nicht erlauben kann. All dies atypische macht die Umstrukturierung problematischer für die Regierung. Den Erlaß, den sie herausgebracht hat, um sie durchzuziehen, beruht genau darauf, die Kontrolle über den Arbeitsprozeß, der der Stauer hat, zu brechen, ebenso wie die Rotation, damit der Stauer zu einem an ein Unternehmen gebundener Arbeiter wird. Dazu kommen, klar, die üblichen Maßnahmen wie: Verringerung der Belegschaft (5000 Entlassungen), Anulierung der Übereinkünfte, Verschärfung der Disziplin etc.

1980-81

Zeitraum der großen Mobilisierungen in allen Häfen des Landes gegen die Anwendung des Erlasses. In Barcelona werden die vier größten Unternehmen bestreikt, die sich durch die Miterarbeitung des Erlasses hervorgeraten haben. Es werden 178 Kollegen entlassen, die im Turnus der Rotation arbeitenden haben mehr als 4500 Sanktionen in Gestalt von Arbeits- und Lohneinstellungen zu tragen. Man sozialisierte den Lohn im gesamten Hafen, wodurch wir alle dasselbe während der 18 Monate des Streiks kassieren - Die Entlassenen, die Bestraften und die Arbeitenden. Mehr als 300 Streikbrecher aus den Reihen der rechtsextremistischen Gruppen der Stadt werden unter Vertrag genommen, die bewaffnet und von der Polizei und Guardia Civil geschützt, unsere Arbeitsplätze besetzen. Alle Arten von Gewalt (und Hetze) breitet sich im Hafen und in ganz Barcelona aus. Nach und nach gelingt es den Stauern die Streikbrecher zu vertreiben bis schließlich alle der über 150 anstehenden Arbeitsgerichtsprozeße gewonnen werden. Die Entlassenen werden wieder eingestellt. Im Okt. 85 wird der Erlaß für nichtig erklärt. Die Mobilisierungen erfolgten nur nicht nacheinander in allen Häfen des Landes, sondern auch im Ausland durch die internationale Koordination der Hafenarbeiter, die sich zuvor gegründet und zwei Kongresse abgehalten hatte.

1982-85

In allen Häfen werden Abkommen erkämpft, die das bis dahin Erreichte bestätigen und verstärken, diese Abkommen beziehen sich weniger auf das Lohnniveau als auf die Garantien der Beschäftigung, Arbeit in Gruppen, Organisation der Hafenarbeiter usw. Während diesem ganzen Prozeß sind die niedrigen Erträge durch die Arbeit eine der hauptsächlichen Waffen, sie sind manchmal schädlicher für die Firmen als der Streik selbst. Die Coordinadors konsolidiert sich finanziell und personell, da man neue Angriffe erwartet.

April 86

Die gespannte Ruhe, die die Häfen regierte, mündet in einer klaren Ankündigung der PSOE-Regierung einen neuen Erlaß herauszubringen. Es lösen sich in allen Häfen Streiks von abwechselnd 2 oder 5 Tagen einige Monate lang ab, mit der Forderung an die Regierung über die geplante Umstrukturierung zu verhandeln. In Bilbao radikalisiert sich die Situation, der Hafen bleibt 51 Tage geschlossen und es kommt zu harten Auseinandersetzungen.

Juni 86

Die Gesetzesverordnung der PSOE Regierung wird bestätigt. Es werden zwei Vollstreiks von jeweils 10 Tagen durchgeführt. Es folgen nacheinander die Besetzungen der Lokale der CTP und des Ministeriums für öffentliche Arbeiten in den Häfen. Es kommt zu Demonstrationen in allen Hafenstädten. Im Zentrum von Barcelona bricht der Verkehr zusammen, weil der gesamte Maschinenpark des Hafens für einen Morgen lang die Straßen blockiert. In Madrid versammeln sich Komitees aus den ganzen Häfen des Landes und bekräftigen den Willen der Stauer die Verordnung nicht zuzulassen, da diese nicht unsere Existenz als Organisation sondern als Hafenarbeiter in Frage stellt.

August 1986

Man beginnt einen Streik gegen das staatl. Unternehmen Contenemar, das in 11 Häfen des Landes arbeitet und sich von den anderen Firmen durch die Anwendung des Erlasses unterscheidet. Es beginnen die Sanktionen, Entlassungen; die professionellen Streikbrecher besetzen unsere Arbeits-

plätze im Schutz einer äußerst starken Polizeipräsenz im Hafen. Für einige Tage gelingt es die Streikbrecher zu vertreiben, wobei es auf beiden Seiten Verletzte gibt. Es werden nacheinander Stauer verhaftet. Die Regierung wendet ihren Erlaß inmitten der unverschämtesten Übergehung aller Gesetze und aller Rechte der Arbeiter weiter an. Die Arbeitsgerichte geben den Arbeitern weithin Recht, was die Regierung, die mit ihrer Mehrheit alles einebnet, nicht interessiert. Die Hafenversammlungen sozialisieren erneut die Löhne, immer wenn es Kollegen gibt, die bestraft werden, und man ist entschlossen, den Kampf weiterzuführen, bis die Regierung bereit ist zu verhandeln. Es zeichnet sich ein langer und heftiger Kampf in den spanischen Häfen ab. Versammlungen oder Gewerkschaften....In diesem Prozeß schmiedete sich in den Häfen die Praxis der Versammlungen, die heute noch andauert. Aber heute ist es bereits eine Bewegung ohne Zusammenhang. Mehr noch als sich die Hafenarbeiterversammlungen als Organisation konkretisieren (la Coordinadora), ist die asambleistische Bewegung der Arbeiterklasse in Spanien im Begriff zu sterben. Dies wird die oben angegebenen Zweideutigkeiten und Grenzen ihrer Haltung erklären (der Arbeiterklasse).

Jene asambleistische Bewegung entwickelte sich während einer Phase des Wirtschaftsaufschwungs. Das Kapital konnte sich gegen die Gewerkschaftsbürokratie bilden und sich als solche durchsetzen. Heute hat das Kapital in seiner Wertungskrise nichts anzu-bieten. Jene Basisbewegung findet nicht statt. In dem Kampf, in dem sich die Stauer gegen den Staat befinden, gibt es keinen anderen Ausweg, als den Kampf. Wenn die Stauer aufhören zu kämpfen, werden sie aufhören Stauer zu sein.

Orkan



# UNGARN: 30 JAHRE SEIT DER REVOLUTION

## TEIL II

Der brutale Angriff der sowjetischen Armee, mit der gleichzeitigen Verarschung der Räte und der Kämpfenden beendete die 56er Revolution.

Sie war eine soziale Revolution.

- antinationalistisch-proletarisch  
- die Trennung von Stadt und Land wurde durch die Lebensmitteltransporte aufgehoben

- Studenten und Arbeiter kämpften zusammen

Aber es bleiben Fragen offen, z.B.

- hat sich das Verhältnis zwischen Männern und Frauen geändert?

- wer hat z.B. die Lebensmittel organisiert?

- ein gewisser Nationalismus kam auf und auch der rechte Flügel um Kardinal Mindszenty erwacht wieder. Aber auch diese wurden nicht vom Westen unterstützt.

- es war eine Bewegung, die immer noch auf Führer vertraute, z.B. Nagy wurde vertraut, obwohl er sogar Ex-Minister war. Dieses Vertrauen, auch Kadar gegenüber, wurde schließlich der Revolution zum Verhängnis.

Nun weiter auf der Suche nach dem Wesen der ungarischen Gesellschaft.

Auf fünf Punkten will ich das versuchen.

1. Ungarische Leistungsgesellschaft

2. Die Rolle der Landwirtschaft heute

3. RGW - wäre es besser für die Ungarn nur mit dem Westen zu handeln?

4. Frauen und andere Nichtprivilegierte  
5. 1956 offener Widerstand - Und heute?

Neben den fünf Punkten soll ein Zeitplan noch helfen, dem ganzen einen Rahmen zu geben.

### Punkt 1 Ungarische Leistungsgesellschaft

Zitat: aus über die Länder des Staatskapitalismus, Kapitel b aus Wotta Sitta

In der aus der Oktoberrevolution hervorgegangenen Gesellschaftsformation hat der konstante Kampf zwischen dem von der kapitalistischen Vergangenheit geerbten "Wertgesetz" und dem proletarischen Befreiungsprozeß den einzigen Ausweg und Gleichgewicht in der "sozialistischen Planung" gefunden. Fortschreitend und unausweichlich löste er sich in der Dominanz des ersten über dem zweiten und rekonstruierte so die Basis des Kapitalismus. Und dies bereits vor dem "Verrat Chruschtschows".

Anhand der Zigeuner kann ich ganz gut zeigen, wie sehr die ungarische Gesellschaft eher eine Leistungsgesellschaft als eine Gesellschaft auf dem Weg zum Sozialismus, ohne Arbeitssteilung, ist.

In der befreiten Gesellschaft wird die gesellschaftlich notwendige Arbeit unter allen gleichmäßig verteilt, es gibt keine Hilfsarbeiter mehr. Nach dem 2. Weltkrieg wurde die Arbeitssteilung jedoch nicht aufgehoben. Es gab Reformmaßnahmen, wie die Landreform Ende der 40er. Landarbeiter bekamen Land. Doch obwohl viele Zigeuner auf dem Land arbeiteten blieben sie von der Landreform ausgeschlossen. Vorurteile auf der einen, Strategie auf der anderen Seite. Die ungarische Gesellschaft benötigt Hilfsarbeiter. Und die Zigeuner sind oft Hilfsarbeiter, Saisonarbeiter. Nicht jeder Zigeuner ist Musiker. Die Schwarzarbeit, der zweite Markt, bietet ihnen eine Chance an Kohle zu kommen. Ihre informellen Strukturen sind recht gut. Mehr dazu bei Punkt 3

### Punkt 2 Die Rolle der Landwirtschaft heute

Offiziell zählt man heute 90700 Landarbeiter, demgegenüber widmen sich schätzungsweise 1,3 Mio. Arbeiter aus anderen Bereichen im Durchschnitt zwei Stunden pro Tag der Kleinlandwirtschaft. Oft sind es gerade die Feierabendbetriebe, die die lokalen Bedürfnisse erfüllen, z.B. als 85 in einer bestimmten Region Paprika fehlte, kam er aus den Privatbetrieben. Trotzdem sank die Zahl der Bauern in den letzten Jahren beträchtlich. Auch in Ungarn Landflucht. Viele Bauern suchen sich eine weniger anstrengende Arbeit in der Stadt. Sie bauen nur noch so viel an wie ihre Familie benötigt. Die Jungen spezialisieren sich oft. Umso mehr gewinnt die Saisonarbeit in den Genossenschaften an Bedeutung. Bedeutung auch als Einnahmequelle für die Arbeiter in den Städten. In den Betrieben in denen im Winter eine Fehlquote um die 10% liegt, erreicht sie in der Ernte- und Weinlesezeit bis zu 25%. Es sind vor allem Hilfsarbeiter, die bei der Saisonarbeit mehr verdienen, wie gewöhnlich im Betrieb.

Punkt 3 RGW - Wäre es besser für die Ungarn nur mit dem Westen zu handeln?

Das erste, was mir bei der Frage auffällt ist, daß ich sie so gar nicht stellen würde. Denn wer sind diese "die Ungarn"? Tatsache ist doch, daß nicht die ungarische Bäuerin mit einer bundesdeutschen über den Tausch von Waren verhandelt, sondern daß der Staat oder die Großbetriebe das Geschehen bestimmen. Und nach ihren Bedürfnissen. Dagegen tauchen die Bedürfnisse der Proletarier nur da auf, wo sie entweder verwertbar oder mit Konsum ruhig gestellt werden können. So ist das Interesse vom Staat.

Daß die Ruhigstellung nicht so klappt, sehen wir an den einzelnen Reformen. Mit Hilfe des Westens will der Staat die Produktivität steigern. Haben die Arbeiter durch "Raub" Ende der 60er schon gezeigt, für wen sie arbeiten wollen, sind die GMKs oder VGMKs auch ein Angriff auf die Arbeiter, bzw. ist es schwierig zu beurteilen, wer letztendlich von dieser Arbeitsform profitiert. Denn einerseits ist klar, welche Vorteile für den Betrieb es durch diese Arbeitsform gibt:

Erhöhung der Produktivität, kleine Arbeitsgruppen entwickeln auf ihre Verantwortung hin Produkte - bei Erfolg kann der Betrieb sie übernehmen, d.h. trotz höheren Lohn für die Arbeit werden Kosten gesenkt; der Betrieb ist Partner und nicht Feind - erhöhte Identifikation mit dem Betrieb; das ganze ist legal, also auch soziologisch z.B. untersuchbar.

Auf der anderen Seite ergibt sich aber auch die Möglichkeit, daß die Arbeiter ihre Macht in den Betrieben ausbauen. Ihre Gruppe bestimmt die Norm. Sie handeln am Anfang einer Arbeit den Preis mit der Betriebsleitung aus. Auf jeden Fall sind es Überstunden. Durch das ständige Sinken des Reallohns sind viele auf diese Arbeit angewiesen.

Gewerkschaftsähnliche Formen und Gewerkschaftsreform

Die Identifikation mit dem Betrieb soll auch dadurch erhöht werden, indem gewerkschaftsähnliche neue Formen eingeführt werden. Das klare Bewußtsein der Arbeiter über die Funktion der Gewerkschaft als Herr-





schaftssicherung für das Kapital (hier Staat) soll angegriffen werden. Die Arbeiter sollen wieder glauben, daß sie bei dem Unternehmen mitbestimmen können. Wie weit die Rechnung vom Staat aufgeht, wird sich noch herausstellen.

Ich gehe davon aus, daß hinter den Neuerungen der Westen steckt. Banken werden gegründet, die neue Börse - Aktien (z.B. die Schweden verkaufen eine neue Telefonzentrale nach Budapest - wer viele Telefonanträge kauft bekommt einen Telefonanschluß dazu) und das in einer Situation wo viele Jahre lang auf einen Anschluß warten), sonstige monetäre Maßnahmen um die Wirtschaft zu sanieren, IWF - Beitritt. Der IWF finanziert z.B. den Autobahnausbau, gleichzeitig tauchen immer mehr Verbotsschilder für Pferdewagen und Fahrräder auf den Bundesstraßen auf, wobei gerade auf dem Land viele Menschen mit diesen Fahrzeugen fahren.

#### Punkt 4 Frauen und andere Nichtprivilegierte

Über die Möglichkeit der Zigeuner bei der neuen Arbeitsorganisation habe ich schon gesprochen, wie sieht die Position der Frauen im Betrieb und in der Gesellschaft aus?

Von Gleichberechtigung kann keine Rede sein. Nach wie vor dominieren z.B. im Maschinenbau die Männer. Und sie werden besser bezahlt wie die Frauen in der Textilfabrik. Ob Frauen oder junge angelernte Arbeiter eine Möglichkeit haben nach Feierabend die Maschinen auf eigene Kappe zu benutzen und mit der Firma einen Lohn auszuhandeln weiß ich nicht. Auf jeden Fall wird die Kluft zwischen arm und reich in Ungarn immer größer. Es kann gut sein, daß sich die besser gestellten männlichen älteren Facharbeiter jetzt noch besser stellen.

Seit einigen Jahren arbeiten Polen als Leiharbeiter in Ungarn. In Polen gibt es Agenturen, die sie nach Ungarn weiterleiten. Sie arbeiten länger, weil sie nach den polnischen Vorschriften arbeiten. Sie sind es, die die höchsten Schwarzmarktpreise beim Geldwechseln bezahlen. Am Bahnhof in Budapest stehen auf polnisch Sprüche an den Mauern: Ungarische und polnische Arbeiter, gemeinsam sind wir stark!

Und die Sabotage läuft immer noch: z.B. in einer Textilfabrik. Die abgeschnittenen Reststücke wurden immer größer. Die Frauen nähten daraus schwarz neue Kleidung und verkauften sie dann. Das Ganze wurde sogar noch von der Firmenleitung gedeckt. Leider ist die Sache aufgefliegen.

#### Punkt 5 1956 Offener Widerstand - und heute?

Trotz aller Sabotage und Verweigerungen gibt es kaum offenen Widerstand. Ab und zu bei einem Punkkonzert, wo nicht nur die Texte radikal sind und deswegen einige schon eingefahren sind (da ist der Staat nicht so zimperlich wie bei den Intellektuellen). Leute,



1. fázis: csavart rúgás, „píturo chagi“

die nicht in den Knast kommen, werden entweder von ihrem Arbeitsplatz versetzt und bekommen keine Arbeit, was heißt, daß wenn sie aufgegriffen werden zu Zwangsarbeit verdonnert werden können, oder sie bekommen minderwertige Arbeit. Die Intellektuellen jammern über ihre Degradierung und merken gar nicht, daß das die alltägliche Ausbeutungssituation vieler ist. Noch schlimmer sind die "Oppositionellen" die von der ineffektiven ungarischen Gesellschaft sprechen und westliche Leistungsgesellschaft wollen. Ob sich die Ökologiebewegung radikalisiert oder nur kleinbürgerliche Tier-schützer bleiben, wird sich noch zeigen.



2. fázis: hátsó oldalrúgás, „pandae yop chagi“

#### Versuch einer Einschätzung

Der ungarische zentralistische Planstaat funktioniert, weil die Fehlplanungen durch das Wissen, wo was zu bekommen ist, ausgeglichen wird. (informelle Strukturen). Die von Anfang an bestehende Orientierung am Weltmarkt führte schließlich zum IWF-Beitritt was Unterwerfung verschiedener Maßnahmen bedeutet. Das bedeutet Konsum für die Einen und Verarmung für die anderen. Daß ein ständiges Wechselspiel zwischen Angriff der Klasse und Reaktion des Kapitals (hier Staat) läuft, hoffe ich aufgezeigt zu haben. Daß das aber noch lange nicht ein Schritt in Richtung revolutionäre Veränderung ist, merkt man aber auch. 1980/81 als es in Polen krachte, pasierte in Ungarn nichts mehr. Die 56er Revolution nahm ihren Anfang in Solidaritätskundgebungen für die polni-

schen Arbeiter. Schon 68 im Prager Frühling war von einer offensiven ungarischen Klasse nichts mehr zu hören. Spärlische Überreste waren einige Intellektuelle und Künstler. Ob die neue Verweigerung von Teilen der Jugend zu offenen Aufständen führt, müssen wir hoffen. Daß die reformistische Opposition in Richtung Integration läuft scheint offensichtlich. So eine Art Schlußfolgerung: Gerade weil der Weltmarkt einzige Orientierung für die RGW-Staaten ist, muß der zerstört werden.

Bator Sarga

#### Zeittabelle

60 war aufgrund sowjetischer Hilfe u.a. Verringerung des Militärhaushalts, das Pro-Kopf-Einkommen um 20-35% höher als 56. Intellektuelle arrangierten sich wieder mit dem System. Die Partei hatte wieder mehr als 402000 Mitglieder. (92000 im Dez. 56)

61 die sogenannten Kulaken (reichere Bauern, obwohl sie wohl nicht immer wirklich reich waren) durften in die Kolchosen eintreten. Kinder von früheren Bourgeois und Intelligenz durften wieder an die Universität. Immer mehr Nichtparteimitglieder kamen auf hohe Posten in Verwaltung und Wirtschaft.

61 Auflösung des Kulturverbandes der ungarischen Zigeuner, d.h. die Zigeuner wurden nicht mehr nur als kulturelles Problem gesehen, sondern ab da hieß es Angriff auf die Zigeuner als Klasse: Arbeitsbeschaffung, Auflösung der geschlossenen Zigeunersiedlungen, umfassende Einschulung der Zigeuner Kinder.

62/63 Amnestie für die 56er

zweite Hälfte der 60er  
Arbeitskräftemangel - Liberalisierung, den Leuten ging es besser. Zigeuner wurden als Hilfsarbeiter benötigt.

67 wird bei Csepel von Lochkarten auf Computer die Verwaltung umgestellt. IIT-Computer, junge Unibabsolventen werden von deutschem Fachpersonal angelert.

67 offizielle Vietnamkundgebungen - wenige haben Interesse

68 der "neue ökonomische Mechanismus" wird eingeführt. Größere Betriebe arbeiten nach marktwirtschaftlichen Kriterien, machen einander Konkurrenz und dürfen die erzielten Umsätze auch ihren Betriebsangehörigen zugute kommen lassen. Das Lenkungs- und Leitungssystem sollte durch indirektere und dezentralere Regulationsformen verbessert werden.





Brian Fitkin, 5 danos, Svédországban élő mester 6 db. 10 cm vastag könnyűbeton lapot tör össze homlokfal

in den frühen 70ern Erstarren der Reformen, weil Mangelproduktion oder Produkte am falschen Ort, weil Preissteigerung von Lebensmitteln und Energie.

73 erscheint das Buch Stücklohn von Miklos Haraszti. Es beschreibt die Arbeitsverhältnisse in ungarischen Großbetrieben: auf der einen Seite Akkordarbeit, auf der anderen Verweigerung der Arbeiter durch "Raub" d.h. Güter werden mit den firmeneigenen Werkzeugen schwarz während der Betriebszeit hergestellt und später verkauft, verschenkt, getauscht.

73/74 ist der Ölpreis in den RGW Ländern bei weniger als 30% des Weltmarktpreises: der in US-Dollar notierte Weltmarktpreis wird durch den von der sowjetischen Staatsbank festgesetzten Kurs dividiert und dann der Formel des gleitenden Fünfjahresdurchschnittes unterworfen. So kommt es, daß wegen dem Hinterherhinken dem Weltmarktpreis 74 trotz der Ölkrise der Preis so niedrig war.

Mitte der 70er wurden Kredite aus dem Westen aufgenommen. Die Zurückzahlung wurde zu einem Problem als die Weltwirtschaft in Krise ging und die EG-Länder Sanktionsmaßnahmen gegenüber den RGW-Ländern wegen dem Einmarsch der SU in Afghanistan durchführten.

76 Sind die Normen in der Industrie stark angehoben worden. Doch die Arbeiter haben sich massenhaft geweigert und so konnten die Produktionspläne nicht eingehalten werden.

Ende der 70er rigide Beschlüsse zur Sanierung von Betrieben, d.h. bis zur Schließung.

79/80 begann das Lebensniveau katastrophal zu sinken.

80 wird das "kompetitive Preissystem" eingeführt. Es dient der Orientierung am Weltmarkt. Durch Einfuhrbeschränkungen soll der Exporthandelsüberschuß gesteigert werden, damit Schulden

zurückgezahlt werden können. 78-82 nahm die Zahl der nichtrentablen Betriebe ab. Doch war

82 ein Wendepunkt. 1. Weil die SU bei den Öllieferungen eine härtere Stellung einnahm und 2. weil seit der Machtübernahme Jaruzelskis 81 in Polen im Westen der Glauben an die Kreditwürdigkeit der RGW-Länder ins Schwanken gekommen war.

81 wird die "Central European International Bank" in Budapest gegründet. (34 % Ungarische Nationalbank, Banca Commerciale Mailan, Bayerische Vereinsbank, Kreditanstalt Bankverein Wien, Long Term Credit Bank Tokyo, Societe General Paris, Taiyo CobeBank Kobe- mit jeweils 11%)

82 wird die VGMK bzw. GMK eingeführt. Das erstere ist die Möglichkeit die Produktionsstätten nach Feierabend selbst zu nutzen und das zweite private Firmen aufzumachen. (Maximal 50 Personen dürfen bei diesen Unternehmungen mitmachen)

83 beträgt die Auslandsverschuldung 8,3 Mrd. US-Dollar. Die Reallohne sanken im Laufe des Jahres um 4 %.

85 in Betrieben unter 500 Arbeitern soll die Belegschaft ihre Betriebsleiter selbst wählen. Dafür lastet auf dem Staat dann nicht mehr automatisch die Verantwortung für die Verluste. In Großbetrieben sollen Unternehmensräte eingeführt werden. Beitritt dem IMF und der Weltbank. Monetäre Maßnahmen sollen die Wirtschaft steuern. Ein Autobahnnetz soll mit Hilfe des IMF gebaut werden.

86 wird ein Gesetz verabschiedet, daß Betriebsschließungen und Massenentlassungen vorsieht. 100000-150000 können in nächster Zeit davon betroffen sein (vor allem im Maschinenbau und Hüttenwesen). Bis zu max. 15 Monaten soll ein Arbeitslosengeld gezahlt werden (zwischen 75-66% des Nettoeinkommens.)

Wochenschrift für die 70er

banal

ab November



- Gespräche mit
  - \* Dario Fo
  - \* Ex
- "Kunst" der Windungen: über die Rolle der KünstlerInnen
- Personalpolitik des EMD
- einige Thesen zur Frauenszene
- Notizen von, über und GEGEN den Knast
- Terrorismus und Staat
- Van der Lubbe; Schicksal eines Radikalen
- Neues aus Nicaragua
- Bookchin - kritisch beleuchtet
- Spanien im Spiegel der anarchistischen Presse
- 100 Jahre freedom press
- und vieles mehr....

Nachzulesen ab Nov. in BANAL.

Redaktionskollektiv Schwarzer Humor  
Postfach 298  
8036 Zürich

## DIREKTE AKTION

Organ der Freien Arbeiter Union F.A.U.  
(Anarcho-Syndikalisten)

angeschlossen an die Internationale  
Arbeiter Assoziation I.A.A.

Redaktion und Vertrieb: Ortsgruppe Döbling  
Postgasse 60/926 A 1110 Döbling  
Preis pro Exemplar DM 1.50, ab fünf Stück DM 1.-  
Abonnement: sechs Ausgaben DM 15.-  
zwei Ausgaben DM 28.- (Vorausbezahlung)  
Postgasse 60/926 A 1110 Döbling  
BLZ 500 10060

Die Direkte Aktion erscheint zweimonatlich.  
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben  
nicht unbedingt die Meinung der Herausgeber wieder.

Propagandisten des KRISTOS  
Hintermänner der Contra  
Internationale Gesellschaft für Menschenrechte

Was ist das für eine Gesellschaft?  
- die ist, an vorderster Front die nicaraguanische Revolution diffamiert.  
- die über hochkarätige rechtsradikale Kader Verbindung hält zu antikommunistischen Soldatengruppen in allen Regionen der Welt.  
- die den psychologischen Krieg gegen die sozialistischen Staaten führt.  
- wer sind ihre Mitglieder?  
- wie sind ihre Verbindungen zu Geheimdiensten?  
- wie sind ihre Verbindungen zu anderen reaktionären bis faschistischen Organisationen im Gefilde des sogenannten "Schwarzen Internationals"?  
Die Broschüre soll die "wichtige, Ideologie und Arbeitsweise dieser "heimlichen Gesellschaft" erschellen und Material liefern, um ihr politisch den Kampf anzusagen."



84 Seiten, Vertrieb gegen Vorauskasse von 5 DM pro Exemplar und Porto über Arbeitskreis Nicaragua, Mainzer Landstr. 147, 5000 Frankfurt. Kontonr. P-Büro, 800-Frankfurt, Kto-Nr. 1755311800



# Der Faschismus kommt als Strafe, wenn man die Revolution nicht vorantreibt!

- Clara Zetkin -



Grundsätzliches zum antifaschistischen Widerstand:

Kampf gegen Faschismus heißt sozialrevolutionärer Kampf gegen Imperialismus und Staat!

Anstoß für den nachfolgenden Text ist der Plan der faschistischen NPD, hier in Göttingen im Frühjahr 87 ihren Landesparteitag abzuhalten. Im darauffolgenden 'Bündnis zur Verhinderung des NPD-Parteitages' kam es zu einer Reihe zäher Debatten, die z.T. ganz grundsätzliche, selbstverständliche antifaschistische Positionen überraschend in Frage stellten; und das, obwohl weitgehend Einigkeit darüber besteht, daß der aktuelle Antifaschismus die momentane "Konjunktur" für rassistische, revanchistische und chauvinistische Strömungen dringend notwendig einbeziehen muß (z.B. Hetze gegen Flüchtlinge, faschistische Anti-Aids-Praktiken in Bayern und anderswo, Vertriebenentreffen, "deutscher" Wahlkampf usw.). Ein Dreh- und Angelpunkt war die zermürbende Diskussion, ob denn der Kapitalismus tatsächlich der Motor des Faschismus ist. Unsere Unzufriedenheit, daß über ein solches Kernelement antifaschistischen Selbstverständnisses überhaupt diskutiert werden mußte, war ein entscheidender Auslöser, uns zusammenzusetzen, um eine grundsätzliche gemeinsame Position für den antifaschistischen Widerstand zu erarbeiten. Und dabei gehen wir - entlang dem "Modell Deutschland" - davon aus, daß ein wirksamer und entschlossener antifaschistischer Widerstand stets auf die zwei elementaren Bedingungsfaktoren für Faschismus zielen muß - nämlich auf den imperialistisch entwickelten Kapitalismus und auf den Staat.

Dabei wird schnell klar:  
**DER FASCHISMUS HAT EINE UNGEBROCHENE TRADITION!**

**DER KRIEG WAR ZU ENDE, DER IMPERIALISMUS ÜBERLEBTE!**

Der Faschismus bzw. die ihn tragenden Strukturen von Ausbeutung und Vernichtung sind hier nie wirklich besiegt worden. Als die Westalliierten Truppen 1945 das Land besetzten, verhinderten sie alle Versuche zum Aufbau autonomer Arbeiterorganisation aus den illegalen Gruppen, die bis dahin den antifaschistischen Widerstand getragen hatten, zerschlugen alle Versuche der ArbeiterInnen, die Fabriken zu enteignen, besetzten alle wichtigen Stellen in den Verwaltungsapparaten mit moderaten Partei- und Gewerkschaftsfunktionären, Vertretern von Kapital, Justiz und Militär, die in der Regel unter Hitler ihre Erfahrung gesammelt hatten.

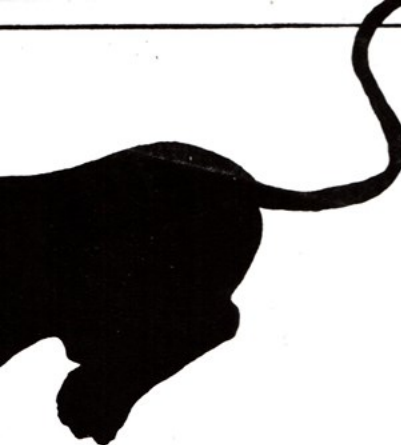
General Clay, Militärgouverneur der US-Zone, definierte die Ziele der USA recht genau: "Das, worauf wir letzten Endes hinauswollen, ist doch die Erhaltung der freien Wirtschaft in Deutschland, sonst könnte der Einfluß der Kommunisten unsere Unternehmen gefährden. Ich bin der Überzeugung, daß es heute in Deutschland nur zwei Möglichkeiten gibt: freie Wirtschaft - oder Sozialismus."

So konnten z.B. die IG-Farben-Bosse, exponierte Vertreter des deutschen Kapitals, die als Kriegsverbrecher in den Gefängnissen saßen, von einer ihnen freundlichen Gesinnung ihrer US-amerikanischen Klassenbrüder ausgehen. Sie wußten, daß diese alles tun würden, um das deutsche Proletariat nicht an die Macht kommen zu lassen. Diese Freunde kamen und saßen bald in allen US-Besatzungsgremien bis hin zum Gerichtshof im Nürnberger Prozeß; in dem neben den deutschen Wirtschaftsbossen vor allem die politischen Führer als Kriegsverbrecher angeklagt waren und der propagandistisch als Entnazifizierungskampagne ausgeschlachtet wurde. Als 1947 die Verhandlungen in Nürnberg eröffnet wurden, begann eine elfmonatigen Justiz-Komödie nach US-amerikanischem Format:

Die Auswahl der Richter erklärt viel. Dazu müssen wir auf die Zeit vor 1945 zurückgreifen. Die US-Privatbank Dillon, Read & Co. finanzierte nach 1918 das deutsche Monopolkapital. James Forrestal, Präsident von Dillon, wurde bei Ausbruch des 2. Weltkrieges von der IG-Farben dazu aus-ersehen, die General Aniline and Film Corp., größtes IG-Farben-Unternehmen in den USA, zu übernehmen. Forrestal war von 1947-49 US-Kriegsminister; General William Draper, sein Stellvertreter, leitete die Wirtschaftspolitik im besetzten Deutschland. Sie bestimmten Howard C. Petersen, die Richter für die Aburteilung der IG-Farben-Direktoren auszuwählen. Und dieser Petersen war ein ehemaliger Teilhaber der New-Yorker Anwaltsfirma Cravath, Gersdorff, Swaine & Wood, die vor und nach dem Krieg die Interessen der IG-Farben in den USA vertrat. Das war kein Zufall. In allem legten sie es darauf an, Entnazifizierung nur in dem Sinne durchzuführen, daß die herrschende Klasse ihre Verbrechen mit reingewaschenen Händen fortführen konnte.







### Zum Zeitablauf:

Die Uhrzeiten geben nur den Beginn der Arbeitsgruppen an, diese gehen je nach Vorbereitung und Bedarf auch über mehrere Tage.

### DONNERSTAG:

- 19.00 Eröffnungsplenum
- 20.00 Veranstaltungen/AG's
  - V.4. Krieg Iran - Irak
  - III.5. Polizeiwaffen - Dias, Infos

### FREITAG:

- 10.00 Plenum: Einführungsreferate zu
  - I.1. / I.2. / I.3. / III. / IV.
- 12.00 Veranstaltungen/AG's
  - I.1. Der tägl. Kampf ...
  - I.2. Bestimmung sozialer ...
  - I.3. Versuch einer Kritik ...
  - II.3. Vorstellungen der ...
  - II.1. Anarcho-Syndikalismus

- 15.00 II.4. Anarchisten und Homosexual.
- IV. Frauen AG
- III.4. Aktuelle ökon. Kämpfe
- 18.00 VI.2. Selbstschutz
- 20.00 ATHEISTENFETE

### SAMSTAG:

- 10.00 Plenum: Einführungsreferat zu Punkt V.
- 12.00 Veranstaltungen/AG's
  - V.7. Italien
  - III.1. Ökonomie
  - VI. Frauen AG
  - II.2. Vorstellungen der ...
  - I.1. Der tägliche Kampf ...
  - I.2. Bestimmung sozialer ...
  - I.3. Versuch einer Kritik ...
- 15.00 V.6. Eritrea
  - VI.1. Volkszählung
  - II.5. Knast und Gefangenearbeit
  - V.3. Osteuropa
- 20.00 Veranstaltung zum Thema AIDS

### SONNTAG:

- 10.00 Plenum
- 11.00 Veranstaltungen/AG's
  - V.2. Griechenland
  - V.8. AG Internationales
  - II.2. Antipädagogik
  - III.2. Innere Sicherheit
- 15.00 V.1. Libanon
  - V.5. Frankreich
  - II.6. Kultur
  - II.7. Medien
  - III.2. Jobber
- 20.00 FEST

### MONTAG:

- 11.00 Abschlusssplenum

danach großes gemeinsames Aufräumen!

### ADRESSEN:

Vorbereitungsgruppe: "Libertäre Tage"  
c/o LZ, Kriegsstr. 38, 6 Ffm I

Autonome/Ffm, c/o LZ

FLI/Morbach-Merscheid  
c/o LiD, Dörrwiese 4, 5552 Morbach-Merscheid, Tel.: 06533/3534

SRKK, Ralf G. Landmesser,  
Rathenower Str. 23, 1 Berlin 21,  
Tel.: 030/3947894

AKTION und FAU/Ffm, Kriegsstr.38,  
6 Ffm I,

Sicherheitsgruppe c/o LZ,

FAU-Köln, Postlagerkarte 092 822  
A 5000 Köln I

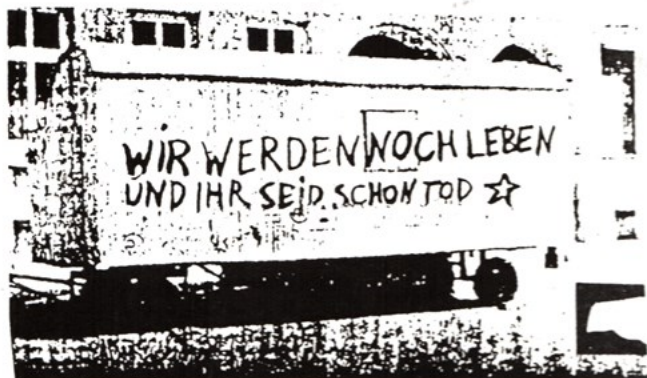
Jobberini-Ffm c/o LZ

Haberfeld, c/o Ramona Hallama  
Sackgasse 4, 7147 Nussdorf

Sanigruppe Rhein-Main, Mainzer Landstr  
147, 6 Ffm I

Autonome Frauen c/o LZ

Michael Wilk, Herderstr. 35,  
62 Wierbaden





einer geheimen Denkschrift erläuterte der amerikanische Hauptankläger im Nürnberger Prozeß dann auch folgerichtig, warum die Prozesse unzweckmäßig seien: "Ich bin gegen derartige weitere Prozesse, und kann sie der Regierung der USA nicht empfehlen. Von unserem amerikanischen Standpunkt aus bringt ein solcher Prozess gegen die Industriellen nur sehr wenig Nutzen; das Risiko hingegen, daß wir mit ihm laufen, kann ungeheuer groß werden. Ich hege die Befürchtung, daß eine sich über lange Zeit erstreckende Attacke gegen die Privatindustrie - und zu einer solchen würde es im Laufe dieses Prozesses kommen - den Industriekartellen den Mut nehmen könnte, weiter mit unserer Regierung im Rahmen der Rüstungsmaßnahmen, die im Interesse unserer zukünftigen Verteidigung getroffen werden müssen, zusammenzuarbeiten."

Diejenigen, die diesen Interessen entgegen standen, Kommunisten, autonome ArbeiterInnen, (nichtbürgerliche) Antifaschisten, wurden verfolgt, ihre Arbeit zunichte gemacht - auch wenn unmittelbar nach der Befreiung vom Faschismus z.B. eine Reihe KommunistInnen alibimäßig noch eine Zeitlang geduldet wurden. Die Militärregierung griff den aus dem Nazideutschland noch lebenden Antikommunismus auf, und förderte ihn propagandistisch; behinderte die Arbeit der antifaschistischen Komitees und der KPD und verbot ihre Zeitungen. Alle die, die gegen die Wiederherstellung der kapitalistischen Herrschaft und gegen die Remilitarisierung kämpften, wurden verhaftet, aus Betrieben entlassen, waren ständig dem staatlichen Terror ausgesetzt.



Die Großdemonstrationen zwischen 1950 und 1953 gegen diese Politik wurden brutal zerschlagen, am 11. Mai 1952 wurde in Essen bei einer dieser Demonstrationen der Kommunist Philipp Müller während eines Bulleneinsatzes erschossen. (Er läßt sich einreihen in eine Kette von ermordeten Widerstandskämpfern, wo hier nur einige genannt seien: Benno Ohnesorg, Georg von Rauch, Willi Peter Stoll, Elisabeth van Dyck, Holger Meins, Ulrike Meinhof, Gudrun Ensslin, Jan Carl Raspe, Andreas Baader, Sigurd Debus, Olaf Ritzmann, Klaus Jürgen Rattay, Günter Sare...)



Alle Macht den Räten

"Es war in der Tat ein widerliches Spiel, das dort in Bonn gespielt wurde. Jeder Artikel des Grundgesetzes, der vom Parlamentarischen Rat verabschiedet wurde, mußte der amerikanischen, britischen, und französischen Militärregierung zur Genehmigung vorgelegt werden. Nur sie entschieden, wie die Verfassung auszu sehen habe. Auf einer Großkundgebung in der Düsseldorfer Rheinhalle erklärte ich (Max Reimann - d.Verf.), daß Dr. Adenauer und andere Mitglieder des Parlamentarischen Rats nichts anderes seien als 'alliiertes Hilfspersonal', die das deutsche Volk ebenso verraten, wie Quisling das norwegische Volk an Hitler verriet.

Der Abschluß der Tätigkeit des Parlamentarischen Rates war im wahrsten Sinne des Wortes seiner würdig: Als die Herren alle Artikel des Grundgesetzes

ausgearbeitet hatten, wurden Vertreter der CDU, der SPD und der FDP zum Amtssitz des General Clay ins IG-Farben Hochhaus in Frankfurt bestellt, wo ihnen mitgeteilt wurde, welche Veränderungen sie auf Anweisung der Militärregierung noch an dem Verfassungstext vorzunehmen hätten... Er (Clay) rief eine Patrouille der Militärpolizei, sperrte die Herren Abgeordneten in ein Zimmer des IG-Farben-Hochhauses ein, und teilte ihnen mit, sie könnten erst dann nach Hause, wenn die gewünschten Änderungen durchgeführt seien.

Noch am selben Abend desselben Tages fuhren die Herren auch tatsächlich nach Hause - sie hatten den Befehl durchgeführt, getreu ihrer Rolle als alliiertes Hilfspersonal." (Max Reimann, Vorsitzender der KPD, aus: P.W. Schreiber, IG Farben - Die unschuldigen Kriegsplaner)

Der alte Generalstab konnte sich gut gedeckt und gefördert an den Aufbau einer neuen Armee machen. Die Kriegsplaner, SS-Freunde, Zyklon-B-Produzenten und Hitler - Finanziere hatten es wieder geschafft. Wirtschaft und Staat des Kapitals waren wieder aufgebaut, das Zusammenspiel von Besatzungsmächten, deutschen Kapitalisten, Bankiers und den bürgerlichen Parteien und Gewerkschaften hat dies möglich gemacht und macht es heute immer noch möglich.

**RESIST  
REVOLT  
REBEL**



# DIE KONTINUITÄT DER VERNICHTUNG WIRD GEWAHRT KAPITALISTISCHE AUSBEUTUNG BEDINGT IMPERIALISTISCHE AGGRESSION

Mit Hilfe des deutschen Kapitals haben NATO und BRD 1980 in der Türkei eine faschistische Junta an die Macht gebracht, weil ihre Interessen an der Türkei als Stützpunkt gegen die Sowjetunion und die Befreiungsbewegungen im Nahen und Mittleren Osten durch den Widerstand des türkischen Volkes bedroht waren:

Viele Gebiete waren bereits befreit, amerikanische Stützpunkte in Gefahr und 240000 Arbeiter befanden sich im Generalstreik. Matthöfer und Kiep besorgten der Junta Geld, Bundeswehr und BKA stellten ihnen alle Mittel und Waffen zur Verfügung, um den türkischen Widerstand zu vernichten. So wurden Siemens- und AEG-Computer zur Aufstandsbe-kämpfung geliefert. Genscher sowie die Verwaltungsgerichtshöfe scheuen sich nicht, Todesurteile, Massenprozesse und Folter als "kriminaltechnische Besonderheiten" und notwendig zur "gewaltsamen Er-zwingung von Aussagen" zu legitimieren.

Die Asylverfahren werden stän-dig verschärft, Flüchtlinge aus der Türkei in den meisten Fällen abgeschoben, über 80% aller von der türkischen Junta angeforderten Personen ausgeliefert und damit Folter, lebenslanger Haft und Hinrich-tungen ausgesetzt. Im ganzen Bundesgebiet werden für die Flüchtlinge Sammellager ein-gerichtet. Allein 14 davon in Niedersachsen, in die die Men-schen systematisch verteilt werden: ruhige und integrier-bare kommen z.B. nach Isernhagen bei Hannover, auffällige, die sich zusammengeschlossen, Demos oder Hungerstreiks orga-nisiert haben, nach Middels-fahr oder Osnabrück. Diese Spaltung zusammen mit der Internierung, den Schikanen des Sozialamtes, Kürzungen der Unterstützungsgelder und der Zwangsarbeit, sollen verhin-dern, daß es den türkischen und anderen ausländischen Ge-nossInnen möglich ist, sich auch nur im Ansatz politisch zu engagieren, daß wir Mög-lichkeiten haben, unseren Kampf hier mit ihnen gemeinsa-m zu führen, und daß eine rei-bungslose Abschiebung garanti-ert ist. Außerdem ist es diesem Staat natürlich mög-



der BRD ab Sommer 1986 eine bisher beispiellose rassistische Hetzkampagne gegen die Flüchtlinge ("Asylanten"), die diese auf zwei Hauptschienen diskriminiert: Angesichts zu-nehmender Bevölkerungsgruppen, deren Arbeitsplätze durch öko-nomische Umstrukturierungsmaß-nahmen wegrationalisiert wer-den, die gezwungen sind, befristete Arbeitsverträge anzunehmen, die von Sozialkne-ten leben oder jobben müssen, wobei die soziale Sicherung immer mehr ausgehöhlt und das Streikrecht allmählich abge-schafft werden, hat die von oben gesteuerte Anti-Flücht-lings-Hysterie die Flüchtlinge gezielt als "Schnorrer" aufge-baut ("Schein- oder Wirt-schaftsasylanten") um die Wut vieler auf das System auf ei-nen "äußeren" Feind umzu-lenken.

Die zweite Hetzschiene liegt in der politischen Funktion imperialistischer Aufstandsbe-kämpfung die auch über den BRD-Rahmen hinausweist. Flüchtlinge werden in den Kontext des internationalen Terrorismus gestellt ("La Belle"-Anschlag in West-Berlin = Legitimation für den Über-fall auf Libyen und verstärk-ter Abschiebung arabischer Flüchtlinge; das gleiche wie-derholte sich im Zusammenhang mit den denunziatorischen Festnahmen im Saarland - de- "Fall" Hamadei). Flüchtlinge werden so entweder nach innen als "Schnorrer" oder nach au-ßen als "Terroristen" abge-stempelt.



Die Grenzen zwischen Fas-chisten und bürgerlichen Or-ganisationen sind dabei mehr als fließend. So hat z.B. die CDU die Parolen der NPD zur "Ausländer- und Asylpraktik" längst übernommen und inzwi-



Als flankierende Maßnahme für diesen Vernichtungskrieg gegen den Widerstand in der Türkei arbeitet hier der Verfassungsschutz mit den Grauen Wölfen, einer faschistischen türki-schen Organisation zusammen. Auch die offiziellen deutschen und türkischen Behörden ar-beiten ständig eng zusammen. So versuchen die Bullen hier die Personendaten von türki-schen und kurdischen Linken zu registrieren, zum Beispiel bei Flugblattaktionen, bei Ver-einsgründungen oder auch über das Ausländerzentralregister, die dann über eine direkte Computerverbindung vom BKA in die Türkei übermittelt und dann abgecheckt werden.

lich, diese Lage in einer es-kalierten Situation auch strikt gegen uns zu wenden. Darum ist es möglicherweise auch nur noch eine Frage der Zeit, wann man diese Sammella-gere wieder Konzentrationslager nennen kann, die KZ-Syndrome wie Apathie, Depressionen und Nahrungsverweigerung haben sich bei den Internierten bereits eingestellt.

Auch in jüngster Zeit, nach dem Überfall der Yankee-Imperialisten auf Libyen, wachsender Unruhe in der BRD wegen Tschernobyl, entschlos-senem Massenwiderstand in Wackersdorf, fleißiger Sägearbeit im ganzen Lande, inszenierten die Herrschenden in



schien in die Praxis umgesetzt. Durch die Propaganda von "Asylantenströmen" und "Überfremdung" sowie die parallel dazu aufkommende "neue deutsche Identität" und das angeblich wiedererwachende deutsche Nationalgefühl (CDU: "Weiter so, Deutschland", SPD: "Den Besten für Deutschland") entstehen in zunehmendem Maße rassistische Strömungen, die wieder zw. "Herren- und Untermenschen" unterscheiden - besonders deutlich der jüngste bayrische Anti-Aids-Vorstoß, der Zwangsuntersuchungen für Ausländer fordert, wobei problematisiert wird: zwischen der Integrität der Mittel- und Nord-Europäer ("Arier") und "durchseuchungsgefährdeten" Südeuropäern ("Nicht-Arier, Untermenschen"). Dabei kam diese rassistische Hetzkampagne gegen Flüchtlinge und Ausländer keineswegs über Nacht. Schließlich hat der Rassismus hier schon lange Tradition - im Faschismus z.B. gegen die Juden und die sowjetischen Völker. Schon seit 1950 wird von staatlicher Seite Rassismus in der deutschen Bevölkerung geschürt. Die Ausländer wurden angeworben, um die Drecksarbeit beim Wiederaufbau zu machen, um sie als Lohndrücker gegen die deutschen ArbeiterInnen einzusetzen und damit alle ArbeiterInnen entlang kultureller und nationaler Unterschiede zu spalten, um sie gegeneinander zu hetzen. Den deutschen Arbeitslosen sollen in altbekannter Manier die Ausländer als Sündenböcke für ihre Misere vorgeführt werden, über deren Bekämpfung sie dann angeblich ihr Los verbessern können. Wie Hitler die Polen und sowjetischen Menschen, wie die US-Kapitalisten die Schwarzen, so benutzt das BRD-Kapital die Italiener, Jugoslawen und Türken und reduziert sie auf ihre ökonomische Funktion, entweder nützlich oder überflüssiger Ballast zu sein.

#### FRIEDHOFSRUHE DURCH KONTROLL-OFFENSIVE

Um die Friedhofsruhe im eigenen Land herstellen zu können, perfektioniert dieser Staat aber auch seine Programme der totalen Kontrolle über die eigene Bevölkerung. Er versucht, jeden Funken, der sein Gebäude der Macht hier zum Entflammen bringen könnte, auszulöschen. Die Herrschenden wollen ihr neuestes Projekt auf diesem Gebiet im Mai in Angriff nehmen. Sie nennen es Volkszählung, was angenehm und harmlos in den Ohren klingt, und doch nichts anderes ist als der Versuch, jeden Menschen hier in seinen gesamten Lebenszusammenhängen total zu erfassen und zu verdaten. Und sollte sich tatsächlich jemand

IR-Ü- No 188  
- 17 -  
Zuzug in die Bezirke  
Kreuzberg, Tiergarten  
nicht gestattet.

So werden Ausländerhaß und Rassismus als Ventil in Situationen der ökonomischen Krise und wachsender innerer Unruhe produziert. Insofern geht die isolierte Betrachtung und die Empörung über die wachsende Ausländerfeindlichkeit, die als humanitäre Geste auftritt, an der Wirklichkeit vorbei. Sie übersieht die Bedeutung der ausländischen ArbeiterInnen für die politische Stabilität der BRD, und sieht

## Aufenthaltserlaubnis für die Bundesrepublik Deutschland einschl. des Landes Berlin

bis zum 7. Juli

Selbständige Erwerbstätigkeit oder vergleichbare unselbständige Erwerbstätigkeit nicht gestattet.

Berlin 61, den 12. FEB. 1984

Der Polizeipräsident in Berlin

Ref. Ausländerangelegenheiten

- 8 - Ord B

Im Auftrag

mieren zu können. Gerade wegen des wachsenden internationalistischen Bewußtseins (Demonstrationen und direkte Aktionen zu Libyen, Südafrika, Iran-Irak, Libanon...) will die zweischneidige rassistische Hetzkampagne am Ansatzpunkt für den gemeinsamen Kampf gegen Imperialismus und für Freiheit durch soziale Revolution greifen.



der grenzenlosen Neugier der Fragebögen nicht stellen wollen, so wird er zunächst mit einer Geldstrafe bis zu 10000 DM, später mit Erzwingungskraft gezwungen. Gefragt wird nach Wohnung, Anzahl der Räume, Miete, Telefonanschlüsse, Fernsehen, Mitbewohnern, den Beziehungen untereinander, dem Arbeitsplatz, den KollegenInnen, ihren Gewohnheiten, den Steuern, nach Auto, Garage, schulischer Bildung, sozialer Herkunft, Krankheiten, schlichtweg nach allem, was an Daten von einem Menschen erfragt werden kann. Und gespeichert wird alles zentral im Statistischen Landesamt, das so zum Selbstbedienungsladen wird für Firmen, Banken, Finanzämter, Vermieter, Bundespost, Bundeswehr, Verfassungsschutz, BKA und LKA.







hängig ob von CDU oder SPD getragen, eine präzise funktionierende Waffe in die Hand, die es braucht, um jeden nicht in seinem Sinn funktionierenden Menschen und jede an-greifende politische Bewegung in welchem Winkel der Republik auch immer zu erfassen und zu bekämpfen.

Was unseren Vergleich RSHA und BKA anbelangt, wollen wir das aber noch genauer erklären. War das RSHA ein staatliches Instrument zur Absicherung des Faschismus, so ist eine Staatsinstitution wie das BKA ein Instrument zur Absicherung des Reformismus, oder anders ausgedrückt des politischen Imperialismus. Mit politischem Imperialismus meinen wir, daß es der Imperialismus bei uns noch nicht nötig hat zur re-lativen militärischen Aggression noch militärischen Integrati-onen militärischen Aggression zu übergehen. Das ist deshalb so, weil es bei uns in den Me-tropolen noch des Grundlichen überzeugen, daß der "Sozial-ismus" gibt, daß der "Sozial-staatsgedanke" noch grundsätzlich von einem bürokratischen Massenkonsens getragen wird, die ideologische Propaganda des Systems noch weitgehend akzeptiert wird. Daß dies nur aufgrund der Ausbeutungs- und Vernichtungspolitik in der so-

verschärft wird die staatliche Kontrolle auch durch die Ein-führung des neuen maschinen-lesebaren Personalausweises ab 1.4.87. der Knackpunkt ist die damit ermöglichte immense Steigerung der "Kontroll-dichte" bei Personalaus-überprüfungen und beim Grenz-überschreitenden manuellen Grund der derzeitige "Kon-troll-dichte" nur bei 3-4%. Die Abfrage der manuellen Ab-ra-ersetzung durch die maschinelle wird diese "Dichte" enorm steigern, Personenbewegungen - und kontrollierbar. Was damit das BKA vom Reichs-

Madrid

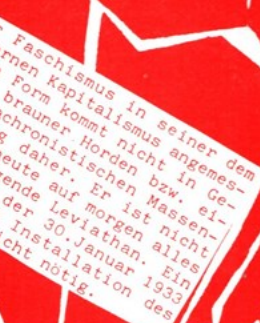
genannten Dritten Welt so ist, dieses Zusammenhang ist im Verhältnis nur sehr deswe-gen hier klar. Und genau deswegen haben wir es mit unserer auto-nomen und sozialrevolutionären politischen Arbeit so schwer. Der Imperialismus ist dabei nicht nur bei uns konsens-fähig, sondern ist in Form des reformistischen Systems auch da exportfähig, wo er am ver-nichtendsten und direktesten wütet - in den Peripherien (z.B. Argentinien, Peru, Philippinen). Darüberhinaus kommt es im kei-nwegs einheitlichen imperia-listischen Block zu teilweise harten Interessenkollisionen (Erdgasrohrngeschäft, Einfuhr von Farbfarnsensystemen, Libyen), und es bestehen ele-mentare gesellschaftsstruktu-relle Unterschiede zwischen einem industriellen Kernstaat imperialistischen Kernstaat

sicherheitshauptamt (RSHA), die MEKs (Mobile Einsatz-kommandos, eingesetzt z.B. in der Star tbahn West, bei Wackerräumen) von der SS und die politische Polizei von Hauserräumungen und per-Häuserdurchsuchungen ihrer die modernisierte Technologie der fektion: die totale Daten-Verfolgung: die totale Was-Verfassung in Zentralcomputern, Hubstrahler, Knapp unter der Notungsschwelle gehaltene Was-serwerfer und für jeden kleinsten Bullen und für jeden Ort, Videokameras und den für jeden Bullen erscheinenden wissenschaftlich erforschten Isolationskammer in den Gefängnissen. All das hat gekoppelt mit brutaler unab-gibt dem heutigen Regime

wie der BRD und imperia-listische Randstaaten wie Irland, Spanien oder Portugal (was sich z.B. an dem unter-schiedlich starken Klassenbe-wußtsein in den jeweiligen Ländern zeigt).

Seoul









Die Kontinuität des Imperialismus spiegelt sich auch in seinen aktuellen Projekten wider, wo das Fundament dieses Staates, Profit, Ausbeutung, Vernichtung und Unterdrückung von Leben offenliegt, und das sind AKWs, Stationierung der Mittelstreckenraketen, Vernichtungshaft, Startbahn West, Prozesse als Bekämpfungsprogramm, Wackersdorf. Gegen diese Projekte hat sich Protest und auch Widerstand entwickelt. In den letzten beiden Jahren hat sich der Widerstand radikalisiert, er ist militant geworden, womit nicht nur die Widerstandsform gemeint ist, sondern auch die Haltung zum Staat, aus der heraus keine Wahlen, keine Verhandlungen, kein Angebot und kein Friede möglich sind. So haben viele Gruppen und Bewegungen die Erfahrung gemacht, daß es gegen die Politik des Kapitals, die imperialistischen Großprojekte keinen Rechtsanspruch gibt, daß die bürgerlichen Gesetze und die Verfassung nichts aufhalten, und daß das Gerede von Demokratie und Mitbestimmung nichts als Fassade ist. In den Kämpfen an den verschiedenen Punkten konnten wir und andere mit uns die Erfahrung machen, daß einzelne Projekte der Herrschenden nicht zu verhindern waren: die AKWs Grohnde und Brokdorf wurden gebaut, die Hochsicherheits-trakte stehen, die besetzten Häuser wurden geräumt und auch Pfingsten 86 hat Wackersdorf nicht zum Stoppen gebracht. Bei der Durchsetzung dieser zentralen Projekte hat das Sy-

stem keinen Spielraum mehr. Sobald die militärischen und ökonomischen Grundlagen seiner Existenz und Herrschaft angegriffen werden, wird der Widerstand mit dem ganzen Machtapparat konfrontiert. So wurden die Häuser geräumt, weil das System es sich nicht leisten konnte, daß die Eigentumsfrage, die durch die Entwicklung im Häuserkampf gestellt war weiter und von anderen aufgegriffen wird.

An den jüngsten Häuserräumungen wird noch mehr deutlich: die im Unterschied zu 80/81er-Bewegung tendenziell gestiegene politische Qualität von Häuserkampf (Häuser als konkrete Weiterentwicklungspunkte für Befreiungskampf, Schaffung besserer Zusammenarbeitsstrukturen unter uns) war für den Staat Anlaß genug, solche Entwicklungsmöglichkeiten schnellstmöglich zu zerschlagen - Stichwort: präventive Aufstandsbekämpfung (Kesselstrategie, Bughladenrazzien; vgl. Aktion 25, S.6-15; auf der gesetzlichen Ebene wird diese Entwicklung ergänzt durch die Erweiterung der Straftatbestände des Paragraphen 129a StGB, der Wiedereinführung des Zensurparagraphen 130a StGB, durch die angestrebte Kronzeugenregelung und vor allem durch die Kompetenzerweiterung für Bundesanwaltschaft und BKA). Da bricht was auf. Über den Häuserkampf als Befreiungskampf können wir besonders gut den Zusammenhang von (Teil-) Sanierung und Umstrukturierung von Arbeit klarmachen: Als

letztendliche Aufstandsbekämpfung, die ganz elementar in das Leben der Leute eingreift - auseinanderreißend, entfernend, zerstörend, manipulierend.

Auch die Startbahn-West mußten sie bauen, um, geschützt durch ein ständiges Bullenaufgebot, ständige Kontrollen der politischen Polizei in den Dörfern, den Schnellen Transport von Kampftruppen gegen die Befreiungsbewegungen im Nahen Osten zu garantieren. Für einen großen Teil der Bevölkerung in dieser Region sind die Machtverhältnisse klargeworden, und daran hat sich der Widerstand entwickelt und wird sich weiter radikalisieren. Das hat sich in Wackersdorf fortgesetzt, wo der Bevölkerung nicht nur in großem Maßstab die staatliche Gewalt sehr schnell klar wurde, sondern vielfach selbst am entschlossenen Widerstand teilnahm. Die Startbahn-Erfahrung hat sich dort verbreitern können.

Projekte, die existentiell für das Bestehen dieses Staates sind, können nicht isoliert verhindert werden. Von daher muß es darum gehen, alle Kämpfe so zu führen, in dem Inhalt und in der Entscheidung, daß sie an der Substanz des Systems nagen und sich dahin entwickeln, seine Stabilität anzugreifen.

Das gilt gerade für den aktuellen Antifaschismus, der gezielt da ansetzen muß, wo (neo-) faschistische Angriffe auf ausländische Genossinnen und uns erst möglich werden: d.h. wo ihr verstärktes Auftreten in jüngster Zeit sich in einer gesamtgesellschaftlichen Atmosphäre vollziehen kann, die einem solchen Aufkommen nichts entgegensetzt. Und klarzumachen, warum dies so ist/sein kann: weil neben der Verschärfung von Repression von oben gesteuerter Rassismus die zweite Hauptsäule von Herrschaftssicherung in unserem Scheißsystem darstellt. Weil Faschismus und Kapitalismus das gleiche Ziel verfolgen: die Herrschaft des Kapitals zu halten und die Revolution zu unterdrücken.





eshalb kann Antifaschismus  
ur antikapitalistisch und so-  
zialrevolutionär sein. Und  
eben direkten Aktionen gegen  
verantwortliche Instanzen und  
Unterstützer des faschis-  
tischen Aufwindes in der BRD  
müssen AntifaschistInnen öf-  
fentlich -offensiv für eine  
umgekehrte Änderung der ge-  
sellschaftlichen Atmosphäre im  
Land wirken - dem Rassismus  
und den faschistischen Prak-  
tiken der Herrschenden eine  
Atmosphäre entgegensetzen, die  
das Stillhalten der Masse, ih-  
re passive Duldung faschis-  
tischer Tendenzen durchbricht  
und umkehrt.

Das können Stadtteilstreiks  
ausländischen GenossInnen  
sein, sowie generell das  
Streben nach verstärkter Zu-  
sammenarbeit mit ihnen voran-  
zutreiben, auf gemeinsamen De-  
mos und Aktionen mit staats-  
feindlichen, sozialrevolutio-  
nären Inhalten - gegen



Der größte Dreck, der uns  
bekannt, das ist das deutsche  
Vaterland!  
Zerschlagung des Faschismus  
durch sozialrevolutionären  
Freiheitskampf zusammen mit  
unsere ausländischen Freun-  
dinnen und Genossinnen - gegen  
Staat und Kapital internatio-  
nal!

AG aus Leuten von Antifa Göt-  
tingen und Libertäres Plenum  
Göttingen



<sup>1</sup>Die Entwicklungen in der So-  
wjetischen Besatzungszone in  
dieser Zeit bleiben in dieser  
Betrachtung ganz außen vor, da  
die gesellschaftlichen Kräfte  
und Zusammenhänge hier relativ  
anderer Natur waren und einer  
gesonderten Analyse bedürfen.

Quellen: Der Faschismus hat  
eine ungebrochene Tradition.  
Autonome und Antimperiali-  
stische Gruppen. Flugblatt 83.  
Göttinger Antifa-Info Nr. 1,  
2/87.

Unsere Grenzen sind nicht die  
zwischen den Nationen, sondern

zwischen oben und unten! Flug-  
blatt des Infoplenums Göttingen  
von Gruppen und Einzelpersonen  
aus dem autonomen, anti-  
imperialistischen und anarchistischen  
Widerstand und Befreiungskampf.  
Herbst 86, Bundesbürger plastikver-  
schweist. TAZ, 7/3/87.  
P.W.Schreiber: IG-Farben - Die  
unschuldigen Kriegsplaner.

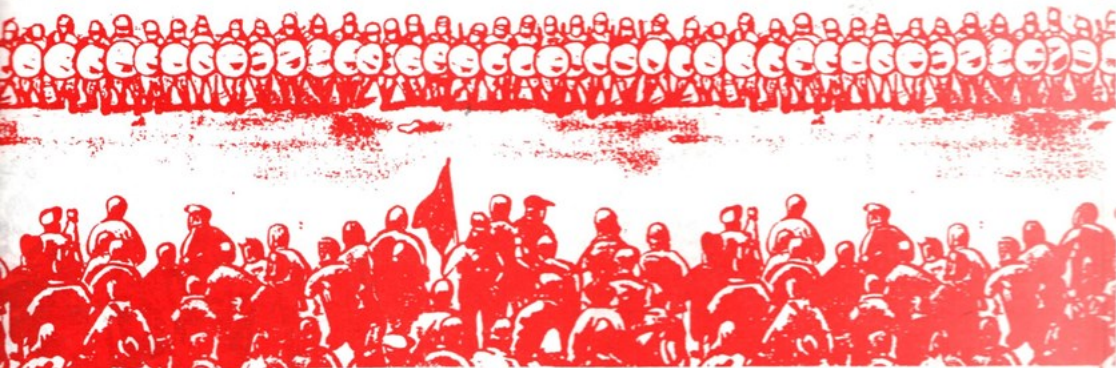
abschiebungen, Sammellager,  
Behördenwillkür, Verbot poli-  
tischer Betätigung, Zwangs-  
untersuchungen, Einschränkung  
der Bewegungsfreiheit, aber  
auch konkret gegen (neo) fa-  
schistische Organisationen,  
Verbände, deren Schutz durch  
die Bullen und die politisch  
Verantwortlichen (die z.B. fa-  
schistische Treffen und Veran-  
staltungen ganz offiziell  
ermöglichen); offensiv klar-  
machen: \*

Beendet eure Streitigkeiten, schließt euch zusammen,  
begriff die Wirklichkeit eurer Situation,  
versteht, daß der Faschismus da ist  
und die Menschen immer noch sterben,  
die gerettet werden könnten,  
daß weitere Generationen sterben oder halb  
abgeschlachtet dahinvegetieren werden,  
wenn ihr nicht handelt.

Tut, was zu tun ist, entdeckt eure  
Menschlichkeit und Liebe in der Revolution.  
Schließen wir uns zusammen

unser Leben für die Menschheit!

GEORGE JACKSON







## "Leben ohne Chefs und Staat"

Da hat er wieder ein Buch verbrochen, der Horst Stowasser, vom Wetzlaer Anarchistischem Dokumentationszentrum, neuerdings Anarchiv benannt: Leben ohne Chef und Staat - Träume und Wirklichkeit der Anarchisten.

Damit gelang ein kleines Opus, daß Anarchismus nicht herkömmlich trocken anbietet, sondern veranschaulicht, was seit mehr als 150 Jahren allgemein unter dem Begriff Anarchismus in Theorie und Praxis subsumiert wird. Anarchismus, obwohl immer wieder totgesagt, doch nie gestorben, und sich trotz aller Widerwärtigkeiten als unausrottbares Unkraut behauptet, gegen alles, was religiös verbrämte oder staatlich autoritäre Unterdrückung und Bevormundung ausmacht. Wer dies Buch zu Geschichte und Lehre des Anarchismus zur Hand nimmt, merkt sofort, daß hier kein weiteres hochwissenschaftliches Buch für die universitätsbibliothekalen Regale geschrieben wurde, sondern daß "Anarchismus" deutlich und verständlich dargestellt wurde. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, beschreibt der Verfasser Gestalten und Gruppen aus den verschiedenen Epochen, schildert deren Kampf um Herrschaftsfreiheit (bisweilen auf humorvolle und unterhaltensame Weise) und vermittelt einen Einblick, wie Anarchismus gelebt werden und Verbreitung finden kann. Dabei stellt er keineswegs nur die abgedroschenen Fälle anarchistischer Geschichtsschreibung vor, die stets dann aus dem Vorratsschuppen herausgekratzt werden, wenn Anarchisterei/innen Andere zu agitieren suchen. Machino, Spanien, Münchner Räterepublik und anderes Bekanntes mehr. Zwar finden sich auch in Stowassers neuem Buch Machino und Spanien '36 im Ansatz dargestellt, Erich Mühsams Räterepublik fehlt indessen. In seinem Vorwort spricht Stowasser von den Anarchisten als den großen Verlierern. Das ist zwar neu bei jenen, die sich dem Anarchismus verschrieben haben, aber es ist nicht minder ehrlich; denn heutige anarchistische Agitatoren zeigen oft brillantes Pathos bei der Verbreitung libertären Gedankengutes. Selten wird aber eingestanden, daß zu allen Zeiten die Anarchisten die großen Verlierer waren. Verlierer allerdings stets, wegen der erschreckenden und brutalen Übermacht jener, die einer herrschaftsfreien Ordnung Feind sind, ganz gleich ob Sozialdemokraten, Kommunisten, Liberale, Bürgerliche, Konservative, Klerikale, Faschi-

Anarchismus ohne Adjektive

(Horst Stowasser: Leben ohne Chef und Staat, Eichbornverlag Ffm 1986)

sten. Eingedenk dessen nennt Stowasser die historischen Anarchisten aber "lachende Verlierer", und zwar deswegen, weil die bisherigen libertär-sozialistischen Experimente nur auf Grund blutigster Niedermetzlung der Staats- und Gesetzesfanatiker inmitten der Entwicklung scheitern mußten, niemals jedoch aufgegeben worden waren, schon gar nicht - entgegen Trotzis Wunschvorstellung - "auf dem Müllhaufen der Geschichte" gelandet sind. An mehreren Beispielen sucht dies der Autor zu verdeutlichen, wobei er bemüht ist, möglichst alle Spielarten anarchistischer Theorie und Praxis (sowohl die der Attentäterei aber auch die der Gewaltlosen) an Hand einiger Beispiele, Mosaiksteine der bis zum heutigen Tag noch nicht geschriebenen anarchistischen Geschichte, gebührend zu würdigen.

Nicht unbedingt die bekanntesten der vielfältigen Leuchtflecken des Anarchismus sind in Stowassers "Träume und Wirklichkeit" versammelt. Es sind auch solche darunter, die heute nicht mehr oder auf Grund unterbliebener Überlieferung nur noch bruchstückhaft bekannt sind. (Ich selbst hatte 1968 - 71 in Mannheim mit einem Kampfgenossen versucht, Erich Mühsams Werk wieder populär zu machen. Selbst an Verlage, die sich heute mit Mühsams Nachlaß dumm und dämlich verdienen, eingesandte Kopien von aus Archiven und Bibliotheken herausgekratzten Mühsam-Essays und Gedichten, wurden nicht berücksichtigt, nur milde belächelt oder gar in den Papierkorb geworfen!)

Wem sind heute schon außer Buenaventura Durruti und vielleicht noch Francisco Ascaso die weiteren führenden Köpfe der CNT/FAI bekannt? Wem ihre Charaktere und Lebenswege? Wer hat überhaupt Kenntnis von jenem argentinischen Sträfling Nr. 155, den seine Mitgefangenen einen "santo" (einen Heiligen) nannten?

Madowitzki, der als 18jähriger russischer Emigrant nach der Niederschlagung einer 1.Mai-Arbeiterdemonstration 1909 in Buenos Aires den für das Massaker verantwortlichen Polizeikolonel Falcón, "preußischer als die Preußen", mittels einer Bombe ins Jenseits beförderte, und der staatlichen Rache bis 1930 ausgeliefert war. Wem ist hier schon die Geschichte des argentinischen Anarchismus geläufig? Oder: Wer ist sich schon dessen bewußt, daß zu Beginn der 20er Jahre im Putz gerade das von anarchosyndikalistischen Bergwerkern mit einem Schläge in die Tat umgesetzt wurde, wovon die heutige Gewerkschaftsbürokratie mit ihrer Arschkriecherei noch meilenweit entfernt ist: den 6-Stunden-Arbeitstag? (Kleines Erlebnis am Rande: Als ich 1981 in einem Speyerer Großdruckunternehmen arbeitete und der IG-Druck Funktionär Hemtsche - ein studierter Jurist - auf einer Betriebsversammlung von "langfristig abzuschaffender Schichtarbeit" faselte, hielt ich ihm entgegen: Die Gewerkschaft sei doch lange Jahre Propagandist der Schichtarbeit gewesen. Ich forderte in meiner Kritik, eingedenk der hohen Arbeitslosenzahlen die Einführung einer vierten Schicht zu je 6-Arbeitsstunden anstelle der drei 8-Stundenschichten. Damals wußte ich noch nichts über jene Umstände, die Stowasser im sechsten Kapitel seines Buches schildert, wenngleich ich auch die selbe Forderung aufstellte, die sowohl die Geschäftsleitung als auch der sozialdemokratisch geleitete Betriebsrat als "dubiose soziale Neuerungen" bezeichnete, für die sie keine Vorreiter sein wollten.). Gerade für diejenigen, die in der Tradition der einstigen Freien Arbeiter Union (FAU) neuerlich eine anarchosyndikalistische Gewerkschaftsbewegung aufbauen, ist das Kapitel zu den Bergarbeitern wichtig,





da es auch bezeugt, daß eine anarcho-syndikalistische Bewegung auf tönernen Füßen steht, wenn sie nur bestrebt ist, die bessere "sozialdemokratische" Gewerkschaft zu sein bzw. sich selbst degradiert zum intellektuellen Diskussionsclub, außerstande, die erworbenen Positionen in die Klasse der abhängig Beschäftigten hineinwirken zu lassen. In wie weit Stowasser allerdings damit recht hat, daß "die neue libertäre Bewegung in Deutschland nach nunmehrigem 15-jährigen Bestand" ihre diversen Pubertätsphasen langsam hinter sich gebracht hat und "mittlerweile eine stabile, sich entwickelnde Gegenkultur aufgebaut hat", mag man in den Bereich der Zweifel rücken dürfen. Auf alle Fälle ist dem Verfasser eine Arbeit gelungen, die mehr als 150 Jahre anarchistische Geschichte mit all ihren Höhen und Tiefen auf engstem Raum in Ansätzen darstellt. Dabei keinesfalls das - wenn es so etwas geben sollte - typisch Anarchistische außer Acht läßt.

Methode und Praxis gesucht haben. Es ist auch und gerade für alle geschrieben, die bislang danach gesucht haben, die Historie des "A" in Einklang zu bringen mit dem Hier und Jetzt. Gerade letzteres mag Horst Stowasser zu diesem Buch bewogen haben; dem immerhin sind es nicht wenige Anarchist/in/en, die wir in heutigen Parteien wiederfinden, vornehmlich bei den Grünen, oder denen wider bessere Wissen das Stimmzettel keine Magendrucke beschert. Stowassers neues Buch ist keine trockene Lektüre. Es ist leicht verdäulich und flüssig zu lesen, besonders für "Anfänger", zumal Begrifflichkeiten und weiterführende Literatur in wenigen Fußnoten kurz erläutert wird. Positiv wirkt sich aus, daß kein Anspruch auf höchste Wissenschaftlichkeit erhoben wird, sondern daß in lebendigen Kurzgeschichten die Fallbeispiele erzählt, daran anschließend der jeweilige geschichtliche Hintergrund der vorausgegangenen "Story" nahe gebracht und als Quintessenz dazu die "Moral" Vergangenheit und Gegenwart zu verbinden sucht.



Sie hält nicht nur bewundernd inne bei längst zu Historie Gewordenem, sie umreißt auch praktizierten Anarchismus aus unseren Tagen, wie etwa im Kapitel 7 ("Das Erdbeben und der frische Wind"), das kaum bekannte Modell "Huehucocoyotl" in Mexiko nach dem großen Beben vom September 1985, oder auch die seit 1955 existierende "Comunidad del Sur", eine Kommune selbstverwalteter Betriebe in Montevideo, mittlerweile auch in Stockholm, die der Autor als einen Wirklichkeit gewordenen Traum von einem Leben ohne Chefs im vierten Kapitel unter dem lapidaren und nichtsagenden Titel "Kinderkram" nachzeichnen versucht. Natürlich erhebt sich die Frage, für wen das Buch geschrieben wurde, wo es doch regelwandweise Anarchismuskultur gibt. Es ist nicht geschrieben für alle intellektuell so erhabenen Anarchist/in/en, die das alles schon zu wissen glauben; es ist geschrieben für diejenigen, die neu zum Anarchismus stoßen wollen und lange nach einem großen Überblick über Möglichkeiten anarchistischer Organisation,

Getreu dem Motto: Aus den Fehlern lernen. Daß Stowasser mit seinem neuen Buch, das Antworten auf viele Fragen der historischen wie auch des gegenwärtigen Anarchismus zu geben sucht, auch für die Bewegung einen Diskussionsansatz bieten kann, beweist die bereits innerhalb von zwei Monaten erschienene Zweitauflage.

Hannes Schmitz




**SCHWARZER FADEN**  
Jahresheft 1988  
für libertäre Kultur und Politik

Der Schwarze Faden will durch Diskussion und Information die Theorie und Praxis der anarchistischen Bewegung fördern und verbreiten. Er tritt für die Bekämpfung eines libertären Gegenwärtigen (Libertäre Zentren, Foren, Föderationen, Kulturinitiativen etc.) ein und versucht Geschichte und Kultur von unten lebendig zu halten.

Inhalt von Nr.23

- ★ Gentechnologie, Mörsersprache,
- ★ Antipädagogik, Soziale Bewegungen,
- ★ Neokonservative, Anarchafeminismus - Bericht über das letzte FAI-Treffen von Friederike Kamann
- ★ RAF-Kritik und autonome Selbstreflexion - von Lupus aus Frankfurt
- ★ Spassguerilla - über notwendige Aktionen ganz anderer Art zusammengestellt von Wolfgang Haug
- ★ § 130a, Kessel-Treiben und andere freiwillig erprobte Herrschaftsmittel
- ★ Neokonservatismus am Beispiel Späths - Libertäre Initiative Tübingen
- ★ Spanienfilme - über den ideologisch-politischen Standort ihrer Macher von Jörg Auberg
- ★ Von der FAUD zur NSDAP - eine Dorfunder Gruppenentwicklung nachgezeichnet von Andreas Müller
- ★ Der arme Teufel - Robert Reltzel neuentdeckt, eine Rezension von Heinz Hug

Einzelnummer: 5,- DM  
SF-Abonnement: 15,- DM  
Sondernummer ARBEIT: 5,- DM  
Sonderdruck: SF 0-12: 10,- DM

Redaktion Schwarzer Faden  
Postfach  
7031 Grafenau-1  
PSK Stuttgart, Kto.-Nr. 574 63-703



# Die direkte Aktion im Westen

Herausgegeben von dem Volksbeauftragten Genossen Bernhard

## "Es brennt noch eine Flamme"

### Hoch die Räteverfassung!

**DIE FLAMME IST NIEDERGEBRANNT, ENTZÜNDEN WIR DARAN EINE NEUE!**

Ich glaube, es war zu dem Film "Sacco und Vanzetti". Da konnte das Treffen organisiert werden, auf das ich gedrängt hatte, auch jetzt nicht ohne Vorbehalte seitens Uli und Dieter. Dabei blieb es mir unverständlich, worin das Problem lag, wenn ein FAU-Aktivist (Freie Arbeiter Union) sich 1984 mit FAUD-Veteranen zum Gespräch trifft. Behutsamkeit, Zurückhaltung, Einfühlungsvermögen sei gegenüber den Alten geboten, erklärten mir die beiden Studenten, die jetzt das Buch "Es lebt noch eine Flamme" herausgebracht haben. Ein Buch, das nicht zuletzt Ergebnis des engen Kontaktes zwischen den Autoren und dem Kreis alter FAUD-ler ist.

Ich weiß bis heute nicht, welcher Satz oder welches Verhalten genau die späteren Vorbehalte der Alten gegen mich erzeugt hatte. Sicher, über die ganzen Details, die die alten Wuppertaler FAUD-ler erzählten, hatte ich so wenig Ahnung, daß ich sie nicht einmal in einen Zusammenhang einordnen konnte. Sicher, die Erfahrungen von Widerstand im Nationalsozialismus unter unvorstellbar harten Bedingungen mußte ich nicht mit ihnen teilen. Sicher, da waren starke Zweifel bei den Alten an einer Neuaufgabe der alten FAUD-Politik.

Ich habe sie gefragt, welche Erfahrungen sie einem jungen FAU-ler vermitteln können. Propagandistisch habe ihr Erfolg im Hausverkauf ihrer Zeitung in proletarischen Vierteln und in die damit verbundenen Diskussionen gelegen. Die Zeugen Jehovas gingen mir durch den Kopf. Mit 40% der Wuppertaler Nordstadt-Bewohner könnte nur ein begrenzter Austausch stattfinden, weil wir verschiedene Sprachen sprechen und die spezifischen Probleme der Immigranten nicht meine Realität sind. Mit 20% dieses Stadtteils komme ich auch anderswo zusammen, weil wir zur Szene gehören. Und mit dem Rest müßte ich mich auf handfest Auseinandersetzungen einstellen.

Die sozialen, politischen und kulturellen Bedingungen der 20er und 30er Jahre waren Voraussetzung für Aufstieg und Niedergang des politischen Ansatzes, den die FAUD verkörperte. Und umgekehrt befruchtete die damalige Theorie und Praxis des sozialrevolutionären Anarchismus radikalisierte Teile des Widerstands. "Es lebt noch eine Flamme" belegt das mit einer Vielzahl von Beispielen:

Zweite Hälfte des vorigen Jahrhunderts die Zentralisierungsbestrebungen der erstarkenden deutschen Gewerkschaftsbewegung, das Hegemoniestreben der Zentralisten innerhalb der Sozialdemokratischen Partei - die damals noch alle sozialistischen Strömungen umfaßte. Folgerichtig der Abschied der dezentral, autonom operierenden Lokalisten aus den Zentralverbänden zur Wahrung ihrer Selbstbestimmung.

Anfang dieses Jahrhunderts der Zusammenschluß der Lokalisten zur "Freien Vereinigung" und deren Ausschluß aus der SPD. Ihre inhaltliche Entwicklung zum revolutionären Syndikalismus und ihre Spannungsreiche Liaison mit dem Anarchismus als Antwort auf den sozialpartnerschaftlichen Reformismus von Zentralverbänden und SPD. Kollektive Selbstbestimmung wird zum Grundsatz in direkten Alltagskämpfen und in ihrer sozialen Utopie. Dementsprechend entwickeln sie ihre autonome Kultur. Sie haben zu diesem Zeitpunkt den Status einer unbedeutenden, radikalisierenden Arbeiteropposition.

1918/19, Deutsche Revolution, Rätebewegung, Radikalisierung beachtlicher Teile des Proletariats. Reformistische Sozialdemokraten dominieren die Räte, um sie kaltzustellen. Die "Freie Vereinigung" wird zur Massenbewegung und formiert sich zur FAUD. Organisationsform und Aktionsformen trugen der Zusammensetzung des Proletariats Rechnung in der Dominanz von Indus-

Überlegungen zu "Es lebt noch eine Flamme", U. Klan, D. Nelles, Trotzdem Verlag, 32,-DM.

trieföderationen, in denen sich "Massenarbeiter" organisierten, und in den fortbestehen der Berufsföderationen als Organisationsform der Handwerker und Facharbeiter. Das anarchosyndikalistische Prinzip der "direkten Aktion" - unmittelbare Durchsetzung von Forderungen durch die Betroffenen - wurde massenhaft umgesetzt.

1920, Märzrevolution, "Rote Ruhr Armee". Die FAUD stellt einen nicht unwesentlichen Teil der Milizen, die den "Kapp-Putsch" niederschlagen. Sie propagiert die Nutzung des entstandenen, rechtsfreien Raumes zur Durchsetzung des sozialen Revolution in Deutschland, unterstützt ihre Forderung durch Streiks, Betriebsbesetzungen, revolutionäre Betriebsräte, Kollektivierung wichtiger Industriebetriebe und andere Formen der "direkten Aktion". Die Niederlage der März-Revolution hat sich blutig bezahlt.

In den darauffolgenden Jahren organisierte die FAUD - meist in Bündnissen - wilde Streiks und Erwerbslosenunruhen einschließlich Nahrungsplünderungen als Reaktion auf die sich verbreitende Armut (Reparationsforderungen). Aufgrund ihres Staatsfeindlichen Internationalismus geriet sie im allgemeinen anti-französischen Nationalismus in die Enge.

Ab 1923 setzte ein Einfluß- und Mitgliederchwund bei der FAUD ein, der zunächst mit der breiten Armut, Inflation und dem Verbot der Organisation von November 1923 bis März



Im Geiste  
**GUSTAV LANDAUERS**  
besiedeln wir am 6. Juli 1921  
dieses Brachland u nennen es  
bestimmungsgemäss  
**"FREIE ERDE"**





Ärger mit Behörden? Nachbarn? Vorgesetzten?  
Diesem Scheißstaat?

## Rent-a-Demo<sup>©</sup> hilft Ihnen.

Nutzen Sie Ihr Grundrecht auf Widerstand!  
Wählen Sie aus unserem reichhaltigen Angebot!

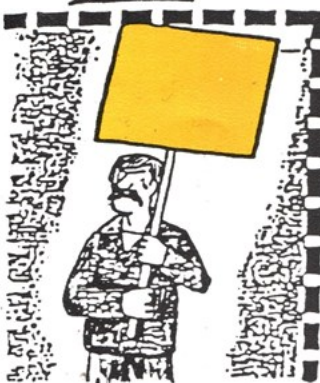
★ Mini-Demo (für Preisbewußte): 1 Original-Hausbesetzer auf  
Öko-Fahrrad. Dauer: 5 Minuten.

★ Standard-Demo: 30 Teilnehmer, teilweise verumumt,  
inkl. 1 Liedermacher. Dauer: 30 Minuten.

★ Super-Gala-Demo (für den verwöhnten Geschmack):  
100 Teilnehmer, inkl. 15 Punker, 3 Kleinkinder,  
2 ev. Pastoren (mit Talar 10 % Aufschlag),  
sowie garantiert echte mittelamerikanische  
Freiheitskämpfer.\*) Dauer: 90 Minuten.



\*) Stillende Mütter auf Anfrage.



JA

Ich fühle mich provoziert und bestelle  
hiermit eine Demo in der Ausführung

- ☐ Mini
- ☐ Standard
- ☐ Super-Gala

Die Demo soll wie folgt verlaufen:

- ☐ Absolut gewaltfrei
- ☐ Gewaltfrei
- ☐ Ziemlich gewaltfrei
- ☐ Gewalt nur gegen Sachen
- ☐ Gewalt gegen alles

